

NEUE ZEIT

APRIL 1985

mit
genommen

18



MOSKAUER HEFTE FÜR POLITIK

Institut der Zollverwaltung der DDR

„HEINRICH RAU“

1501 Plötzin, Ortst. Plessow 2

Postfach 600

Fachbibliothek



MAY

MAI

MAI MAYO

MAIO MAGGIO MAJ MÁJ

1500 9003 1522
ZOLLVERW-BI
151 394 347
14159 18
PLES



Wie man allgemein weiß, wurde General Krebs in Berlin am 1. Mai in den Gefechtsstand Tschuikows gebracht, um dort Kapitulationsverhandlungen zu führen, wobei Pressevertreter, darunter der Schriftsteller Jewgeni Dolmatowski und der Frontfotograf Jewgeni Chaldej, anwesend waren. Doch was die beiden danach unternahmen, steht in keinem Geschichtsbuch.

Nach der Begegnung mit dem niedergeschlagenen deutschen General begaben sich die Freunde ins Stadtzentrum, wo sie auf einer Kundgebung erwartet wurden. Ihr ziemlich mitgenommener Jeep kurvte lange durch die regennasse Trümmergegend, ehe er schließlich den einst reklameblitzenden, nun aber in Ruinen liegenden Alexanderplatz erreichte. Es war nicht mehr weit bis zur Straße Unter den Linden, die am Brandenburger Tor endete.

Plötzlich sahen sie in all der Düsternis ein buntes, fröhliches Maipakat, vor dem ein hübsches aber sehr trauriges Mädchen Flaggen schwenkte. Chaldej bremste und sprang sofort aus dem Wagen, im Lauf die Kamera schußfertig machend.

„Himmel, wir müssen weiter“, jammerte der erschöpfte Dolmatowski. „Wenn wir zu spät kommen, wird uns der Kopf abgerissen!“

Die Verkehrsreglerin hatte den Fotoapparat gesehen, nahm Haltung an und lächelte. Das machte sie noch hübscher.

„Wie heißen wir denn, Kleine?“ erkundigte sich Chaldej, dabei immer wieder auf den Auslöser drückend. Das Mädchen hob die

Schultern („Du bist mir vielleicht einer!“) und antwortete:

„Wir heißen Maria Schalnewa.“

„Und woher stammt die Maria?“

„Wir sind ein Woronesher Kind!“ lachte Mascha schon ganz munter. Schuld an ihrer Trauer war übrigens nur, daß sie hier so ganz allein in einer fremden Stadt stand, nach all den schweren Kriegsjahren, die sie allerhand gekostet hatten. Sie hätte sich am liebsten aufs Pflaster gesetzt und geheult. Noch keine 20 Jahre alt war sie...

Das Soldatenhandwerk fiel ihr nicht leicht. Einweiser müssen ständig Posten stehen und die Truppenbewegungen regeln. Solche Posten aber sind an Furten, Brücken, Kreuzungen, im dichtesten Bomben- und Geschosßhagel. Viele solcher Mädchen hatten den Tod gefunden. Bei Sewastopol hatte Jewgeni Chaldej mit ansehen müssen, wie es drei von ihnen erschlug. Nachdem die erste gefallen war, sprang eine andere ein, die ebenfalls augenblicklich getötet wurde. Danach traf es die dritte.

Diese Aufnahme vom 1. Mai erschien erst 25 Jahre nach Kriegsende in der „Prawda“. Und man denke, Maria Schalnewa wurde gefunden. Sie wohnt und arbeitet in ihrem Woronesh. Noch immer erinnert sie sich gut ihres letzten Kriegstages und des Siegesglücks und der bitteren Verluste.

Obwohl Maria Schalnewa bereits Großmutter ist, wird sie für künftige Generationen stets die junge Mascha, ein Symbol des Frühlings und des siegbringenden 1. Mai bleiben.

TOD DEM KRIEGE!

Gleich dreimal haben wir Anlaß zum Feiern. Da ist zunächst der Geburtstag Lenins, den wir mit einem kommunistischen Subbotnik begehen, der der ganzen Welt zeigt, daß wir dem Leninschen Ideal der kameradschaftlichen Arbeit treu sind. Dann der 1. Mai als Symbol der internationalen Solidarität aller, die mit ihrer Arbeit unsere Erde verschönern. Schließlich der Tag des Sieges — ein großer Tag für alle, die vor 40 Jahren die Menschheit vor dem Auslöschen bewahrt haben, und für alle, die heute wachsam und tapfer selbst in den kritischsten Momenten mit Selbstbeherrschung das Menschengeschlecht vor dem ihm bereiteten Untergang bewahren. Es sind Feste des Frühlings, den wir allen Anlaß haben, einen Frühling der Hoffnung zu nennen.

Nun liegt uns Selbstgefälligkeit, von der es zur Selbstbeweihräucherung und zum Selbstbetrug nur ein Schritt ist, von Natur aus fern. Wir leben in einer komplizierten, widersprüchlichen Welt und wissen — die Geschichte hat uns das gelehrt —, daß der Sozialismus seine Überlegenheit über das ihm gegenüberstehende und ihn bedrohende System nicht mit Bomben beweist, womit immer sie gespickt und wo immer sie stationiert sind, sondern durch das Beispiel. Wir modellieren nicht die Entwicklung anderer Länder und Völker nach unserem Muster, wir zwingen unsere revolutionären Prinzipien zur Umgestaltung der Gesellschaft niemandem auf und exportieren sie nicht. Wir arbeiten und erinnern uns dabei daran, daß es von der Effektivität der Arbeit eines jeden von uns abhängt, wie unser aller Morgen aussieht, und, was außerordentlich wichtig ist, das internationale Ansehen unseres Landes, das Ergebnis seiner ehrlichen und unbeirrten Friedenspolitik, die keine Hintergedanken, keinen Drang nach Überlegenheit kennt.

Ein Frühling der Hoffnung? Gewiß. Doch auch ein Frühling der Sorge. Der Blick auf den blauen Himmel bringt uns unwillkürlich auf den Gedanken, daß aus seiner Bläue der Tod über uns kommen kann, wenn wir sorglos bleiben und auch nur für einen Augenblick vor der Erpresung mit nuklearen Weltraumwaffen jener zurückschrecken, die sich mit der Existenz des Sozialismus so gar nicht abfinden wollen.

Louis Pasteur hatte, als er den Impfstoff gegen Tollwut entdeckte, gesagt: "Wenn die Menschheit den Krieg nicht tötet, tötet der Krieg die Menschheit." Im Einvernehmen mit unseren

Verbündeten legen wir, entgegen dem üblen Willen der Anführer der imperialistischen Welt, immer neue, für alle akzeptable und niemanden und nichts außer dem Krieg bedrohende Initiativen vor. Wir lassen uns auf einseitige Maßnahmen ein, die das nukleare Wettrüsten beispielsweise in Europa eindämmen. Wir verpflichten uns, um keinen Preis als erste Kernwaffen einzusetzen. Wir erwarten darauf wenigstens ein Anzeichen von Entgegenkommen. Doch man sagt uns immer wieder nein. Man nennt unsere konkreten, realistischen, realisierbaren, konstruktiven Vorschläge Propaganda. Und türmt bis zu den Sternen ununterbrochen neue Todeswaffen auf, um mit uns, ja überhaupt mit der Menschheit, von oben herab, mit den Worten des Diktats zu reden.

Die Einladung zum Selbstmord weist die Welt des Sozialismus entschieden zurück. Ihre Nerven sind stark genug. Sie steht ihrem Auftrag in der Geschichte von heute verantwortungsbewußt und gut ausgerüstet gegenüber. Vor 40 Jahren zerschlug die UdSSR — das erste sozialistische Land der Welt — den Nazismus, wobei ihre ungeheuren Opfer nicht nur der eigenen Freiheit gebracht wurden. Vor 30 Jahren entstand das Verteidigungsbündnis der sozialistischen Länder, der Warschauer Vertrag, dessen Stärke und Geschlossenheit Frieden und Sicherheit der Völker garantieren. Darin liegt der grundsätzliche Unterschied unseres Bündnisses zur aggressiven NATO, die Europa und die ganze Welt mit der Bedrohung eines Kernwaffenkriegs terrorisiert. Versuchen zu wollen, das Gleichgewicht zwischen diesen Bündnissen zu stören, ist aussichtslos. Gegen jedes Schwert, das man über unserem Haupt erhebt, wird sich ein Schild finden.

Viel aussichtsreicher, vernünftiger und nützlicher als der sinnlose Rüstungswettlauf ist es, Mittel und Wege zur Minderung der von Tag zu Tag riskanter werdenden militärischen Konfrontation zu finden und die Notwendigkeit einer endgültigen und vollständigen Abrüstung nicht aus dem Auge zu verlieren. Das will die Sowjetunion.

Ein nukleares Duell, in dem weder die Duellanten noch die Sekundanten am Leben blieben, läßt sich vermeiden. Dazu müssen die Leute, die die Politik machen, beherrscht und verständig miteinander reden. Von ihnen hängt vieles ab. Sie können in dem wichtigsten Problem unserer Tage, der Existenzfrage der Menschheit, zum Einverständnis gelangen.

Im Referat auf dem April-Plenum des ZK der KPdSU betonte Michail Gorbatschow: "Heute wie nie zuvor braucht es politischen Willen für den Frieden auf der Erde, für ein besseres Morgen."

Die Welt des Sozialismus fordert auf: Laßt uns einen Impfstoff gegen die nukleare Tollwut finden, laßt uns den Krieg töten! Damit es Frühling bleibe.

● Die meisten Leute hier in Westberlin wissen, daß die Reaganschen "Null"- und "Zwischen"-lösungen für die UdSSR inakzeptabel waren, aber warum auch die Weltraumwaffen, warum das Raketenabwehrsystem? Mir selbst ist es völlig klar. Zur Durchführung seiner "Erstschlagsstrategie" braucht Reagan: a) treffgenaue Raketen, um die lebenswichtigen Führungszentren und die verbunkerten Raketen ausschalten zu können. Dazu sind die Pershing-2-, die MX- und die U-Boot-gestützten Trident-Raketen bestimmt; b) ein Raketenabwehrsystem, um nach dem Erstschlag verbliebene Restbestände an Raketen abwehren zu können. Diese Stufe ist von Reagan jetzt eingeleitet worden, und er riskiert dabei, die sowjetisch-amerikanischen Verhandlungen in Genf zu sprengen; c) eine Fülle von Raketen mit Atomsprengköpfen (jetzt kommen auch noch die Cruise Missiles dazu), um den Gegner nach dem Erstschlag abzuschrecken. Reagan baut sich also ein Instrument auf, mit dem er hofft, einen Atomkrieg gewinnen zu können. Diese Stufen und ihren Zusammenhang muß man wissen, um zu verstehen, welche Gefahr die Reaganschen "Abwehr"-waffen im Weltraum darstellen. Und das ist wichtig, im Interesse des Friedens.

Robert KATZENSTEIN
Westberlin

● Sehr aufmerksam las ich Lew Besymenskis Artikel "Schlimmer als direkte Lüge" (Nr. 9/85). Er berichtet darüber, wie das Militärgeschichtliche Forschungsamt der BRD gewissenlos die Geschichte des zweiten Weltkrieges falsifiziert und die Hitleraggression gegen die UdSSR, die Verbrechen der Wehrmacht auf sowjetischem Boden zu rechtfertigen sucht. Das ist kein Einzelfall. Bürgerliche Ideologen verherrlichen Hitlerleute und deren Handlanger: all die Wlassow-, OUN-Leute, die lettischen, litauischen, estnischen und belorussischen Nationalisten. In London hat man sich sogar dazu verstiegen, Henker und Verräter — quasi "Opfer von Jalta" (!) — zu verewigen. Und es gibt Leute, die diesen Unsinn glauben. Die Zeit ist gekommen, solchen niederträchtigen Erfindungen und Provokationen eine würdige Abfuhr zu erteilen und zugleich die Nazihenker zu entlarven, die es sich im Westen gut gehen lassen und noch dazu als "Kämpfer für die Menschenrechte" gefeiert werden.

A. DANILTSCHENKO
Lwów, Ukr. SSR

● Ich bin afghanischer Student an der Friedrich-Schiller-Universität. Regelmäßig lese ich Ihre Zeitschrift. Sie vermittelt sehr gut die Solidarität der UdSSR mit allen Völkern, die für ihre Freiheit und Unabhängigkeit kämpfen. Wir Afghanen fühlen diese Solidarität ständig. Die Afghanen werden nie die Hilfe vergessen, die die Sowjetunion uns in schwierigen Zeiten geleistet hat.

Mohammad Faleq ZARIF
Jena, DDR

NEUE ZEIT

MOSKAUER HEFTE FÜR POLITIK

Nr. 18 APRIL 1985

Gründungsjahr 1943

Chefredakteur: M. FJODOROW

Redaktionskollegium: L. BESYMENSKI, S. GOLJAKOW (Stellv. Chefredakteur), J. GUDKOW (Verantw. Sekretär), V. GUSTSCHIN, A. PIN, B. PISTTSCHIK (Stellv. Chefredakteur), W. RUBZOW, I. TROFIMOWA, V. TSCHERNIAWSKI (Stellv. Chefredakteur), M. TSCHERNOUSSOW, D. WOLSKI

Verantwortlicher Redakteur der deutschen Ausgabe:
R. KRESTJANINOW

Gestaltung: A. Garahin

IN DIESEM HEFT:

Tod dem Kriegel (Wort des Redakteurs)	1
B. Wesnin — Internationalismus, Solidarität, Frieden	5
Dauernd im Kampf	
A. Archipow — „Wir wollen Frieden“	7
A. Tolpegin — Nur ein Weg zur Sicherheit	8
N. Sholkwer — UdSSR—BRD. Begegnungen, Diskussionen, Dialoge	9
A. Wolodin — Vietnam. Mut und Entschlossenheit	10
W. Godyna — Unermüdliches Wirken (Kommentar)	11
J. Tawrowski — Japan. Noch ein Stein mehr am Hals	12
O. Schachnasarow — UdSSR—Griechenland. Gäste aus Hellas	12
D. Wolski — Neues Vietnam (NZ-Standpunkt)	13
O. Fomin — Naher Osten. Aussichtsloses Unterfangen	14
S. Polsikow — Österreich. Herzlicher Empfang	15
Notizen ● Glossen	16
L. Fjodorow — ILO: Veränderungen nötig	18
W. Listow — Chile. Geschlossene Front	20
W. Pawlow — Schweden. Im Lande der Wikinger	21
L. Jelissejew — DDR. Die Glocke von Buchenwald	23
A. Swetin — „Im Namen Gottes“ oder der USA! (Das politische Buch)	24
N. Jakowlew — Zum 40. Jahrestag des Sieges. Marschall Shukow	25
J. Schaschkow — Diskussion mit dem Leser	31
V. Zoppi — Es geht nicht um Montand (Ehrlos — verachtet)	32



Die Redaktion beglückwünscht alle Leser zum Internationalen Solidaritätstag der Werktätigen, der in diesem Jahr im Angesicht verschärfter Spannungen in der Welt stattfindet, da die USA der Menschheit einen Weltraumkrieg aufzwingen wollen. Recht und Pflicht aller Werktätigen ist es, gegen diese Gefahr, für Frieden, Demokratie und Sozialismus zu kämpfen.

Titelbild: N. Stscherbakow

Verlag der Zeitung „Trud“, Moskau

Erscheint in russischer, deutscher, englischer, französischer, spanischer, portugiesischer, italienischer, polnischer und tschechischer Sprache

ANSCHRIFT DER REDAKTION: UdSSR, 103782 GSP, Moskau K-6, Puschkinskaja Plostschad. Rufnummern: 229-88-72, 209-07-67 (Auskünfte). Telex: 411164a NEWT SU, 411164b NEWT SU, 411164c NEWT SU, Telegrammadresse: Neue Zeit, Puschkinskaja Plostschad, Moskau.



Am 22. April fand im Kongreßpalast in Moskau eine Festsitzung zum 115. Geburtstag Wladimir Iljitsch Lenins statt. Ihr wohnten Bestarbeiter der Hauptstadt und des Gebiets Moskau, Veteranen der KPdSU, Vertreter von Partei-, Sowjet- und Massenorganisationen, Persönlichkeiten aus Wissenschaft und Kultur, Soldaten der Sowjetischen Streitkräfte sowie ausländische Diplomaten und Gäste bei. Das Referat "Die historische Gerechtigkeit der Ideen und Taten Lenins" hielt Geidar Alijew. Unser Bild: Blick auf die Festsitzung.

Foto: S. Smirnow, A. Steschanow

Am 23. April 1985 tagte ein Plenum des Zentralkomitees der KPdSU, auf dem der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Michail Gorbatschow, das Referat "Über die Einberufung des turnusmäßigen XXVII. Parteitags der KPdSU und die mit seiner Vorbereitung und Durchführung verbundenen Aufgaben" hielt. Das Plenum bestimmte die Einberufung des XXVII. Parteitags der KPdSU zum 25. Februar 1986. Ferner beschäftigte es sich mit organisatorischen Fragen. Es übernahm den Kandidaten des Politbüros Viktor Tschebrikow zum Mitglied des Politbüros des ZK, wählte die Sekretäre des ZK der KPdSU Jegor Ligatschow und Nikolai Ryshkow zu Mitgliedern des Politbüros des ZK. Das Plenum wählte das Mitglied des ZK der KPdSU, Verteidigungsminister der UdSSR, Sergej Sokolow, zum Kandidaten des Politbüros des ZK sowie das Mitglied des ZK der KPdSU W. Nikonow zum Sekretär des ZK der KPdSU:

Am 19. April veröffentlichte die sowjetische Presse eine Mitteilung über die jüngste Sitzung des Politbüros des ZK der KPdSU, das Beschlüsse zu verschiedenen Fragen des staatlichen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Aufbaus und der Außenpolitik der KPdSU faßte.

Am 16. April traf Kim Jong Nam, Mitglied des Politbüros des ZK der Partei der Arbeit Koreas, Stellvertreter des Ministerpräsidenten und Außenminister der KDVR, zu einem offiziellen

Freundschaftsbesuch in der UdSSR ein, wo er am 17. April im Kreml mit Andrej Gromyko konferierte. Am 18. April wurde Kim Jong Nam von Michail Gorbatschow empfangen. Er überreichte ihm eine persönliche Botschaft des Generalsekretärs des ZK der Partei der Arbeit Koreas und Präsidenten der KDVR, Kim Il Sung. Außer Moskau besuchte Kim Jong Nam Georgien und Moldawien (S. 11).

Am 18. April empfing Michail Gorbatschow im Kreml den namhaften Vertreter der Geschäftskreise der BRD und Vorstandssprecher der Deutschen Bank Dr. Wilhelm Christians. Während der in sachlichem und konstruktivem Geist verlaufenen Unterredung wurden Fragen der bilateralen Beziehungen, vor allem in wirtschaftlichem Bereich, besprochen.

Vom 9. bis zum 22. April tagte in Moskau die 6. Runde der sowjetisch-chinesischen politischen Konsultationen. Der Sondervertreter der Sowjetregierung, der stellvertretende UdSSR-Außenminister Leonid Iljitschow und der Sondervertreter der chinesischen Regierung, der stellvertretende Außenminister der VR China Qian Qichen setzten ihren Meinungsaustausch zu Fragen der Normalisierung der sowjetisch-chinesischen Beziehungen fort. Die Seiten erläuterten ihre Positionen zur Verwirklichung der Normalisierung der Beziehungen zwischen beiden Ländern. Sie äußerten ihr Interesse an der Fortsetzung der Bemühungen zur Verbesserung der sowjetisch-chinesischen Beziehungen sowie ihre Bereitschaft zum Ausbau der politischen,

wirtschaftlichen, Handels-, wissenschaftlich-technischen, kulturellen und anderen Kontakte zwischen beiden Ländern. Am 22. April wurde Qian Qichen von Andrej Gromyko empfangen.

Am 18. April traf Wladimir Dolgich mit dem in der Sowjetunion weilenden Mitglied des Politbüros des ZK der KP Vietnams und stellvertretenden Vorsitzenden des Ministerrats Vietnams Do Muoi zusammen. Besprochen wurden Fragen der sowjetisch-vietnamesischen Wirtschaftszusammenarbeit.

Am 16. April begannen in Polen Tage der Kultur der UdSSR anlässlich des 40. Jahrestags des Vertrags über Freundschaft, Zusammenarbeit und Beistand zwischen der UdSSR und der VR Polen sowie des 40. Jahrestages des Sieges über den Faschismus. An der Woche nahm eine Delegation sowjetischer Kulturschaffender unter Pjotr Demitschew teil. Er wurde am 16. April vom Ersten Sekretär des ZK der PVAP und Vorsitzenden des Ministerrats der VR Polen, Wojciech Jaruzelski, empfangen.

Am 16. April traf der Sekretär des ZK der KPdSU, Michail Simjanin, als Leiter einer Delegation des Obersten Sowjets der UdSSR in Bonn mit Bundeskanzler Helmut Kohl zusammen. Simjanin hatte ferner Unterredungen mit dem SPD-Fraktionsvorsitzenden Hans-Jochen Vogel, mit Vertretern der Fraktionen anderer Parteien, mit Außenminister Hans-Dietrich Genscher und dem Bundestagspräsidenten Philipp Jenninger. Am 18. April traf die sowjetische Delegation mit Mitgliedern des Bundestagsausschusses für Auswärtige Angelegenheiten zusammen. Dabei ergriff Michail Simjanin das Wort. Danach wurde seine Ansprache von Mitgliedern des Bundestagsausschusses und der sowjetischen Delegation diskutiert. Am gleichen Tag wurde die Delegation vom Bundesratspräsidenten und Ministerpräsidenten Baden-Württem-

bergs, Lothar Späth, empfangen. Weiter hatte Simjanin eine Begegnung mit dem DKP-Vorsitzenden Herbert Mies (S. 9).

Das Präsidium des Obersten Sowjets der UdSSR erhielt ein Schreiben der Leiter der US-amerikanischen Organisation "Zentrum für Verteidigungsinformation", General Robert LaRocque und J.J. Carroll, mit dem Appell, vom 6. August 1985, dem 40. Jahrestag des Atombombenangriffs auf Hiroshima, ein Moratorium für alle Kernwaffentests auszusprechen. In der Antwort des Obersten Sowjets der UdSSR wird u. a. daran erinnert, daß die Sowjetunion den USA und den anderen Nuklearmächten mehrfach vorgeschlagen hat, alle Kernwaffentests einzustellen. Die Sowjetunion ist damit einverstanden, daß das Moratorium an dem von den Verfassern des Schreibens genannten 6. August 1985 in Kraft trete. Bei einer positiven Einstellung anderer Nuklearmächte könnte ein solches Moratorium auch früher ausgesprochen werden, um es bis zum Abschluß eines Vertrags über das vollständige und allgemeine Verbot von Kernwaffentests in Kraft zu lassen. Die Antwort bekräftigt die Bereitschaft der UdSSR zur unverzüglichen Wiederaufnahme der Verhandlungen über das vollständige Verbot von Kernwaffentests. Die UdSSR schlägt ferner vor, die 1974 und 1976 unterzeichneten sowjetisch-amerikanischen Verträge über die Begrenzung unterirdischer Kernwaffentests und unterirdischer Kernexplosionen zu friedlichen Zwecken, die nicht durch Verschulden der sowjetischen Seite noch nicht ratifiziert sind, in Kraft zu setzen.

Vom 16. bis zum 21. April weilte eine Delegation der Südwestafrikanischen Volksorganisation Namibias (SWAPO) unter deren Generalsekretär A. Toivo Ja Toivo auf Einladung des Sowjetischen Solidaritätsausschusses der Länder Asiens und Afrikas in der UdSSR. Während der Unterredungen informierte die SWAPO-Delegation über die Lage in Namibia und die Erfolge des von der SWAPO angeführten Unabhängigkeitskampfes des namibischen Volkes und drückte der KPdSU und dem Sowjetvolk ihre Dankbarkeit für die erwiesene Unterstützung aus.

Am 16. April tagte in Moskau das Exekutivkomitee des Internationalen Rats für neue Initiativen in der Ost-West-Zusammenarbeit, einer 1979 auf Initiative von Repräsentanten der Industrie, der Wissenschaft und der Öffentlichkeit sozialistischer und kapitalistischer Länder gegründeten internationalen nichtstaatlichen Organisation, deren Hauptaufgabe in der Förderung der Entwicklung der internationalen Wirtschafts- und wissenschaftlich-technischen Kontakte besteht.

Bedeutsame Frage

In Anwesenheit von 50 Delegationen aus 17 Ländern fand in Stockholm ein internationales Seminar weiblicher Parlamentarier zu Problemen des Friedens und der Abrüstung statt. Die sowjetische Delegation wurde von Valentina Tereschkova, Mitglied des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR und Vorsitzende des Komitees der Sowjetfrauen, geleitet.

In seiner Ansprache an die Teilnehmer äußerte der schwedische Ministerpräsident Olof Palme, die vorhandenen Waffen, vor allem nukleare, bedrohten die Existenz der Menschheit. Er verwies auf die dringende Notwendigkeit von konkreten Maßnahmen zur Beendigung der Entwicklung, Erprobung, Herstellung und Stationierung dieser barbarischen Waffen, darunter auch im Weltraum. Palme würdigte die neuen Friedensinitiativen der UdSSR zur Eindämmung des Wettübens auf der Erde und zu seiner Nichtweiterverbreitung auf den Weltraum. Auf der Plenarsitzung und in den Arbeitsgruppen des Seminars wurde die zunehmende Rolle der Frauen in der Friedensbewegung sowie ihr steigender Beitrag zur Konsolidierung von Frieden und Sicherheit, zur Festigung der Beziehungen zwischen den Völkern konstatiert. Die Teilnehmerinnen betonten die große Rolle des Seminars bei der Vorbereitung der im Juli in Nairobi stattfindenden Weltkonferenz zur Beurteilung der Ergebnisse der auf UNO-Beschluß veranstalteten Dekade der Frau. Sie äußerten die Überzeugung, die Frage des Friedens werde auf dieser Konferenz vorrangige Bedeutung haben.

Keine Wiederholung der Tragödie

Kurz vor dem 40. Jahrestag des Sieges über den Faschismus wandten sich in Moskau versammelte Oberhäupter und Repräsentanten der Kirchen und religiösen Sekten der UdSSR an die Weltöffentlichkeit mit dem Aufruf, in Dankbarkeit aller zu gedenken, die ihr Leben für den Frieden auf Erden hingegeben haben. Die schrecklichste Tragödie, heißt es in der Botschaft, wurde durch menschliche Solidarität überwunden, die Staaten mit unterschiedlicher Sozialordnung vereinte. Heute ist unsere Welt voller Schrecken und Ahnungen

einer vernichtenden Katastrophe. Doch sie könne durch effektive, gleichberechtigte Verhandlungen abgewendet werden, deren Endziel die Abrüstung sein müsse. Wir sind uns bewußt, wie weit die Welt noch von diesem Ziel entfernt ist und sich mit jeder neuen Runde des Wettübens weiter von ihm entfernt. Dennoch glauben wir, daß etappenweise Fortschritte auf dieses Ziel hin möglich sind.

In den letzten Tagen haben Priester vieler Länder im Zusammenhang mit dem 40. Jahrestag des Kriegsendes den Faschismus, der größtes Unglück über die Menschheit brachte, verurteilt. Die evangelischen Kirchen beider deutschen Staaten wiesen die Öffentlichkeit in einem "Wort zum Frieden" auf die Folgen des Krieges hin, der vom deutschen Faschismus entfesselt wurde, dem die Schuld an dieser großen Tragödie der Menschheit zukommt. Der Faschismus ist der Hauptkriegsverbrecher der Menschheit und der 1945 errungene Sieg über ihn ein Fest der gesamten Menschheit, heißt es in der Botschaft.

Machenschaften der RSA

Die Gewährung der Unabhängigkeit an Namibia war Diskussionsgegenstand einer Tagung des Koordinierungsbüros der nichtpaktgebundenen Länder vom 19.—21. April in Delhi. Sie gab ihrer Besorgnis über die Pläne der RSA-Regierung Ausdruck, in Namibia eine "provisorische Regierung" aus ihren Marionetten zu bilden, die sich mit der Ausarbeitung einer Verfassung beschäftigen soll. Das wurde offiziell am 24. März in Pretoria erklärt. Im Grunde handelt es sich um den Plan, das Namibia-Problem unter Ausschuß der UNO zu lösen.

Die Teilnehmer in Delhi verurteilten im Namen von mehr als 100 nichtpaktgebundenen Staaten den Versuch der RSA-Regierung, mit Hilfe der USA ein Marionettenregime in Namibia zu errichten. Sie erinnerten daran, der einzige legitime Vertreter des namibischen Volkes sei die vor 25 Jahren gegründete Befreiungsorganisation SWAPO, die den Unabhängigkeitskampf ihres Volkes anführt. Die Teilnehmer wiesen eine "Verknüpfung" der Namibia-Frage mit dem Abzug des kubanischen Truppenkontingents aus Angola zurück und forderten die sofortige Einberufung einer Sondersitzung des Sicherheitsrats, die wirksame Maßnahmen gegen die jüngste neokolonialistische Machenschaft der Rassisten einleiten müsse.

INTERNATIONALISMUS, SOLIDARITÄT, FRIEDEN

Boris WESNIN

Der 1. Mai wird immer der 1. Mai bleiben, wie er es seit 96 Jahren ist: Tag der Solidarität der Arbeiter in aller Welt im Kampf für die Befreiung der Arbeit. Ein Fest des sozialen Aufbruchs der Menschheit.

Andererseits hat jeder 1. Mai seine besonderen Merkmale. 1985 begeht ihn die Arbeiterklasse am Vorabend des 40. Jahrestages des Sieges über den Faschismus, was ihm spezielle Nuancen verleiht.

Vor 40 Jahren herrschte am 1. Mai bereits Siegesgewißheit. Die Länder Ost- und Westeuropas waren bereits vom Faschismus befreit, die Alliierten hatten sich an der Elbe getroffen, die Rote Armee stand in Berlin. Bis zum Sieg war es, wenn man das sagen darf, nur noch ein Katzensprung.

Die internationale Arbeiterklasse hat einen bedeutenden Beitrag zu diesem Sieg geleistet. Sie bildete das Rückgrat des antifaschistischen Kampfes, jene wichtigste soziale Kraft, die ihm einen konsequent demokratischen, befreienden Charakter gab.

Die Arbeiterklasse kämpfte an den Fronten und in der Illegalität sowie in der Widerstandsbewegung. Sie schmiedete im Hinterland — in der Sowjetunion und in den anderen Ländern der Antihitlerkoalition — die Waffen für den Sieg und leistete mit ihrem unerschütterlichen Internationalismus ihren unschätzbaren Beitrag dazu. Faktisch entstand in den Kriegsjahren die weltweite antifaschistische Front der Völker. Ihr zugrunde lag die internationalistische Solidarität der Weltarbeiterklasse.

Den 1. Mai 1945 beging die Arbeiterklasse als Klasse der Sieger, stolz auf ihren Beitrag zur Zerschlagung des Faschismus. Sie beging diesen Tag, beflügelt vom Sieg, ihrer Kräfte gewiß und bereit, den Kampf für einen dauerhaften Frieden, für sozialen Fortschritt fortzusetzen.

Am 1. Mai 1985 kann die internationale Arbeiterklasse den berechtigten Schluß ziehen, daß die verflossenen vier Jahrzehnte nicht umsonst waren. Die Arbeiterklasse hat Grund zum Stolz.

In diesen 40 Jahren hat sich die Welt tatsächlich verändert, und zwar zum Besseren. Das sozialistische Weltsystem als echtes Bollwerk, als Hauptkraft des Friedens und des sozialen Fortschritts ist gewachsen und festigt sich weiter. Immer aktiver greifen auch viele Staaten in das Weltgeschehen ein, die anstelle der ehemaligen Kolonien entstanden. Jene,

die den Weg zum Sozialismus beschritten haben, erzielen dabei spürbare Erfolge. Gestärkt ist auch das Heer der Arbeit in der kapitalistischen Welt. Die Arbeiterklasse erkämpfte sich in dieser Zeit bedeutende Errungenschaften, die ihnen der Klassengegner bereits nicht mehr nehmen kann. Außerordentlich wichtig ist auch, daß es in diesen vier Jahrzehnten gelang, den Weltfrieden zu bewahren und einen neuen Weltkrieg zu verhüten, den die aggressiven Kreise des Imperialismus so hartnäckig vorbereiten. All diese historischen Leistungen sind in hohem Maße Leistungen der Arbeiterklasse.

Natürlich wollen wir keineswegs den Beitrag anderer sozialer Kräfte zum sozialen Fortschritt leugnen. Ihn unterschätzen zu wollen, wäre ein ernstlicher Fehler. Dennoch besteht kein Zweifel, daß gerade die Arbeiterklasse in den vergangenen 40 Jahren die wichtigste Rolle spielte. In der Vergangenheit bildete sie das Rückgrat des Kampfes gegen den Faschismus. Heute ist sie die Hauptkraft im Kampf für Frieden und sozialen Fortschritt.

Die Richtungen und Formen des Kampfes der Arbeiterklasse in diesen Jahren waren äußerst vielfältig. Unzweifelhaft aber hat in diesem Zeitraum auch die internationale proletarische Solidarität, das internationale Zusammenwirken der verschiedenen Formationen der Werktätigen eine bedeutende Rolle gespielt.

Die sozialistische Gemeinschaft und ihre Erfolge sind im Grunde nichts anderes, als die internationalistische Solidarität der Arbeiterklasse der sozialistischen Länder in Aktion. Gleichzeitig ist das auch der Unterstützung der sozialistischen Arbeiterklasse durch die Proletarier der nichtsozialistischen Welt zu danken.

Und hat die internationale Solidarität der Werktätigen etwa keine wesentliche Rolle beim Sieg der Kämpfer für nationale Befreiung gespielt? Die Unterstützung, die ihnen durch die sozialistischen Länder, durch die Arbeiterklasse der kapitalistischen Industrieländer zuteil wurde, ist eine wichtige Quelle des Erfolgs ihres Kampfes.

Ebenso hat die Arbeiterklasse der kapitalistischen Industrieländer des Westens nach wie vor die moralische und politische Unterstützung der Werktätigen der Länder des Sozialismus. Dazu besitzt sie die Solidarität der nationalen Befreiungsbewegung, vor allem der Arbeit-

terklasse in den jungen Nationalstaaten.

Der diesjährige 1. Mai ist geprägt von der Solidarität. Die Losung, sie zu stärken, ertönt immer lauter, nicht nur weil die Arbeiterklasse der Welt aus den Kämpfen der Vergangenheit Lehren gezogen hat. Die Forderung nach Festigung des proletarischen Internationalismus, nach vertiefter Solidarität der arbeitenden Menschen ergibt sich auch aus der nüchternen Einschätzung der heutigen Situation.

Die Arbeiterklasse ist von Natur her zutiefst realistisch. Sie ist dem Leben nahe, und alle ihre Taten sind letztlich von den Forderungen des Lebens getragen. Die moderne Arbeiterklasse und ihr politischer Vortrupp, insbesondere die Kommunisten, erkennen die ganze Komplexität der heutigen Welt, der internationalen Beziehungen sehr gut und begreifen die Bedeutung der gegenwärtigen Entwicklungsphase.

Diese aber ist von vielen Widersprüchen gekennzeichnet. In bestimmter Hinsicht läßt sich behaupten, daß wir in einer Art Phase der Wahl stehen. Auch dieser Umstand prägt den Maifeiertag dieses Jahres.

Einerseits verringert sich die in den letzten Jahren gestiegene Kriegsgefahr nicht. Das Wettüben, das der US-Imperialismus jetzt in den Weltraum tragen will, geht in ungeahntem Tempo weiter, bedingt die Beibehaltung der Spannungen, der Atmosphäre der Konfrontation, der Kriegsgefahr. Auch die fortgesetzte hegemonistische Politik des Imperialismus birgt diese Gefahr. Die aggressiven Kreise des Westens verhehlen nicht, daß ihnen die heutige Welt, die international vor sich gehenden Veränderungen durchaus nicht ins Konzept passen. Sie würden den Gang der Geschichte zu gern aufhalten oder gar zurückdrehen.

Andererseits gab der Beginn des Jahres 1985 der Menschheit eine gewisse Hoffnung, daß sich die Kriegsgefahr abwenden, die Konfrontation überwinden lasse. Dazu hat vor allem die Friedenspolitik der Sowjetunion und ihrer Bruderländer beigetragen. Auf Initiative der UdSSR wurden neue sowjetisch-amerikanische Verhandlungen mit klar festgelegtem Ziel aufgenommen: Es geht um Vereinbarungen über die Nichtmilitarisierung des Weltraums, die wesentliche Reduzierung der nuklearen Rüstungen — strategische wie Mittelstreckenwaffen —, und es geht darum, die Kernwaffen vollständig zu verbieten und zu beseitigen.

Natürlich läßt sich bislang nicht sagen,

ob diese Ziele erreicht werden, ob die Genfer Verhandlungen mit dem langerwarteten Abkommen enden oder erfolglos bleiben. Beunruhigen muß, daß Washington unverhüllt bemüht ist, im Schatten der Verhandlungen weiter hochzurüsten. Die sowjetische Diplomatie wird jedoch, gestützt auf ihre Freunde in aller Welt, beharrlich auf einen Erfolg hinarbeiten.

Anlaß zu einem gewissen Optimismus bietet auch die anhaltende Erweiterung der politischen Kontakte zwischen Ost und West, insbesondere zwischen den Ländern des sozialistischen Europa und den Ländern Westeuropas. Im Laufe dieser Kontakte zeichnet sich immer deutlicher der Wille aller Europäer ab, der Konfrontation ein Ende zu setzen, den Frieden zu festigen und die gutnachbarliche Zusammenarbeit zu konsolidieren.

Auf dem Weg zu diesem Ziel bestehen noch reichlich Hindernisse, die sowohl von Washington und der NATO als auch von bestimmten Kräften in Westeuropa selbst ausgehen. Dennoch dauern die Kontakte an und werden ausgebaut, und die Völker Europas bekunden immer deutlicher ihren Willen nicht nur in Worten, sondern in konkreten Taten, die das Wettrüsten stoppen, Frieden und Zusammenarbeit in Europa festigen sollen.

Welche dieser Tendenzen wird die Oberhand gewinnen?

Die Arbeiterklasse Europas wie die Arbeiterklasse der ganzen Welt, ihre kommunistischen Parteien, viele sozialdemokratische Parteien sowie Gewerkschaften geben darauf die klare Antwort: Man muß aktiver kämpfen, muß alles tun, damit die Kräfte des Friedens sich durchsetzen, damit sich die erforderliche Wende zu einer neuen Entspannung vollzieht.

In der Welt wird heute heftig um Internationalismus und Solidarität gestritten. Dabei werden die unterschiedlichsten Ansichten laut, ob der proletarische Internationalismus seine Bedeutung behält oder bereits der Vergangenheit angehört. Es werden unterschiedliche Konzeptionen des Internationalismus von heute angeboten.

Die diesbezüglichen Ansichten unserer Partei, der KPdSU, wie der meisten kommunistischen Parteien der Welt, sind gut bekannt. Die KPdSU vertritt den Standpunkt, daß der proletarische Internationalismus keineswegs überlebt ist, sondern daß er im Gegenteil das wichtigste ideologische und politische Rüstzeug der internationalen Arbeiterklasse bleibt. Das trifft um so mehr zu, als der Klassenkampf heute wahrhaft internationalen Charakter trägt und der Imperialismus seine Anstrengungen weltweit organisiert und koordiniert.

Da der Streit aber weitergeht und es

unterschiedliche Meinungen gibt, muß man diskutieren, ruhig und kameradschaftlich, unter Berücksichtigung der Erfahrungen aus der Vergangenheit und der Forderungen von heute. Das Wichtigste aber ist, daß man die Solidarität aller Formationen der Arbeiterbewegung — unabhängig von dieser Diskussion — in der Praxis festigen muß.

Diese Solidarität ist in erster Linie zur Sicherung des Friedens erforderlich ebenso auch zur weiteren globalen Entwicklung der Antikriegsbewegung. Nicht zufällig wird die Losung der Solidarität gegen den Krieg am 1. Mai 1985 von den Vertretern der unterschiedlichsten Strömungen der Arbeiterbewegung überall in den Mittelpunkt gestellt.

Diese Solidarität ist auch zur Unterstützung des Kampfes für die Freiheit der Völker erforderlich, die immer stärkeren Bedrohungen, immer stärkerem Druck ausgesetzt wird. Greifen wir dazu nur das höchstaktuelle Beispiel Nikaragua heraus. Dieses kleine Land ist einem einmaligen Druck durch seinen mächtigen nordamerikanischen Nachbarn ausgesetzt. Mit den unterschiedlichen phantastischen Erklärungen über eine angeblich von Nikaragua ausgehende Bedrohung der nationalen Sicherheit der USA betreibt Washington die Beseitigung der ihm nicht genehmen, nach der Revolution errichteten sozialen Ordnung. Das Volk Nikaraguas kämpft tapfer und selbstlos. Dabei braucht es die internationale Unterstützung und Solidarität. Diese Solidarität nimmt zu. In Lateinamerika, in Europa, Asien, Afrika. Kommunisten, Sozialisten, Sozialdemokraten, alle demokratischen Kräfte der Welt bekunden sie.

Solidarität brauchen heute auch alle, die gegen die Krise in den kapitalistischen Ländern, für die Interessen der werktätigen Massen kämpfen. Solidarität brauchen auch die Völker der sozialistischen Länder, die ihren Klassenbrüdern dafür stets dankbar sind.

Kurz, Solidarität brauchen alle — die gesamte Arbeiterklasse, alle Völker, jeder, der für Leben und Freiheit kämpft. Ohne Übertreibung darf man behaupten: internationalistische Solidarität ist eine der wichtigsten Fragen der Gegenwart, ein entscheidendes Kettenglied im Kampf für sozialen Fortschritt.

Das sowjetische Volk, die sowjetische Arbeiterklasse bleibt dem Prinzip des Internationalismus, der Pflicht der internationalistischen Solidarität treu. Das haben sie in ihrer ganzen Geschichte, auch in den Jahren des zweiten Weltkriegs unter Beweis gestellt.

Für die Bürger der Sowjetunion hat dieser 1. Mai noch eine weitere Bedeu-

tung — es ist der 1. Mai vor dem XXVII. Parteitag der KPdSU, der Bilanz, fundamentale, selbstkritische Schlüsse ziehen und die Entwicklungsperspektive des Landes festlegen wird. Eine Perspektive der beschleunigten Entwicklung unserer Wirtschaft und der Vervollkommnung aller Lebensbereiche des Volkes. Eine Perspektive für eine noch zuverlässigere materielle Basis des Friedenskampfes, einer weiteren Aktivierung unserer Außenpolitik zur Verhütung des Krieges, für Frieden und Fortschritt. Am 1. Mai 1985 demonstriert das sowjetische Volk für die Stärkung, Entwicklung und Vervollkommnung des von ihm errichteten Sozialismus.

In der Lösung dieser Aufgaben sehen das sowjetische Volk, die Kommunisten unseres Landes ihre nationale und internationalistische Pflicht, weil die Stärkung der Wirtschaft unseres Landes, die Vervollkommnung all unserer Lebensbereiche die zuverlässigste Grundlage dafür bilden, daß das sowjetische Volk seiner internationalen Pflicht, der Pflicht der internationalistischen Solidarität gerecht wird.

Vor 96 Jahren, an jenem ersten 1. Mai, hatte Friedrich Engels notiert: "Denn heute, wo ich diese Zeilen schreibe, hält das europäische und amerikanische Proletariat Heerschau über seine zum erstenmal mobil gemachten Streitkräfte, mobil gemacht als ein Heer, unter einer Fahne..."

Vor 80 Jahren hatte Lenin geschrieben: "Der große Feiertag der Arbeiter der ganzen Welt steht bevor. Am 1. Mai feiern sie ihr Erwachen zum Licht und zum Wissen, ihren Zusammenschluß zu einem einheitlichen brüderlichen Bund für den Kampf gegen jede Unterdrückung, gegen jede Willkür, gegen jede Ausbeutung, für den Kampf um den sozialistischen Aufbau der Gesellschaft."

Einen wie weiten Weg haben wir inzwischen zurückgelegt!

Der 1. Mai 1985 ist ebenfalls eine Demonstration der kämpferischen Kraft der internationalen Arbeiterklasse. Aber bereits einer neuen Arbeiterklasse, die neue Kräfte und Möglichkeiten erlangt hat. Der Bruderbund der arbeitenden Menschen besteht, wirkt, siegt.

Dieses machtvolle Bündnis hat eine wichtige Rolle beim Sieg über den Faschismus gespielt. Auch heute, 40 Jahre später, ist es die vorrangige Kraft im Kampf gegen einen neuen Krieg. Wir können gewiß sein, daß dieses machtvolle Bündnis eine weiter zunehmende Rolle spielen wird, daß es die finsternen Kräfte der Vergangenheit, die Kräfte von Krieg und Reaktion besiegen wird, daß es die Ideale Frieden, Freiheit und soziale Gerechtigkeit triumphieren läßt.

DAUERND IM KAMPF

Die Friedensbewegung habe ihr Ziel nicht erreicht und sei rückläufig, behaupteten die bürgerlichen Massenmedien. Die Apologeten des Militarismus behaupteten in ihrem Wunschdenken, die Bevölkerung Westeuropas habe sich mit den neuen amerikanischen Erstschlagswaffen abgefunden. Nein, sie hat sich nicht abgefunden. Die machtvolle Welle von Antikriegsprotesten, die in diesem Frühjahr durch die Länder Westeuropas rollte, macht das deutlich.

Dutzende von Engländern kamen zu den Luftstützpunkten in Greenham Common und Moulsworth, um gegen die Stationierung amerikanischer Cruise Missiles dort zu protestieren. Zentrum der Manifestationen in Italien war der Stützpunkt in

Comiso, wo ebenfalls Cruise Missiles stationiert sind. Über die Straßen Belgiens zog eine weitere "Friedensstaffette", und mit Plakaten wie "Für ein kernwaffenfreies Dänemark" und "Für einen kernwaffenfreien Norden" gingen Zehntausende Dänen auf die Straße. Selbst im fernen Australien nahmen an die 400 000 Menschen an Antikriegsmärschen teil. Machtvolle Friedensmanifestationen fanden Ende April auch in den USA, in Japan und anderen Ländern statt. Die Antikriegsbewegung ist nicht schwächer geworden, ihre Teilnehmer verstehen, von wo die Gefahr für den Frieden ausgeht.

In diesem Heft berichten wir darüber, wie die Antikriegsdemonstrationen und -kundgebungen in den USA und der BRD verliefen.

"WIR WOLLEN FRIEDEN"

In Bussen und PKW, auf Fahrrädern oder zu Fuß waren sie aus den Vororten und Landbezirken nach Seattle und Miami, San Francisco und Houston, Los Angeles, Denver und Tucson gekommen. Am vergangenen Samstag traf sich dieser Strom in Washington zu einer Demonstration, die den Schwerpunkt der unter dem Gesamtmotto "Frieden, Jobs, Gerechtigkeit!" in den USA veranstalteten "Aktionstage" bildete. Diese größte Aktion der letzten Jahre war von rund 100 Friedens-, Kirchen-, Gewerkschafts-, Jugend- und Frauenorganisationen sowie von Gruppen vorbereitet worden, die sich für die Gleichberechtigung der farbigen US-Bürger, für die Einhaltung der Menschenrechte in den USA einsetzen.

Ihre Standpunkte verdeutlichten sich in den Losungen: "Freeze und Abbau der Kernwaffen", "Keine US-Intervention in Mittelamerika", "Beschneidung des Militärhaushalts für Arbeitsplätze und Sozialprogramme", "Gegen die Apartheid in Südafrika und den Rassismus bei uns". Es wurde dazu aufgerufen, bei den Genfer Verhandlungen zu einer realen Vereinbarung zu gelangen und darauf zu verzichten, sie als Deckmantel für den Ausbau der Militärprogramme zu benutzen.

Die Wahl der Stunde für die Märsche, Demonstrationen, gewaltlosen Protestaktionen, Kundgebungen und Seminare war nicht zufällig. Verstärkte Anstrengungen zur Entwicklung der unheilvollen Konzeption der "Sternenkriege", das Waffenklirren in Mittelamerika, die neuen MX-Raketen, die das Weiße Haus aus dem Kongreß buchstäblich "herausboxte", die vom Pentagon befohlene Produktion neuer Waffen, Washingtons Versuche, seine Gendarmenfunktionen auf alle Weltregionen auszudehnen, das sind die Realien der heutigen Politik der Reagan-Administration. Sie sind ebenso offensichtlich wie der fehlende Wunsch, dem Beispiel konstruktiver Schritte zu folgen, die der Minderung der internationalen Spannun-

gen dienen, und den Forderungen der Weltöffentlichkeit und der Völker jener Länder Rechnung zu tragen, in denen das State Department und das Pentagon "ihre" Politik betreiben.

Auf der Kundgebung vor dem Kongreß der USA auf dem Kapitol wurde die Außenpolitik der Reagan-Regierung von vielen Persönlichkeiten aus Politik und Öffentlichkeit kritisiert, unter ihnen der Führer der Farbigen, der bekannte demokratische Politiker Jesse Jackson, und der Kongreßabgeordnete John Conyers.

Die Antikriegsbewegung in den USA ist gewissermaßen sozial und klassenmäßig ihren Endzielen und Kampfmitteln nach vielschichtig. Die jetzige geschlossene Demonstration einer breiten Koalition der Friedensfreunde bringt das Bewußtsein einer immer größeren Anzahl von Amerikanern zum Ausdruck, daß ein direkter Zusammenhang zwischen der Hochrüstungspolitik der Reagan-Regierung sowie den militärischen Interventionen und der Verschärfung der Wirtschaftsprobleme, der steigenden Arbeitslosigkeit und der weiteren Vertie-

fung der sozialen Differenzen besteht, sagte mir der Exekutivdirektor des Friedensrats der USA, Michael Myerson.

Die offizielle Propaganda und die Monopolpresse jonglieren mit Tausenden neuen Arbeitsplätzen, die der "Wohltäter" Pentagon angeblich durch zunehmende Militäraufträge schafft. Dabei wird sorgfältig verborgen, daß jede für militärische Zwecke aufgewendete Dollar-milliarde z. B. die Arbeitsplätze im öffentlichen Verkehr um 16 000 und bei den Dienstleistungen um 9000 abbaut. Die Massenmedien unterschlagen auch die Tatsache, daß die USA, wenn sie auf den seit langem bestehenden Vorschlag über die Einstellung des Wettrüstens eingingen, allein mit den gehorteten Nukleareserven 30 Jahre lang zehn Atomkraftwerke betreiben könnten, die rund 2 Billionen Kilowattstunden Strom liefern würden.

Das ist das 10fache von dem, was der gesamte afrikanische Kontinent bis vor kurzem an Elektroenergie erzeugte.

Immer mehr Amerikaner erkennen den Zusammenhang des Rüstungsgeschäfts mit der Bedrohung der nationalen Interessen. Das wiederum werfet den üblichen "Trumpf" ab — die Beschuldigung, die



In Basel [Schweiz] protestierten Teilnehmer eines internationalen Friedensmarsches aus der BRD, aus Frankreich und der Schweiz gegen die von Washington geplante Ausdehnung des Wettrüstens auf den Weltraum, gegen die US-Raketen in Europa.

Foto: TASS

Teilnehmer der Antikriegsbewegung kontaktierten mit einer "ausländischen Macht" und verteidigten "amerikafremde" Ideen. "Antisowjetismus und Antikommunismus", kommentierte Michael Myerson, "sind zur Staatsreligion erhoben und zu einem Loyalitätstest gemacht worden, vor allem aber zur offiziellen Apologie des Wetrüstens und der Aggression."

Chip Berlet von der Zeitschrift "Public Eye" verallgemeinerte die "Experimente" der Behörden bei der Einschüchterung der Friedensanhänger. Dafür gibt es typische Varianten. Variante Nr. 1: Ein FBI-Agent sucht den Chef oder Mitarbeiter des Betreffenden auf und stellt die "einfache" Frage, ob sie nicht wüßten, daß X mit den Kommunisten, mit Terroristen und dem KGB liiert ist? Variante Nr. 2: Ein FBI-Besuch in der Wohnung des Betreffenden, dem Vertrauen bezeugt und lediglich abverlangt wird, er solle doch über die ausländischen Agenten, mit denen er in Verbindung steht, berichten. Weitere solcher Varianten ließen sich hinzufügen. Ähnlich betätigten sich auch die militärische Abwehr und andere Geheimdienste, wie aus der Entlarvung des US-Provokateurs Gardiner in den Niederlanden erhellt, der in die europäische Friedensbewegung einzudringen versuchte.

Den Brennpunkt für alle auf dem amerikanischen Kontinent, die sich für Frieden und Demokratie einsetzen, bildet heute Nikaragua, das von einer direkten Intervention bedroht ist. Die Teilnehmer der Aprilmanifestation riefen dazu auf, kein neues Abenteuer der USA auf fremdem Boden zuzulassen. Diese Ansicht teilen auch viele auf dem Kapitol. Nicht umsonst hatte Reagan vor den "Aktionstagen" in dem deutlichen Versuch, die Öffentlichkeit zu beruhigen und gleichzeitig aufsässige Kongreßleute herunterzuputzen, erklärt: Die Ablehnung des für die Contras beantragten Geldes, die einen gewaltsamen Sturz der legitimen Regierung Nikaraguas vorbereiten, wäre "im wahrsten Sinne des Wortes eine Abstimmung gegen den Frieden".

Am Tag nach der provokatorischen Ansprache des Präsidenten kamen neue enthüllende Tatsachen ans Licht. Ende vorigen Jahres hatte sich Amy Good mit einer Gruppe Alterskameraden zu dem einzigen Zweck in Nikaragua aufgehalten, sich mit eigenen Augen von den Vorgängen in der Republik zu überzeugen. Aus ihren Eindrücken von der Reise macht Good kein Geheimnis: Die Contras fallen brutal über zivile, medizinische und Bildungseinrichtungen her; es sind "Gruppen von Mördern, die man nicht unterstützen darf". Amy Good berichtete in Kolleges und Kirchen von ihren

Eindrücken und zeigte Dias dazu. Das Ergebnis war eine "Einladung" des FBI... Diese und andere Beispiele von polizeilicher Verfolgung wurden auf Hearings in einem Ausschuß des Repräsentantenhauses vorgetragen.

14 Monate warten sieben Studenten in Ann Arbor (Michigan) auf ihr Revisionsverfahren. Ihre "Schuld" besteht in der Organisierung von Streiks in einem Labor, das mit der Herstellung von Einzelteilen für einen nuklearen Marschflugkörper beauftragt war. Fast 500 Personen, darunter auch Organisatoren der Demonstration gegen die Absage Reagans, auf das sowjetische Moratorium für die Stationierung von Mittelstreckenraketen in Europa einzugehen, wurden in Boulder (Colorado) verhaftet. Sie hatten

es auch gewagt, die Beteiligung der CIA an den Greuelthaten gegen die Zivilbevölkerung in Mittelamerika zu verurteilen. Mit den "Aktionstagen" in Washington fiel auch die Festnahme von Hunderten Studenten der Cornell University und einer ähnlichen Lehranstalt in Berkeley (Kalifornien) zusammen.

Von der improvisierten Tribüne in der US-Hauptstadt tragen die Mikrofone die vielen Generationen von Friedensfreunden bekannte Stimme des Sängers Pete Seeger über den Platz. "We shall live in peace some day", singen Tausende von Demonstranten mit.

A. ARCHIPOW
Eigenbericht

New York

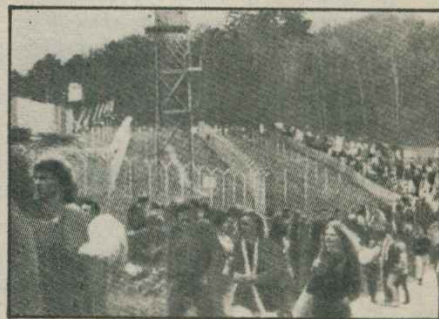
NUR EIN WEG ZUR SICHERHEIT

In mehr als 200 Orten der BRD fanden Antikriegsmanifestationen statt. Fast eine halbe Million Menschen beteiligten sich an Märschen, Meetings und symbolischen Blockaden von Militärstützpunkten. In den Reihen der Friedenskämpfer zogen Sozialdemokraten, Kommunisten, Grüne und Christdemokraten, Schüler, Rentner, Arbeiter und Bundeswehrangehörige über die Straßen der Bundesrepublik. In Großstädten wie Hamburg, München, Dortmund, Nürnberg, Köln und Frankfurt a. M. fanden große Abschlußkundgebungen statt.

Besonders beeindruckend war die Manifestation in Heilbronn. Über dieser Stadt erhebt sich die Waldheide. Früher war sie ein Erholungsgebiet. Jetzt befindet sich dort ein US-Raketenstützpunkt. Am 11. Januar explodierte auf dem Stützpunkt das Triebwerk einer Pershing-2-Rakete. Dabei kamen drei GIs um, 16 wurden verletzt. Es hätte noch viel schlimmer kommen können — unweit des Explosionsortes befand sich ein Lager mit Nuklearsprengköpfen.

"Wann haben wir uns denn mehrheitlich entschieden, daß wir die Pershings wollen?" fragte auf der Kundgebung vor 35 000 Einwohnern Pfarrer Rudolf Hermes. "Bonn hat entschieden, gegen die Bevölkerung."

Der Pfarrer hat recht: Vor Ostern durchgeführte Meinungsumfragen haben erneut bekräftigt, daß sich mindestens drei Viertel der Bundesbürger gegen die Stationierung der US-Raketen wenden und deren Abzug verlangen. Die Teilnehmer der Ostermärsche vertraten also die



Demonstration vor dem
US-Stützpunkt in Heilbronn

Foto aus:
"Unsere Zeit" (BRD)

Meinung der überwiegenden Mehrheit der BRD-Bevölkerung.

"Die Stationierung macht die Bundesrepublik zur Abschubrampe und zur Zielscheibe in einem Atomkrieg", konstatierte der DGB-Landesvorsitzende von Baden-Württemberg, Siegfried Pommerenke. "Jedoch kann größere Sicherheit nicht durch mehr Waffen, sondern nur durch Verhandlungen und durch Abrüstung erreicht werden. Aber jetzt sind Wahnsinnige dabei, auch noch den Weltraum zu militarisieren. Wenn dieses Krieg-der-Sterne-Konzept realisiert wird, dann wird das Wetrüsten beschleunigt, und die Gefahr eines Atomkrieges nimmt weiter zu ... Der DGB ... fordert die Bundesregierung auf, jede Beteiligung an dem amerikanischen Forschungsvorhaben abzulehnen."

Die Stationierung des Teufelszeugs zu stoppen, die bereits aufgestellten Missiles abzuziehen und eine Militarisierung des

Weltraums zu verhindern — das waren die Hauptlosungen der diesjährigen Ostermärsche.

Sie begannen am Samstag, dem 6. April, am Sonntagabend aber meldeten Fernsehen und Rundfunk eine neue Friedensinitiative der UdSSR — den Beschluß, bis November keine Mittelstreckenraketen aufzustellen und die Verwirklichung der anderen Gegenmaßnahmen in Europa zu stoppen. Wenige Stunden später wurde die Reaktion Washingtons bekannt, das die sowjetischen Vorschläge prompt als "Propaganda" bezeichnete. Im gleichen Sinne äußerten sich auch einige Politiker der BRD-Regierungskoalition.

Auf den Abschlußkundgebungen am Montag rückte dieses Thema in den Vordergrund. Die Redner, die die sowjetische Initiative als konstruktiven Schritt zur Zügelung des Wettrüstens einschätzten, zeigten sich enttäuscht über die Haltung der Regierungen der BRD und der USA.

In Dortmund verabschiedeten die Kundgebungsteilnehmer eine Resolution, in der es hieß: "Wir begrüßen den ... einseitigen Stationierungsstopp für Mittelstreckenraketen durch die sowjetische Regierung als ein Zeichen in die richtige Richtung. Die prompte Ablehnung dieses Vorschlages ... durch die USA zeigt, daß es in Washington keineswegs um Abrüstung geht, daß die USA offensichtlich nicht bereit sind, in Genf konstruktive Schritte zu gehen."

Die diesjährigen Ostermärsche standen im Zeichen des bevorstehenden 40. Jahrestages der Zerschlagung des Hitlerfaschismus. Ihre Teilnehmer erklärten, sie wollten den 8. Mai als Tag der Befreiung, als Tag des Friedens begehen.

Die BRD-Regierung versuchte auch in diesem Jahr, die Ostermarschteilnehmer zu spalten, indem sie der bürgerlichen Presse die abgedroschene und unsinnige These vorwarf, diese Märsche seien "eindeutig kommunistisch gestaltet". Günter Jansen, SPD-Landesvorsitzender von Schleswig-Holstein und Bundestagsabgeordneter, der diese Angriffe zurückwies, sprach von einer "Gemeinsamkeit der Sozialdemokraten mit Pastoren, Gewerkschaftern, Grünen und Kommunisten, die vorbehaltlos für Abrüstung eintreten". Er unterstrich: "Frieden muß immer eine Sache aller sein. Und keine Partei und keine Gruppe hat das Recht, dieses Thema exklusiv in Anspruch zu nehmen."

A. TOLPEGIN,
NZ-Korrespondent

Bonn

UdSSR--BRD

BEGEGNUNGEN, DISKUSSIONEN, DIALOGE

Mitte April weilte in der BRD eine sowjetische Parlamentsdelegation unter dem stellvertretenden Vorsitzenden der Kommission für Auswärtige Angelegenheiten des Nationalitätensowjets des Obersten Sowjets der UdSSR, Michail Simjanin. In Hamburg, Bonn und Mainz kam es zu vielen Begegnungen, Diskussionen und Gesprächen.

In der bundesdeutschen Arbeiterhochburg, wie Hamburg hierzulande genannt wird, besichtigte die sowjetische Delegation das Museum des berühmten Sohnes der deutschen Arbeiterklasse, Ernst Thälmann, der 1944 im faschistischen Konzentrationslager Buchenwald von den SS-Schergen ermordet worden war. Auf Drängen der Kommunisten, der Sozialdemokraten und vieler Einwohner der Stadt wurde der Name ihres großen Landsmanns unlängst dem beim Museum liegenden Platz gegeben.

Am gleichen Tag trafen sich die sowjetischen Gäste mit Bundestagsabgeordneten, Politikern und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, mit Repräsentanten der Geschäftswelt und mit Wissenschaftlern Hamburgs. Reges Interesse fand der Besuch eines der größten Forschungszentren der Welt für Physik der Elementarteilchen, in dem neben westdeutschen Physikern auch sowjetische Wissenschaftler tätig sind.

In Bonn fand eine ganze Reihe ergebnisreicher Gespräche und Dialoge statt, darunter mit den Vorsitzenden der Bundestagsfraktionen der SPD, der FDP und der CDU/CSU Hans-Jochen Vogel, Wolfgang Mischnick und Alfred Dregger, mit Bundeskanzler Helmut Kohl, mit Außenminister Hans-Dietrich Genscher, mit Bundestagspräsident Philipp Jenninger und anderen Politikern und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens der BRD. In einer herzlichen, von gegenseitigem Verständnis erfüllten Atmosphäre verlief das Gespräch zwischen Michail Simjanin und dem DKP-Vorsitzenden Herbert Mies. Die Mitglieder der sowjetischen Delegation legten auf einem Friedhof in Duisdorf, einem Vorort Bonns, auf dem die im zweiten Weltkrieg gefallenen Sowjetbürger beigesetzt worden waren, Kränze nieder.

Zentrales Ereignis des Besuchs war das Treffen der sowjetischen Parlamentarier mit den Mitgliedern des Ausschusses für Auswärtige Angelegenheiten des Bundestags. Im Verlauf einer regen Diskussion kam ein weiterer Kreis von Problemen zur Sprache, von denen die Begrenzung des Wettrüstens und die Abrüstung die wichtigsten waren.

In seiner Ansprache hob Michail Simjanin hervor, daß die Völker der ganzen Welt in diesem Jahr ein wichtiges

historisches Jubiläum feiern, das das Gesicht der heutigen Welt geprägt und die Wege zur weiteren Entwicklung der internationalen Beziehungen vorgezeichnet hat — den 40. Jahrestag der Beendigung des zweiten Weltkrieges, der mit der Niederlage des Hitlerfaschismus und der Befreiung der Völker Europas, darunter auch des deutschen Volkes, von der faschistischen Sklaverei geendet hat. Die vor 40 Jahren in Jalta und Potsdam angenommenen Beschlüsse hätten neue Realitäten in der europäischen Politik geschaffen, die, wie später bestätigt wurde, eine feste Grundlage für die Zusammenarbeit der verschiedenen Bündnissen angehörenden Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung auf unserem Kontinent bildeten.

Die Erfahrungen und Lehren des zweiten Weltkrieges zeigen, welche riesigen menschlichen und materiellen Verluste die Menschheit im Kampf für Frieden, Freiheit und Demokratie bringen mußte. Vor allem in unserem nuklearen Zeitalter dürfe das niemand vergessen. Allerdings wachse heute nach Jahren der Entspannung die Gefahr des Kernwaffenkrieges wieder an. Eine ernste Bedrohung stellen die Pläne der Militarisierung des Weltraums.

Befremden und Besorgnis löse die Eile aus, mit der in der BRD die Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit den USA bei der Entwicklung des Programms der Sterbenkriege bekundet wurde, hob Michail Simjanin hervor. Nach Meinung gewisser Politiker der BRD müßten die Bundesdeutschen an Forschungsarbeiten zur Schaffung einer weltraumgestützten Raketenabwehr teilnehmen, um von der modernen amerikanischen Technologie zu profitieren. Wie das Leben zeigt, seien solche Hoffnungen illusorisch.

Bei der Erörterung der Fragen der bilateralen Beziehungen stellten die Parlamentarier der BRD und der UdSSR fest, daß bei der Entwicklung der Kontakte zwischen den beiden Ländern viel erreicht wurde. Aber es gebe auch ungenutzte Möglichkeiten in einem solchen Bereich wie ökonomische Zusammenarbeit. Der Dreh- und Angelpunkt der sowjetisch-bundesdeutschen Beziehungen und die Basis ihrer positiven Entwicklung waren und bleiben Sicherheitsprobleme.

Auf der Pressekonferenz in Bonn schenkte Michail Simjanin den Problemen der Zügelung des Wettrüstens und der bilateralen Kontakte besondere Beachtung. Wir sind aufrichtig dafür, hob der Chef der sowjetischen Delegation hervor, zwischen unseren Ländern nicht einfach normale, sondern gutnachbarliche Beziehungen zu entwickeln. **N. SHOLKWER**

Am 30. April 1975 wurde Südvietnam befreit. Die US-Aggressoren und ihre Marionetten erlitten eine vernichtende Niederlage. Das Volk, das in diesem harten Krieg gesiegt hatte, demonstrierte der ganzen Welt seine unerschöpflichen Kräfte. Jetzt stellt es sie in den Dienst des friedlichen Aufbaus

MUT UND ENTSCHLOSSENHEIT

Anatoli WOLODIN

Es war ein in der Tat historischer Sieg. Er bedeutete das Fiasko der Pläne der USA, Indochina in eine strategische Basis für den Kampf gegen die Kräfte des Friedens, der nationalen Unabhängigkeit, der Demokratie und des Sozialismus in Südostasien zu verwandeln, demonstrierte überzeugend die Aussichtslosigkeit der Versuche imperialistischer und reaktionärer Kreise, den Vormarsch der Völker zu nationaler Befreiung und sozialem Fortschritt zu stoppen.

14 Mio t Bomben und Geschosse gingen auf Vietnam nieder. Die barbarischsten Waffen, darunter chemische, kamen zum Einsatz. Dutzende von Städten, Tausende von Ortschaften, Schulen, Krankenhäusern und Tempeln wurden vernichtet, mindestens 15 Millionen Menschen wurden obdachlos... Um so größere Bewunderung löst heute, nach einem Jahrzehnt, die Heldentat des vietnamesischen Volkes aus, das seine Heimat nicht unterjocht und gedemütigt sehen wollte.

Neue Aufgaben

Der Sieg eröffnete dem vietnamesischen Volk neue Horizonte. Der Aufbau des Sozialismus im ganzen Land, das nun vereint war, begann. Der Übergang der vietnamesischen Revolution zu einer neuen Etappe verlangte von der KP Vietnams eine große, in vielem Pionierdienste leistende theoretische und praktische Arbeit zur Formulierung eines wissenschaftlich begründeten langfristigen politischen Kurses auf den Aufbau des Sozialismus in der spezifischen Lage des wiedervereinigten Vietnam und zur Mobilisierung aller Werktätigen für die erfolgreiche Verwirklichung dieses Kurses.

Die Lage gleich nach der Befreiung des vietnamesischen Südens war insbesondere dadurch gekennzeichnet, daß die neue Gesellschaft auf einer schwach entwickelten materiellen Basis, die zudem noch

durch den langanhaltenden Krieg stark geschwächt war, aufgebaut werden mußte. Es sei nur gesagt, daß 1975 das Prokopfeinkommen in Vietnam 135 Dollar nicht überstieg.

Der US-Neokolonialismus hinterließ im Süden Vietnams überaus schwere Probleme. Hier nur einige Fakten: Es gab ca. 3,5 Millionen Arbeitslose, 362 000 Kriegsinvaliden und 880 000 Waisen. Die Wirtschaft dieses Landesteils war an den kapitalistischen Markt gebunden und von seinen Lieferungen von Rohstoffen, Anlagen und Ersatzteilen völlig abhängig. Der Westen hatte einen Wirtschaftsboykott verhängt. Man hoffte, das sozialistische Vietnam werde unter der schweren Nachkriegslast zusammenbrechen.

Trotz der überaus akuten ökonomischen und sozialen Probleme mußte die Partei der vietnamesischen Kommunisten zugleich die Verteidigung und die Sicherheit des Landes stärken angesichts der dreisten Versuche imperialistischer und hegemonistischer Kreise sowie der Kräfte der inneren Konterrevolution, den sozialistischen Staat zu erdrosseln und zu

zwingen, von seinem Weg abzugehen. Die Konterrevolution setzte die verschiedensten Mittel ein: bewaffnete Provokationen und ökonomischen Druck, Spionage, Diversionsakte und politische Komplote. Die Maschinerie der psychologischen Kriegführung arbeitet auf vollen Touren. In westlichen Ländern erscheinen über 100 Periodika, die eine Dauerkampagne gegen das sozialistische Vietnam führen. Den Ton dabei geben die US-Geheimdienste an, mit denen die anderer, der SRV feindlich gesinnter Staaten ihre Tätigkeit koordinieren. Der Rundfunksender "Voice of Amerika" ermöglicht davongekommenen Saigoner Elementen, ihre Hetzpropaganda unter konterrevolutionären Losungen wie "Die Rache des 30. April" und "Schwarzer April" nach Vietnam auszustrahlen. Ge-

Nach Ende des Krieges konnte das vietnamesische Volk endlich zur friedlichen Arbeit, vor allem zu den dringlichsten Verrichtungen, darunter dem Wohnungsbau, übergehen

Foto: TASS



gen Vietnam werden Film, Fernsehen, Literatur und Flugblätter eingesetzt.

Ein wichtiger Platz bei diesen Plänen war dem Pol-Pot-Terrorregime im benachbarten Kampuchea zugewiesen, das in seinem chauvinistischen Taumel Kriegshandlungen an der vietnamesischen Grenze entfesselte und sogar mit der Einnahme Saigons drohte.

Doch trotz der ungünstigen außenpolitischen Situation verlagerte sich nach der Befreiung des Südens die Hauptfront des Kampfes auf den wirtschaftlichen Bereich. Unzählige dringende Probleme waren zu lösen: die Hungernden zu ernähren, den Menschen zumindest eine vorläufige Unterkunft zu geben, Hunderttausende von Waisen und Krüppeln zu betreuen. In kürzester Zeit mußten die schwersten Kriegswunden geheilt werden.

Diese Aufgabe bewältigte das vietnamesische Volk. Das war auch ein Sieg. Ein Arbeitssieg, durchaus vergleichbar mit militärischen Heldentaten.

Die Werktätigen der SRV, die die heutigen Aufgaben anpacken, denken auch an die Zukunft — daran, wie ihre Heimat, die so schwer gelitten hat, wieder stark und blühend werden kann. Sie nehmen heute bewußt einige Entbehrungen in Kauf, um morgen das große Ziel zu erreichen. Und das ist ein weiterer Sieg Vietnams. Er wird heute, vor unseren Augen, geboren.

Die Landwirtschaft

Selbst Menschen, die man schwer der Sympathie für den Kommunismus verdächtigen kann, verhehlen ihre Anerkennung beim Anblick des hydroenergetischen Komplexes am Schwarzen Fluß nicht. Die Kühnheit des technischen Denkens, die hohe Organisation der Produktion, die moderne Technik sowie das komplexe Herangehen an alle Fragen der Arbeit und des Lebens der Menschen — das ist das überzeugendste Argument für den Sozialismus. Hier verstummen Nörgler und Kleingläubige, schöpfen jene, die eine glückliche Zukunft ihres Landes herbeisehen, neuen Mut. Dutzende solcher Großobjekte gibt es in Vietnam. Dazu gehören das Wärmekraftwerk Pha Lai und das Wasserkraftwerk Tri An, der Betrieb für die Erkundung und Förderung von Öl und Gas in Vung Tau sowie die 5 km lange Brücke am Roten Fluß im Raum Hanoi.

Doch wie groß die Erfolge der SR Vietnam beim Aufbau neuer Industrieobjekte auch sein mögen, die wichtigste Aufgabe bleibt der rapide Aufschwung der Landwirtschaft, des führenden Wirtschaftszweiges. Auf dem Land leben

etwa 80% der Bevölkerung der SRV, und gerade vom Entwicklungstempo der Agrarproduktion hängt der Gesamtaufschwung der Volkswirtschaft ab — und natürlich die Nahrungsmittelversorgung der Bevölkerung. Zum Erfolg trugen der Arbeitsenthusiasmus der Bauern und die sozialistische Organisation der Arbeit bei — der Brigadevertrag im Rahmen jeder Produktionsgenossenschaft. Diese progressive Form sowie die besondere Förderung des Bewässerungssystems, der breitere Einsatz von Düngern und die Vervollkommenung des Saatgutwesens brachten gute Ergebnisse. Bereits das vierte Jahr hintereinander steigen die Ernten konstant. 1984 wurden trotz der überaus schlechten Witterungsbedingungen ca. 18 Mio t Reis und andere Nahrungsmittelkulturen eingebracht. Von Jahr zu Jahr steigen die staatliche Beschaffung und der Ankauf von Agrarprodukten.

Immer größer ist der Beitrag des Südens zur Entwicklung der Wirtschaft. Und obwohl der Bau neuer kapitalintensiver Objekte dort bisweilen auch noch in begrenztem Umfang erfolgt, wird sich doch die Lage in den nächsten Jahren bedeutend ändern. Heute zeitigen die Maßnahmen zur sozialistischen Umgestaltung der Industrie, des Verkehrs- und Bauwesens, der Landwirtschaft, des Handwerks, des Heimgewerbes und des Handels die größte volkswirtschaftliche Wirkung.

In diesem Sinne sind die in den zehn Jahren seit der Befreiung des Südens erfolgten Veränderungen bemerkenswert. Der staatliche Sektor erstarkte. Heute gehören zu ihm die größten Industrie-, Bau- und Handelsbetriebe. 250 Staatsgüter entstanden. Von verschiedenen Genossenschaftsformen ist der überwiegende Teil der Heimgewerbetreibenden, der Handwerker und der Kleinhändler in der Stadt und der Bauern auf dem Lande erfaßt. Zugleich verzichtet der sozialistische Staat einseitig nicht auf die Nutzung staatskapitalistischer, privater und Kleinhändlerformen der Organisation der Produktion, des Handels und der Dienstleistungen.

Vietnam besitzt nach seinem historischen Sieg von 1975 alle Voraussetzungen für den erfolgreichen Aufbau des Sozialismus — reiche Naturressourcen, den Fleiß des Volkes, dessen moralisch-politische Einheit, die feste Führung durch eine marxistisch-leninistische Partei und schließlich die allseitige Hilfe der UdSSR und der anderen Länder der sozialistischen Gemeinschaft, aller Freunde Vietnams.

NZ KOMMENTAR

UNERMÜDLICHES WIRKEN

Es gibt viele konkrete Beispiele, die die Beziehungen der brüderlichen Freundschaft und Solidarität zwischen der Sowjetunion und der Koreanischen Demokratischen Volksrepublik belegen. Das jüngste Beispiel ist der zu Ende gegangene offizielle Freundschaftsbesuch des Politbüromitglieds der Partei der Arbeit Koreas, Stellvertreters des Ministerpräsidenten und Außenministers der KDVR, Kim Yong Nam, in der Sowjetunion.

Die Unterredung des koreanischen Gastes mit Michail Gorbatschow und die Verhandlungen mit Andrej Gromyko bestätigten die gegenseitige Treue der KPdSU und der PdAK zu den Prinzipien des Marxismus-Leninismus und des proletarischen Internationalismus.

Seit den sowjetisch-koreanischen Gipfelgesprächen ist knapp ein Jahr vergangen. Wie Andrej Gromyko und Kim Yong Nam betonten, hat die Realisierung der damals getroffenen Vereinbarungen die dynamischen und fruchtbaren Beziehungen zwischen beiden Ländern auf eine neue Stufe gebracht. Das gilt nicht nur für das bilaterale Verhältnis auf dem Gebiet des sozialistischen Aufbaus, sondern auch für ihr Zusammenwirken auf dem internationalen Schauplatz.

Besonders heute kommt der Koordinierung der außenpolitischen Tätigkeit der UdSSR und der KDVR hervorragende Bedeutung zu. Am Vorabend des Jahrestags des Sieges über den Faschismus schließen sich die friedliebenden Völker im Bestreben zusammen, alles zu tun, damit der Krieg 1939-1945 als letzter Weltkrieg in die Geschichte der Weltzivilisation eingeeht.

Heute genügt ein Funke, um einen Weltbrand zu entzünden. Das trifft besonders dann zu, wenn man auf einem Pulverfaß sitzt und mit Feuer spielt. Ein Beispiel dafür ist Südkorea, das von todsbringenden Waffen (einschließlich der Kernwaffen) starrt und vom amerikanischen Imperialismus in ein Aufmarschgebiet für die Auseinandersetzung mit dem Sozialismus und der nationalen Befreiungsbewegung im asiatischen Pazifikraum verwandelt wurde.

In diesem Zusammenhang hob Michail Gorbatschow hervor, daß die neue Initiative der KDVR, die unlängst in dem "Schreiben an das Parlament der Republik Korea" formuliert wurde, für die Entspannung auf der Halbinsel Korea, große Bedeutung gewinnt.

W. GODYNA

Die Stationierung amerikanischer Jagdbomber F-16 in Misawa bedeutet für die Japaner

NOCH EIN STEIN MEHR AM HALS

Die Liste der strategischen Kernwaffenobjekte der USA in Japan hat sich um einen neuen Namen erweitert — Misawa. Am 2. April nahm dieser Stützpunkt im Norden der Insel Honshu die ersten drei F-16-Jagdbomber auf, die in der Lage sind, Kernwaffen zu tragen. Im September wird die Aufstellung der ersten 24 Maschinen starken Staffels abgeschlossen, und bis Mitte 1987 werden in Misawa zwei Staffeln mit 53 F-16 stationiert sein.

Die Rolle Misawas und der Jagdbomberstaffeln dort ist in der nuklearen US-Strategie tatsächlich enorm. Der nördlichste Stützpunkt der US-Luftwaffe in Asien befindet sich in unmittelbarer Nähe des sowjetischen Fernen Ostens, der Städte der KDVR und der nordöstlichen Gebiete Chinas. Die Reichweite der F-16 beträgt 1000 km, kann aber durch Auentanks wesentlich vergrößert werden.

Als 1982 Washington und Tokio die Stationierung der F-16 in Misawa vereinbart hatten, hieß es, den drei antinuklearen Prinzipien Japans drohe keine Gefahr. Die F-16 seien lediglich zur "Abwehr" sowjetischer Luftstreitkräfte bestimmt. Doch bald gab ein Pentagonvertreter zu, daß die Jagdbomber erhöhter Reichweite nicht für Luftkämpfe, sondern zum "Angriff auf Bodenziele" vorgesehen seien. Der Berater des US-Verteidigungsministers, R. Armitage, informierte Kongreßabgeordnete darüber, daß sich unter den neuen Militäranlagen, die jetzt in Misawa entstehen, auch ein Munitionslager "großer Explosionsstärke" befindet. Den Punkt auf setzte der bekannte amerikanische Experte für nuklearstrategische Fragen, W. Arkin, der in einem Interview für die Zeitung "Asahi" erklärte, daß es sich hierbei um ein A-Bomben-depot handele. Nicht zufällig kam es am



Illustration aus der Zeitschrift "Wehrtechnik" (BRD)

Tag der Ankunft der ersten F-16 vor den Toren des amerikanisch-japanischen Stützpunktes zu Demonstrationen und Kundgebungen. Die Teilnehmer forderten, die Einfuhr nuklearer Waffen nach Japan nicht zuzulassen. Der Vorsitzende des Stadtfriedensrates von Misawa, A. Tetsumaru, erzählte mir vom fieberhaften Bau der verschiedensten, zur Führung eines Nuklearkrieges bestimmten Anlagen. Dazu gehören: befestigte Schutzwälle für Flugzeuge, eine unterirdische Kommandozentrale, Lager für nukleare und andere Massenvernichtungswaffen. Unweit der Siedlung für Piloten und Wartungspersonal der F-16 beginnt eine Straße, die tief unter die Erde zu den Atombombendepots führt.

Nicht weit von Misawa befindet sich der Stützpunkt für F-15-Jagdflugzeuge,

UDSSR--GRIECHENLAND

GÄSTE AUS HELLAS

Vom 15. bis zum 22. April fand in der Sowjetunion ein sowjetisch-griechisches Gewerkschaftstreffen aus Anlaß des 40. Jahrestages des Sieges über den Faschismus statt. Mitglieder einer Delegation der Allgemeinen Arbeitskonföderation Griechenlands (GSEE) besuchten Moskau, Kiew, Wolgograd und Kischinjaw, wo sie mit Arbeitern und Gewerkschaftsfunktionären zusammentrafen. Im Mittelpunkt der Gespräche stand die durch Verschulden der aggressiven NATO-Kreise beunruhigende Weltlage. Einmütig wurde dabei die Rolle der organisierten Arbeiterbewegung im Kampf für den Frieden, für die Verhütung einer nuklearen Katastrophe betont.

Der Delegation gehörten Teilnehmer der Griechischen Widerstandsbewegung an. Im Sowjetischen Komitee der Kriegsveteranen trafen Waffenbrüder zu-

sammen, die nicht nur auf sowjetischem, sondern auch auf griechischem Boden gegen den Faschismus gekämpft hatten. Das griechische Volk hatte in den Jahren der faschistischen Okkupation schwere Verluste zu tragen.

Die griechischen Antifaschisten banden mit ihren Aktionen mehrere italienische und deutsche Divisionen, die für die Ostfront bestimmt waren.

Auch nach der Zerschlagung Hitlerdeutschlands endete der Kampf nicht. Die griechischen Partisanen wurden bis 1981 verfolgt. Viele von ihnen, die Krieg und Okkupation überlebt hatten, wurden von ihren britischen "Befreiern" hingeführt oder in den KZ der amerikanischen Marionetten — der "schwarzen Obristen" — gefoltert. Erst in den letzten Jahren wurden die Verdienste der Widerstandskämpfer offiziell anerkannt, was

ihnen neue Möglichkeiten bot, gemeinsam mit allen fortschrittlichen Kräften für den Abzug der ausländischen Truppen aus Griechenland, für Frieden und soziale Umgestaltungen zu kämpfen.

Kakitsos Stomatis, Vorstandsmitglied der GSEE, drückte die Meinung der griechischen Veteranen aus, als er sagte, das griechische Volk fühlte tiefe Dankbarkeit für die Sowjetunion, die mit der Zerschlagung des Faschismus eine beispiellose Heldentat vollbracht habe und ein zuverlässiges Bollwerk der Friedensbewegung in der Welt geworden sei. Er unterstrich, die griechischen Veteranen, alle Werktätigen betrachteten den Kampf gegen die Gefahr eines dritten Weltkriegs als ihre internationalistische Pflicht.

Griechenland wendet sich gegen die Pershing 2 und Marschflugkörper in Europa und widersetzt sich der Washingtoner Militärdoktrin, der zufolge Griechenland vom Norden bedroht werde. Athen

welche im Notfall die F-16-Bomber begleiten und abschirmen können.

Die Stationierung der F-16 in Misawa rief eine ganze Welle kritischer Äußerungen hervor. Der bekannte Kommentator für militärische Fragen, H. Aoki, bemerkte z. B., daß die amerikanischen Flugzeuge "nicht zur Verteidigung Japans angekommen seien, sondern, um gerade das zu tun, was Japan selbst durch seine eigene Verfassung verboten ist". Die Zeitung "Tokyo Shimbun" stellte fest: "... die Stationierung der F-16 in Misawa offenbart die Absicht, amerikanische Streitkräfte in Japan (wenn schon nicht die japanischen "Selbstverteidigungskräfte" selbst) zum Überfall auf sowjetische Militärlager einzusetzen." Die Zeitung unterstrich, daß der Einsatz der F-16 von japanischem Boden aus sowie das Zusammenwirken beider Länder bei der Sicherung der maritimen Kommunikationswege und bei der Blockierung von Meereswegen provokatorischen Charakter trägt. Diese Handlungen zeugen davon, daß der japanisch-amerikanische Sicherheitspakt in zunehmendem Maße der Wahrung amerikanischer globalstrategischer Interessen dient.

Auch der Vergleich Misawas mit einem zusätzlichen Stein am Halse Japans ist berechtigt. Mit dieser Last am Hals wird Japan an den Rand des atomaren Abgrundes gedrängt.

J. TAWROWSKI
NZ-Korrespondent

Tokio

entsendet keine Soldaten zu NATO-Manövern mehr und hat die griechischen Studenten und Instrukteure vom NATO-College in Rom abberufen.

Washingtons Reaktion darauf ist eine breitangelegte Propagandakampagne, die die Regierung der Sozialisten in den Augen der Weltöffentlichkeit desavouieren soll. Die US-Presse suggeriert ihren Lesern, daß die Äußerungen des griechischen Ministerpräsidenten nicht von den Massen unterstützt würden.

Jorgas Christopoulos, Leiter der GSEE-Delegation, und andere griechische Gewerkschafter kommentierten das dahingehend, derartige Publikationen seien üble Verleumdungen. Die Werktätigen Griechenlands stünden hinter der Friedenspolitik ihrer Regierung. Der Gedanke, den Balkan zu einer kernwaffenfreien Zone zu machen, stammt eigentlich aus der GSEE und findet die Unterstützung aller Mitglieder.

O. SCHACHNASAROW

"NEUE ZEIT" 18.85

NZ

STANDPUNKT

NEUES VIETNAM?

Die US-Politik gegenüber Nikaragua, ein übler Gemisch aus Hochmut und Heuchelei, löst tiefste Beunruhigung aus. Was ist der ganze Rummel um die 14 Millionen für die Contras schon wert, den das Weiße Haus im Kongreß veranstaltet! Unter den Freunden der Administration dürfte sich manch einer finden, der ohne besondere Anstrengungen einen eigenen Scheck über diese Summe auf den Tisch legen könnte. Was den Staatshaushalt angeht, so ist es ohnehin bodenlos, wenn es sich um derartige Dinge handelt. Allein die offiziellen Bewilligungen für die "Mujaheddin" in Afghanistan liegen beispielsweise um das 20fache über denen, die der Präsident für ihre nikaraguanischen Doppelgänger beantragt hat. Außerdem weiß jeder, daß für die unerklärten Kriege gegen Afghanistan wie gegen Nikaragua der Geldstrom über geheime Kanäle fließt. Wozu dann diese Farce auf dem Kapitol wegen ein paar Millionen Dollar?

Eine symbolische Geste? Nicht nur und nicht so sehr. Es genügt nicht, daß das Weiße Haus im Kongreß das Sagen haben und damit freie Hand erlangen will, um "ein zweites Vietnam in Mittelamerika" zu vermeiden, wie die Verfechter der Reagan-Politik behaupten. Mit weiteren Geldern für die Contras, deren Zahl verdoppelt werden soll, wolle Washington die Entsendung amerikanischer Truppen nach Nikaragua umgehen.

Doch an diese Version glauben am wenigsten ihre Urheber. Sie wissen sehr gut, daß die Sandinisten gegen Konterrevolutionäre kämpfen. Und da diese in Miami verdoppelt angeworben werden, wird man in Nikaragua auch mit verdoppelter Kraft gegen sie vorgehen. Das führt zu mehr Blutvergießen, erhöht aber die Siegeschancen der Konterrevolution nicht. Erhöhte Chancen bestehen nur für die Möglichkeit, einen militärischen Konflikt zwischen Nikaragua und seinen Nachbarländern zu provozieren, auf den das Weiße Haus aus ist.

Doch auch das ist noch nicht der eigentliche Zweck. Washington neigt nicht besonders dazu, sich auf den Kampfrumm seiner mittelamerikanischen Proteges zu verlassen. Verlässlicher erscheint ihm die eigene Technik in den eigenen Händen. Deshalb rückten US-Panzer während der Manöver in Honduras so dicht an die nikaraguanische Grenze heran. Sie werden vom Pentagon als die wichtigste Schlagkraft betrachtet, die am "Tag X" nach den Contras und den mittelamerikanischen Söldnern in Nikaragua eindringt. Man kalkuliert ganz primitiv: Das Land wird von vier Seiten in die Zange genommen — von Land und von See, wo ständig Kriegsschiffe vor der Küste kreuzen.

Den 14-Millionen-Rummel hat man also sehr wohl inszeniert, um einem "zweiten Vietnam" Tür und Tor zu öffnen. Das haben auch die real denkenden Kongreßleute erkannt. Einer von ihnen erklärte ohne Umschweife: "Ich glaube nicht, daß der Präsident Ruhe gibt, ehe amerikanische Truppen in Nikaragua stehen."

Klar ist auch, womit sich diese Truppen dort zu beschäftigen hätten. Dazu ließ sich der Präsident selbst schon vernehmen. "Die Sandinisten sind viel schlimmer als..." Was meinen Sie wohl? "...als Somoza! Der war zwar nach Reagans saurem Eingeständnis "schlecht", aber doch nicht besonders, und vor allem deshalb, weil seine "Nationalgarde" nicht trainiert genug war, den Volksaufstand niederzuschlagen. Will man den Gedanken fortsetzen, ergibt sich, daß die Nachfolger des gestürzten Tyrannen dessen Versäumnisse berücksichtigen werden. Dann werden sie die Ordnung schaffen, die ihnen das benachbarte "nördliche Imperium" diktiert. Ungefähr die gleiche faschistische Ordnung, die vor 12 Jahren über Tausende Chilenen Leid und Tod gebracht hat.

Man muß den Tatsachen ins Auge sehen. Diese Variante könnte versucht werden. Umso mehr als es in Washington Leute gibt, die meinen, Nikaragua sei der richtige Ort, wo man der ganzen dritten Welt eine "Lektion" erteilen könnte. Allerdings würde das unweigerlich zu einem Bumerang für die USA. Zumindest infolge gewisser Umstände, vor denen Washington den Kopf in den Sand steckt.

Vor allem sind die Nikaraguaner entschlossen, die Aggression abzuwehren, worauf sie sich seit langem vorbereiten. Die Amerikaner würden dort weniger über fremde, als vielmehr über eigene Leichen zu gehen haben. Und wenn sich die Kampfhandlungen hinziehen? Das Hinterland der Interventen — El Salvador, Honduras, Guatemala, wo Washington schon jetzt der Boden unter den Füßen verdammt heiß wird — könnte zu einer neuen Front für die US-Truppen werden. Und auch anderwärts, darunter in Westeuropa, wird die Solidarität mit Nikaragua zu einem politischen Faktor. Was würde eine Invasion für die "Atlantische Einheit" bedeuten?

Last not least könnte eine allgemeine Destabilisierung der Weltlage, zu der ein "zweites Vietnam" führen müßte, auch für die USA höchst ungewisse Folgen haben.

Dmitri WOLSKI

Wie Camp David wiederbelebt werden soll

AUSSICHTSLOSES UNTERFANGEN

Der stellvertretende US-Außenminister Murphy kreuzt wieder einmal im Nahen Osten auf. Unschwer konnte man erraten, was der US-Emissär diesmal in seinem Gepäck mit sich führte. Darüber kann man allein schon nach seiner jüngsten Rede vor dem Unterausschuß für Fragen Europas und des Nahen Ostens im US-Repräsentantenhaus urteilen. Murphy bezeichnete das am 11. Februar in Amman unterzeichnete Abkommen zwischen König Hussein und Yasser Arafat sowie die vom ägyptischen Präsidenten Ende des gleichen Monats ergriffene "Mubarak-Initiative" als "ermutigende Ereignisse" in der Region. Murphy, der die beiden Vorgänge als "neue Bewegung bei der Friedenssuche" in der Region betrachtet, erklärte, einstweilen sei sie noch nicht fest, und deshalb wollten die USA sie auf den entsprechenden Stand bringen.

Vor Murphy standen folgende Aufgaben: Erstens die Auswahl solcher palästinensischer Dialogteilnehmer zu gewährleisten, die den USA und Israel zusagen würden; zweitens die Jordanier und "repräsentative Palästinenser" (die keine Beziehung zur PLO haben) davon zu überzeugen, nicht nur Separatverhandlungen mit Israel zu führen, sondern auch im vornherein die meisten Bedingungen Tel Avivs zu akzeptieren.

Bekanntlich wurden die beiden erwähnten Ereignisse, auf die die USA und Israel heute ihre Hoffnungen für den Nahen Osten bauen, von den arabischen national-patriotischen Kräften verurteilt. Sie wiesen die Vereinbarungen von Amman zurück, wobei sie deutlich machten, daß dort solche Prinzipien ignoriert werden wie die Beteiligung der PLO an allen Etappen einer Nahostregelung und die Bildung eines unabhängigen Palästinenserstaates. Auf starke Ablehnung stießen auch Mubaraks Vorschläge für drei Verhandlungsphasen: einen Dialog zwischen einer gemeinsamen jordanisch-palästinensischen Delegation und den USA; einen erweiterten Dialog, dem sich Israel und die anderen Seiten anschließen würden sowie eine internationale Konferenz unter Beteiligung aller interessierten Seiten ebenso wie der ständigen Mitglieder des UNO-Sicherheitsrates.

Die arabischen Fortschrittskräfte haben die ägyptische Initiative zu Recht als Aufruf zu direkten Separatverhandlungen zwischen Israel und einer jordanisch-palästinensischen Delegation unter US-Schirmherrschaft eingeschätzt. Sie charakterisierten Mubaraks Vorschlag als

Versuch, den Camp-David-Prozeß aus der Sackgasse zu führen, ihm neue Teilnehmer anzuschließen und so die "Richtigkeit" von Sadats Politik zu beweisen. Würden diese Vorschläge Erfolg haben, betonten sie, wäre eine zweite Phase von Camp David verwirklicht, d. h. die Gewährung einer "Verwaltungsautonomie" an die Palästinenser, die ihre legitimen nationalen Rechte ersetzen soll.

Bezeichnend ist die Reaktion auf die "Mubarak-Initiative" auch in Ägypten selbst. So wurde sie vom Generalsekretariat des ZK der Nationalen (linken) Progressiven Partei (NPP) Ägyptens abgelehnt, das sie ein "weiteres Zugeständnis an die USA" nannte. Das offizielle Organ der Partei, die Zeitung "Al-Ahali", verwies darauf, daß diese Vorschläge vom ARÄ-Präsidenten kurz vor dessen USA-Reise unterbreitet wurden und ganz dem Geist der von den arabischen Völkern verurteilten Abmachungen von Camp David entsprechen.

Grundlegende Unterschiede

Sowohl das Dokument von Amman als auch die "Mubarak-Initiative" enthalten den Vorschlag für eine Nahostfriedenskonferenz. Die arabischen Gegner der Separatpolitik betonten besonders, daß es in den sowjetischen Vorschlägen um eine Konferenz geht, die sich qualitativ von jener unterscheidet, die in dem Abkommen von Amman und in den Vorschlägen des ARÄ-Präsidenten erwähnt wird. Der Unterschied zwischen ihnen beschränkt sich, wie sie erklären, nicht auf die diametral entgegengesetzte Haltung zum Recht der PLO auf die einzige Vertretung des arabischen Volkes von Palästina und zur Frage eines Palästinenserstaates. Während der sowjetische Vorschlag für eine Konferenz gemeinsame Anstrengungen unter Beteiligung aller interessierten Seiten auf allen Etappen fordert, verlangt die "Mubarak-Initiative" ein internationales Forum nach Separatverhandlungen a la Camp David.

Die "Mubarak-Initiative" sieht die Teilnahme aller ständigen Mitglieder des UNO-Sicherheitsrates an der internationalen Konferenz vor. Arabische Vertreter verweisen in diesem Zusammenhang darauf, daß in den Nahost-Vorschlägen der UdSSR vom 29. Juli ebenso wie in den Beschlüssen der 38. und der 39. UNO-Vollversammlung die Rede ist von einer Konferenzteilnahme — neben den unmittelbaren Konfliktseiten — der

UdSSR und der USA sowie einiger anderer interessierter Staaten. Es ist ganz deutlich, betonten sie, daß sowohl das Abkommen von Amman als auch Mubaraks Vorschläge, indem sie die Zusammensetzung der Teilnehmer vorwegnehmen, diesen Aspekt besonders hervorheben, um die Aufmerksamkeit von jenen für eine umfassende Regelung negativen Punkten in den beiden Dokumenten abzulenken. Hat es denn Sinn, heute über zusätzliche Teilnehmer einer Konferenz zu sprechen, wenn die USA und Israel ihrer Durchführung nicht zustimmen?

Der Außen- und Commonwealthminister Großbritanniens appellierte von Er-Riad aus an die westlichen Länder, das Abkommen von Amman vom 11. Februar sowie die "Mubarak-Initiative" für Verhandlungen einer jordanisch-palästinensischen Delegation mit Israel zu unterstützen. Die Journalisten betonten, Mubarak habe "bei Frankreich eine zurückhaltende Billigung seiner Initiative erreicht". So gibt es außer den USA zwei weitere Mitglieder des UNO-Sicherheitsrates — Großbritannien und Frankreich —, die sowohl das Abkommen von Amman, das von allen arabischen antiimperialistischen Kräften als "Teilkapitulation" vor der Verwirklichung des "Reagan-Plans" entschieden verurteilt wurde, als auch die "Mubarak-Initiative", die selbst bei den Mitgliedern der Fatah-Führung auf größten Widerstand stieß, positiv aufnehmen. Progressive arabische Beobachter, die betonen, daß das Abkommen von Amman und die Vorschläge des ARÄ-Präsidenten nicht zu einer gerechten Nah-

Wird Camp David auf den Ruinen
des Libanon wiedererweckt?

Foto: AP-TASS



ostregelung beitragen, erinnern daran, daß entsprechend den sowjetischen Vorschlägen Staaten, die "einen positiven Beitrag zu einer positiven Nahostregelung zu leisten vermögen", bei allgemeiner Zustimmung als zusätzlich Konferenzteilnehmer benannt werden können.

Offizielle ägyptische Vertreter betonten, daß Mubarak Vorschläge zur Verwirklichung des Abkommens Hussein-Arafat beitragen sollen, und lobten sie über den grünen Klee als realen Weg zu einer gerechten Nahostregelung. Die Kairoer Presse betonte, daß ohne die PLO ein Frieden im Nahen Osten illusorisch sei und die Initiative des ägyptischen Präsidenten deren unbedingte Verhandlungsteilnahme innerhalb der jordanisch-palästinensischen Delegation voraussetzt.

Illusionen und Realitäten

Im März besuchte Mubarak Washington, wo er mit Reagan und anderen Vertretern der US-Administration seine Vorschläge zur Verwirklichung des Abkommens von Amman und die ägyptische Bitte nach Anhebung der amerikanischen Militär- und Wirtschaftshilfe erörterte. Eine Analyse der amerikanischen Presse erlaubt den Schluß, daß Reagan bei den Begegnungen mit Mubarak auf direkten Separatverhandlungen zwischen Israel und Jordanien sowie "gemäßigten Palästinensern" bestand, die nicht mit der PLO liiert seien. Es ging also um Wege zur Verwirklichung einer der Hauptthesen der Abmachung von Camp David, die nun schon das siebte Jahr nicht verwirklicht werden kann.

Wie aber steht Tel Aviv einer solchen Entwicklung gegenüber? Bemerkenswert sind in diesem Zusammenhang die Äußerungen des israelischen Ministerpräsidenten Shimon Peres in seinem Interview für die Fernsehgesellschaft CBS am 17. März. Peres erklärte, der Gedanke eines Dialogs zwischen einer jordanisch-palästinensischen Delegation und den USA vor Aufnahme direkter Verhandlungen mit Israel zeuge von der Illusion, man könne die Reagan-Administration dazu bringen, Tel Aviv irgendwelche "unannehmbaren" Entscheidungen aufzuzwingen. Israel, sagte Peres, habe die volle Gewißheit, daß die USA ihrem Versprechen treu bleiben werden, Tel Aviv nichts aufzuzwingen, sondern nur zur Aufnahme direkter Verhandlungen zwischen ihm und seinen arabischen Nachbarn beizutragen.

Nichtsdestoweniger charakterisierten offizielle Vertreter Ägyptens und amtliche Presseorgane die Ergebnisse der Mubarak-Reise positiv. So brachte die Zeitung "Al Ahram" einen Artikel unter der Überschrift "In allen Aspekten erfolgreiche Verhandlungen". Der ägyptische Präsident betonte in einer Rede Ende März vor Funktionären der regierenden Nationaldemokratischen Partei das große Verständnis der amerikanischen Seite, darunter des Präsidenten und des Außenministers der USA, für die

ÖSTERREICH

HERZLICHER EMPFANG

Die Sonne verleiht der Donau einen goldenen Schimmer. Das ewig junge Wien, das sich mit dem ersten Laub geschmückt hat, begrüßt seine Gäste. Mitte April wurde hier der 40. Jahrestag der Befreiung begangen. Veteranen des antifaschistischen Kampfes, Widerstandskämpfer, ehemalige Häftlinge faschistischer KZs, Einwohner der Stadt, Delegationen aus der UdSSR und zahlreiche Journalisten füllten den Schwarzenbergplatz im Zentrum der österreichischen Metropole. Sie waren zum Denkmal für die sowjetischen Soldaten, zum Siegesdenkmal, gekommen. Hier fand eine Großkundgebung statt, wurden Kränze niedergelegt.

Der 13. April ist in der Geschichte der Republik Österreich der Tag der Befreiung. Damals, vor 40 Jahren, zerschlugen die Truppen der 3. Ukrainischen Front unter dem Kommando von Marschall Tolbuchin die hitlerfaschistischen Verbände, die verzweifelt Widerstand leisteten, und befreiten Wien. Dieser Sieg forderte einen hohen Preis. In den Kämpfen für die Befreiung Österreichs fielen 26 000 sowjetische Soldaten.

Dem war ein anderes Ereignis vorausgegangen. Am 29. März 1945 befreiten sowjetische Einheiten die erste österreichische Ortschaft — Klostermarienberg. Auf dem Marktplatz des Dorfes steht ein grauer Obelisk mit der lakonischen Inschrift: 29. März 1945, Beginn der Wiedererrichtung Österreichs. Drei Schiffe der sowjetischen Schwarzmeerflotte statteten dieser Tage auf Einladung des Verteidigungsministers des Landes Österreich einen Freundschaftsbesuch ab.

Ein großes Ereignis war die Ausstellung "Kiew grüßt Wien" in einem großen Saal des Wiener Rathauses. Wiens Bürgermeister H. Zilk betonte, daß die sowjetisch-österreichischen Beziehungen ein anschauliches Beispiel für wahre Freundschaft und enge Zusammenarbeit im Interesse beider Völker sind. "Wir freuen uns", sagte H. Zilk, "über diese Begegnung mit den Werken der Söhne und Töchter jener, die im Krieg ihr Leben für die Befreiung Europas vom Faschismus gaben."

S. POLSIKOW

Wien

ägyptischen Vorschläge zur Verwirklichung des Abkommens von Amman. Wie er sagte, "bestehen die positiven Ergebnisse dieses Besuchs darin, daß der Fortschritt zu einer Lösung der Palästinenserfrage in der nächsten Zeit konsequent deutlich werden wird".

Wie aber zeigt sich der von Mubarak versprochene Fortschritt? Vielleicht rechnet er den Murphy-Besuch dazu? In Wirklichkeit ist politischen Beobachtern zufolge die ägyptische Regierungspresse bemüht, die Reise des US-Emissärs als Schritt hinzustellen, der von einer Unterstützung der Initiative des ägyptischen Präsidenten und von einer Aktivierung der Nahost-Rolle der USA zeugt.

Zugleich verschweigt sie die offene antipalästinensische Ausrichtung dieses Besuchs. Dafür spricht die Presse der anderen arabischen Länder laut darüber. So verbindet die syrische Zeitung "Tishrin" den Nahostbesuch des stellvertretenden Außenministers mit der Vorbereitung eines "antiarabischen Komplotts" Washingtons, Tel Avivs und ihrer Helfershelfer in der Region. Im Grunde, schreibt das Blatt, geht es um einen weiteren Kapitulationsplan, dem zufolge sich die Araber mit der israelischen Annexion ihrer Gebiete, die Palästinenser aber mit einer dürftigen "Verwaltungsautonomie" abfinden sollen, wie sie vom Camp-David-Komplot und

seiner erneuerten Variante, dem Reagan-Plan, vorgesehen ist.

Es gibt auch noch andere Formen eines solchen Fortschritts. Kürzlich erklärte Präsident Reagan selbst, die USA seien bereit, den Dialog mit einer gemeinsamen jordanisch-palästinensischen Delegation aufzunehmen. Dabei wurde nur die Bedingung gestellt, daß der Delegation keine PLO-Vertreter angehören sollten. Pressemeldungen zufolge plant US-Außenminister George Shultz gleichfalls eine Reise nach Kairo und Amman, um zu einer "Verbesserung" der Aussichten für direkte Verhandlungen zwischen Israel und einer gemeinsamen Delegation aus Jordanien und Tel Aviv genehmen Palästinensern beizutragen.

Es wird also deutlich, daß jene arabischen Kreise recht haben, die das Abkommen von Amman und die "Mubarak-Initiative" ablehnen, die zum kompromißlosen Kampf für eine gerechte Lösung der Palästinenserfrage, des Schlüsselaspekts einer Nahostregelung, aufrufen. Die Tatsachen besagen immer wieder, daß nicht "Hoffnungen" auf die USA oder auf Westeuropa, sondern die gemeinsame Front der arabischen Länder gegen die amerikanisch-israelische "strategische Zusammenarbeit", gegen Imperialismus und Zionismus die Gewähr für den Sieg der gerechten Sache der Araber ist.

O. FOMIN

KAPIERT?

Endlich ist alles klar. Die ganze Aufregung um die von Mr. Reagan ausgeklügelten "Sternenkriege" kommt nur — was denken Sie? — vom Unverständnis der Russen. "Sie fehlinterpretieren häufig, was wir zu tun versuchen, weil sie die Dinge so anders als wir sehen... Die Russen beurteilen den Westen zu oft an alten Stereotypen. Diese Stereotypen haben sich tief in ihre Hirne eingegraben... Sie verstehen einfach nicht, wie eine freie, demokratische Gesellschaft funktioniert, wie sehr der Westen, einschließlich der Vereinigten Staaten, am Frieden hängt." Wem dürfen wir Russen denn nun dafür danken, daß man uns und der ganzen Welt die Augen für die wahren Gründe der zunehmenden internationalen Spannungen geöffnet hat? Margaret Thatcher, Premier Großbritanniens, die Obengenanntes dem US-Blatt "USA Today" zu verdauen gab.

Falls wir Mrs. Thatcher richtig verstanden haben, bedeuten ihre Worte, daß allein die Russen die "Sternenkriege" in düsterem Licht sehen. Allen anderen erscheinen sie im rosigen Schein des wissenschaftlich-technischen Fortschritts, der auf dem lichten Traum von einer gestirneumspannenden Sicherheit liegt. Ist Mrs. Thatcher etwa zu diesem Schluß gekommen, als sie hörte, die Entwicklung eines Systems der weltraumgestützten Raketenabwehr "wäre eine der erschreckendsten Perspektiven, die sich denken ließen"? Wir können der britischen First Lady belegen, daß diese Worte nicht aus russischem Munde stammen, sondern von Pentagon-Chef Weinberger, der sie kurz vor der offiziellen Bekanntgabe der SDI von sich gab. Zu dieser Zeit packte Weinberger geradezu das Grauen bei dem Gedanken, "sie", d. h. die Russen, könnten ein Ra-

ketenabwehrsystem im Weltraum errichten. Weil sie ja nicht kapieren, "wie eine freie, demokratische Gesellschaft funktioniert", und ihre Zweifel am Friedensverlangen der USA haben, könnten sie, überlegte Weinberger, womöglich noch einen nuklearen Erstschatz führen, um ihr Territorium vor einer Vergeltung durch die "raketen-sichere Astrokuppel" zu schützen. Inzwischen hat er eine Kehrtwendung um 180 Grad vollzogen und betet buchstäblich um die SDI als sei es Himmelsmanna.

Ob Mrs. Thatcher darüber nachgedacht hat, was Caspar Weinberger zu diesem Schwenk veranlaßte? Wir wollen ihr auf die Sprünge helfen. Die Sache ist ganz einfach: Ein Raketenabwehrsystem im Weltraum des Gegners dünkte Washington eine arge Gefahr für die Sicherheit der USA, in den eigenen Händen jedoch scheint es ihm das Nonplusultra der Raketenabwehr. Wie sollen

aber wir, als Russen, nun die entstandene Situation verstehen?

Das beantwortet uns die "Los Angeles Times": "Jetzt hängt unser ganzes Land von dem klaren Denken der Männer im Politbüro ab. Das ist eine reale Tatsache. Die Ingenieure können die beste Technik bauen, aber sie können uns nicht sicher machen." Wenn die USA einmal in Sicherheit leben wollten, müßten auch die Russen die gleiche Sicherheit gewinnen. Also wir. Ein klarer Gedanke. Und vor allem für uns so begreiflich. Wobei wir betonen wollen, daß das Problem der Sicherheit unserer festen Überzeugung nach am Verhandlungstisch gelöst werden muß. Wenn es natürlich um echte Sicherheit geht. Andernfalls müßte man dafür mit Mitteln sorgen, die das amerikanische Programm der "Sternenkriege" neutralisieren könnten. So sehen wir die Dinge heute.

V. GUSTSCHIN

PRÜGELRECHT

Pakistans Präsident Zia ul-Haq erläuterte dem Hongkonger "Asiaweek", wie es bei ihm daheim um die Einhaltung der Menschenrechte bestellt sei. Und ob die von den Behörden nicht selten praktizierte Prügelstrafe keine Beeinträchtigung darstelle. "Die islamische Form der Prügelstrafe schreibt vor, wie hoch du deine Hand zu heben hast, wo genau du den Streich führen sollst. Wir haben niemals jemanden unnötig geprügelt, wir haben Gerechtigkeit für alle walten lassen."

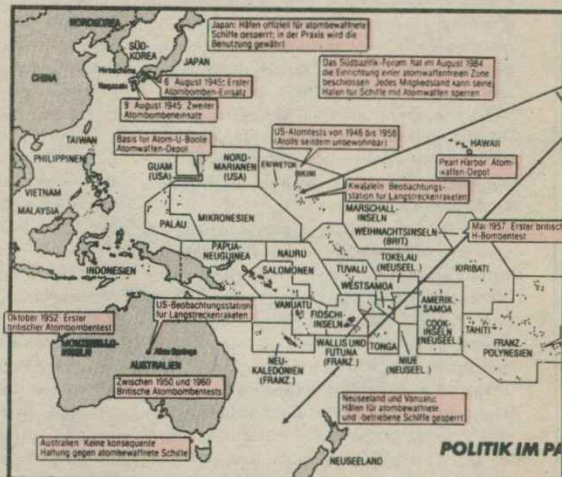
Alle sind jedoch dieser Ansicht nicht. Unsere Redaktion erhielt ein vom Demokratischen Studentebund Pakistans herausgegebenes Bulletin, dessen Verfasser berichten, daß Militärtribunale 54 Personen zu lebenslanger Haft verurteilt haben, ohne den Dingen besonders auf den Grund

NUKLEARER WINTER ÜBER DEM MEER...

Nebenstehende Karte aus dem "Spiegel" besitzt nicht nur geographische, sondern auch historische Bedeutung. Auf ihr sind US-Militärobjekte und die wichtigsten Ereignisse in der politischen Geschichte der Pazifikregion in den letzten 40 Jahren eingezeichnet. Der barbarische Bombenangriff auf Hiroshima und Nagasaki. Das von Kernexplosionen versengte Bikini-Atoll. US-Kernwaffenarsenale auf Guam und Hawaii. Starts von MX-Raketen. Die USA haben das Pazifikbecken zu ihrem nuklearen Tummelplatz gemacht.

Allerdings fehlen auf der Karte die jüngsten Vorgänge: die über dem Pazifik getesteten Raketenabwehrwaffen, das Ersuchen des Pentagon an Japan und Australien, an der

Vorbereitung der "Sternenkriege" teilzunehmen. Doch auch andere finden Platz. So die des langjährigen Ver-
Washingtons, Neuse-



Weitere vier
den zum Tode
ang verurteilt.
Urteile ist
deckt.

Punkt der Mili-

Foto aus:
"Observateur"
(Frankreich)



nen amerikanischen Zerstörer
einlaufen zu lassen, der even-
tuell Kernwaffen an Bord hatte.
Ein analoger Schritt Vanuatus
folgte. Der Beschluß des Fo-
rums der Länder des südlichen
Pazifik, hier eine kernwaf-
fenfreie Zone durchzusetzen.
"Wir Neuseeländer dachten
früher immer, wir könnten die
Hände im Schoß falten, wäh-
rend der Rest der Welt sich
selbst zerstört, aber inzwischen
wissen wir: Wenn der Nukleare
Winter ausbricht, gehen wir
ebenso drauf wie sie alle",
verdeutlichte Neuseelands Mi-
nisterpräsident David Lange
den Standpunkt seiner
Landsleute. Dieses Wissen
kann vieles von dem
durchkreuzen, was Wa-
shington auf die Karte der
Region gesetzt hat oder zu
setzen beabsichtigt.

M. LEONIDOW

tärs waltet dabei wahr-
scheinlich wirklich "Ge-
rechtigkeit". Die Haupt-
sache ist schließlich,
genau festzulegen,
in welcher Höhe der
Strang anzubringen und auf
welche Weise der Schemel
unter den Füßen weg-
zustoßen ist. J. LWOW

DER ARME PAZIFIST

Jagjit Singh Chauhan ist
selbsternannter "Präsident
des Staates Khalistan", den
die Separatisten statt des
indischen Bundesstaates
Punjab etablieren wollen.
Da es sich um einen imagi-
nären Staat handelt, hat
auch dessen "Präsident"
nicht besonders viel zu tun,
weshalb er sich in seinem
Londoner Quartier ausge-
dacht hat, vor Gericht zu
ziehen, u. zw. gegen das in
Bombay erscheinende Ma-
gazin "Blitz". Dessen Re-
daktion erhielt ein Schrei-
ben der Chauhan vertretenden
Rechtsanwaltsfirma
"Singh and Choudry"
(21 A Dalston Lane, Lon-
don), in dem die Journa-
listen aufgefordert werden,
die Ausgaben der Firma
"Singh and Choudry" zu
begleichen, mitzuteilen,
welche Wiedergutmachung
"Blitz" Chauhan zahlen
werde und schließlich, sich
zu entschuldigen.

Wofür? Dafür, daß "Blitz"
Chauhan einen Terroristen
genannt und von seiner
Beteiligung an der Vorbe-
reitung eines Attentats auf
Ministerpräsident Rajiv
Gandhi berichtet hatte. Der
"Präsident von Khalistan"
leugnet das alles. "In
Wirklichkeit ist er Pazifist
und hat das sehr kategorisch
erklärt", wettern "Singh and
Choudry" im Namen ihres
Klienten. Er habe in seinem
skandalträchtigen BBC-In-
terview kurz vor den
tödlichen Schüssen in Delhi
am 31. Oktober v. J. gar
nicht daran gedacht, zur
Rache an der Familie
Gandhi aufzurufen. Man
habe ihn einfach falsch
verstanden.

Wie aber, will "Blitz"
wissen, seien denn die
Worte des "Pazifisten" in
dem Interview zu verste-
hen, das die "Executive
Intelligence Review" (USA)
kurz nach der Ermordung
Indira Gandhis veröf-
fentlichte: "Mitglieder un-

serer khalistanischen Be-
freiungsarmee haben Mrs.
Gandhi ausgeräumt. Ich war
eingeweiht, aber es war
unser lokales Kommando

APRIL 6, 1985

SEQUEL TO EXPOSURE OF
RAJIV MURDER PLOT...

**Chauhan's
threat to
sue BLITZ**



innerhalb Indiens, das sich
mit den Details beschäftigte.
Rajiv Gandhi ist unsere
nächste Zielperson." Wahrhaft kategorischer "Pa-
zifismus"!

"Blitz" verfügt über In-
formationen, wonach Chau-
han eine Demonstration
plant, wenn Rajiv Gandhi im
Juni ein indisches Festival in

Paris eröffnen wird. In die-
sem Augenblick soll ein
Attentat auf den Mi-
nisterpräsidenten verübt
werden.

Terrorismus oder Pazifis-
mus? Der ständige Auf-
enthalt in London und die

**Auf Chauhans Drohungen
antwortet "Blitz" mit neuen
Enthüllungen**

häufigen Reisen nach Wa-
shington haben offenbar
dazu geführt, daß Chauhan
sein eigenes Verständnis
von diesen Worten hat.

L. JELIN

MIT UND OHNE PASS

Polizisten hatten sich auf ihn geworfen und ihm die Arme
umgedreht. Später, nun ohne Zeugen, "eruierten" sie lange
und eingehend die Personalien des Arrestanten, selbst
nachdem sie bereits seinen Diplomatenaß gesehen haben.

Der Vorfall ereignete sich im Lissabonner Flughafen
Portela. Opfer war der angolische Diplomat Helder
Mingas, der einen Verwandten nach Luanda begleitete.

Als einen "Mißgriff" wollen die Polizeibehörden diesen
Vorfall hinstellen. Das läßt sich jedoch kaum glauben, da
dieser Fall, den die angolische Nachrichtenagentur
Angop als "rassistischen Übergriff" bezeichnete, nicht der
einzige war. Vor kurzem wurde in gleichem Flughafen ein
führendes Mitglied der MPLA-Partei der Arbeit festgenom-
men, der einen Diplomatenaß bei sich trug. Man
beschuldigte ihn, er sei 1972, also unter dem faschistischen
Regime, aus dem portugiesischen Kolonialheer desertiert.

Für die Anführer von Gruppierungen, die Diversionen
gegen das Volk von Angola und Mocambique verüben, hat
man dagegen viel mehr Verständnis. Die Polizeibehörden
lassen ihnen nicht nur so manches durchgehen, sondern
ignorieren auch alle Proteste Luandas und Maputos. Die
Vertreter der UNITA und der Renamo können unbehelligt
Auslandsreisen unternehmen. Ende vorigen Jahres besuchte
der "Außenminister" der UNITA, Jeremias Chitunda,
Portugal und im Januar d. J. traf der neue Vertreter der
Organisation, Alcides Simoes, in Lissabon ein. Diplomatena-
ßesse besaßen sie selbstverständlich nicht.

V. KOLTSCHIK

ILO: VERÄNDERUNGEN NÖTIG

Leonid FJODOROW

Bekanntlich hat die VR Polen beschlossen, die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) zu verlassen. Für diesen Schritt hatte die VR Polen allen Anlaß. Ist es ja in der ILO, einer UNO-Spezialorganisation für internationale Zusammenarbeit im sozialen und Arbeitsbereich im Interesse der Werktätigen, zur schwersten politischen Krise seit Bestehen dieser Organisation gekommen.

Diese Krise berührt sowohl die Struktur der ILO selbst als auch den Charakter ihrer Tätigkeit. Die vor 65 Jahren geschaffene Organisation litt lange Jahre unter den "Überresten" des Völkerbundes, den Verzerrungen in der Struktur und in der Tätigkeit ihrer Leitungsorgane.

Der 1954 erfolgte Beitritt der sozialistischen Länder, vor allem der UdSSR, zur ILO, die Teilnahme an deren Tätigkeit und die Zunahme des Einflusses der vom Kolonialjoch befreiten Staaten, besonders der sozialistisch orientierten, der Aufschwung der Arbeiterbewegung und der Klassenkampf in den Ländern des Kapitals — all das schuf die Voraussetzungen für eine Veränderung der Lage in der ILO zugunsten der Kräfte des sozialen Fortschritts.

Reaktion gegen Fortschritt

Doch die Struktur der ILO ist nach wie vor undemokratisch. Eben dadurch erklären sich auch die Gebrechen ihrer Tätigkeit. Über 20 Jahre schon werden in der Organisation mögliche Strukturänderungen erörtert. Das verlangen die Vertreter der sozialistischen Länder, vieler progressiver Gewerkschaften und Delegierte der Entwicklungsländer. Und doch hat diese langjährige Diskussion keinerlei konkrete Ergebnisse gebracht.

Besonders soll hier auf die Rolle Francis Blanchards, Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamtes (IAA), das als ständiger ILO-Sekretariat fungiert, eingegangen werden. Auf einer Pressekonferenz in Genf am 26. Februar 1985 betonte der sowjetische Vertreter Leonid Kostin, der Generaldirektor müsse objektiver sein und dürfe nicht zulassen, daß die Vorschläge der UdSSR und der anderen sozialistischen Staaten zu Grundfragen ignoriert würden. Leider zeigte sich "Le Monde" zufolge F. Blanchard darüber erstaunt, daß man ihm Unobjektivität vorwerfe, und behauptete, die Vorschläge des UdSSR-Vertreters für eine Demokratisierung der Struktur der ILO

und die Hebung ihrer Effektivität im Interesse der Werktätigen zeigten das "sowjetische Streben, das IAA zu destabilisieren, um diese Organisation sowjetischen Thesen hörig zu machen"...

Die ILO könnte bewahrt und ihr Kurs im Interesse der Werktätigen verändert werden. Davon zeugt insbesondere der 1984 erfolgte Besuch des Generaldirektors des IAA im Hauptsitz des Weltgewerkschaftsbundes (WGB). Dabei wurden Fragen des Friedens und der Abrüstung, der Beschäftigung und der Entwicklung sowie Bildungsprogramme für die Werktätigen erörtert. Auch über die Struktur der ILO wurde diskutiert.

Francis Blanchard schien damals Verständnis für die Haltung des WGB zu haben, doch das läßt sich keineswegs mit seiner Haltung zu den polnischen Gewerkschaften in Einklang bringen. Es stellt sich da zu Recht die Frage: Was ist die wahre Haltung des IAA zum wichtigsten Punkt der ILO-Verfassung — dem Prinzip der Universalität der Organisation?

Die reaktionären Kräfte in der ILO haben in der Vergangenheit wiederholt versucht, progressive Veränderungen zu verhindern. Es sei nur an den massiven Druck seitens der US-Administration erinnert, die, als die USA 1978/1979 die ILO verließen, versuchte, die Rückkehr in diese Organisation mit der Einleitung einer neuen Verleumdungs- und Diskriminierungskampagne gegen die sozialistischen Länder zu verbinden. Die USA sowie die mit ihnen liierten Vertreter imperialistischer Staaten und Monopole vermochten aber nicht, den zunehmenden Einfluß der Fortschrittskräfte zu untergraben.

Die politische Krise in der ILO hat sich durch den Versuch reaktionärer Kräfte in dieser Organisation verschärft, der Regierung der VR Polen die Verletzung internationaler Arbeitsnormen, der Konvention über die Koalitionsfreiheit und die Wahrung des Koalitionsrechts sowie der Konvention über das Koalitionsrecht und das Recht, Kollektivverhandlungen zu führen, vorzuwerfen. All das lief auf eindeutige Einmischung in die Angelegenheiten eines souveränen Staates unter dem Vorwand der Verteidigung der berüchtigten "Solidarnosc" hinaus. Objektive Beobachter mußten der Schlußfolgerung der Regierung der VR Polen zustimmen, daß die "Solidarnosc", die unter dem Aushängeschild eines Gewerkschaftsverbandes auftrat, in Wirklichkeit eine politische Organisation

war, die die Macht im Lande ergreifen und die sozialistische Ordnung beseitigen wollte. Deshalb mußte die Regierung der VR Polen die Tätigkeit aller Gewerkschaften vorübergehend aussetzen und dann, nach Aufhebung des Ausnahmezustandes, ein neues Gewerkschaftsgesetz verabschieden. Dieses neue Gesetz ermöglichte es, die Gewerkschaftsbewegung in der VR Polen in voller Übereinstimmung mit den internationalen Arbeitsnormen wiedererstehen zu lassen.

Für Universalität

Die sozialistischen ILO-Mitglieder bekundeten ihre Solidarität mit der Entscheidung der VR Polen, die ILO zu verlassen. Sie würdigten den richtigen Schritt und die Geduld der polnischen Regierung, die den IAA-Generaldirektor Francis Blanchard lange Zeit davor gewarnt hatte, daß die Entfesselung einer antipolnischen Kampagne und die Einmischung in die inneren Angelegenheiten Polens unzulässig seien. Die sozialistischen Länder, die an der Tagung des ILO-Verwaltungsrates im November 1984 teilnahmen, protestierten dagegen, daß ein "Bericht über die polnische Frage" auf die Tagesordnung gesetzt wurde. In der Erklärung hieß es, ein derartiger Mißbrauch der "polnischen Frage" in der ILO und die wiederholte Anwendung des Kontrollmechanismus zu politischen Zwecken zeigten eine sich vertiefende strukturelle und politische Krise der ILO. Dadurch sei, wie in dem Dokument betont wurde, das Prinzip der Universalität der ILO untergraben worden. Die "polnische Frage" habe offenbar als Tarnung für die tiefgreifenden gesellschaftlichen und politischen Konflikte in jenen westlichen Ländern herhalten müssen, die die antipolnischen Aktionen inspirierten und inszenierten.

Zweifelsohne werden die sozialistischen Länder, die in der ILO mitwirken, nicht gleichgültig zuschauen, wie die ILO von den reaktionären Kreisen zur Arena eines schmutzigen politischen Spiels gemacht wird. In diesem Zusammenhang sei daran erinnert, daß die Regierung der SR Vietnam schon früher den IAA-Generaldirektor davon in Kenntnis setzte, daß sie die Mitgliedschaft in der ILO vorübergehend suspendiert hat. Die beispiellose Aktion gegen die VR Polen ist gegen die gesamte sozialistische Gemeinschaft und gegen die anderen Fortschrittskräfte in der ILO gerichtet. Und die sozialistischen Länder

behalten sich das Recht vor, Maßnahmen zur weiteren aktiven Unterstützung der Positionen der VR Polen gegenüber der ILO zu ergreifen und eine Einschätzung der in dieser Organisation entstandenen Lage zu geben. Die Drahtzieher der antipolnischen Kampagne müssen verstehen, daß ihre unzulässigen Handlungen die Möglichkeit einer Zusammenarbeit von Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung in der ILO in Frage stellen und eine solche Politik den Anfang des Auseinanderfallens der Organisation bedeuten kann.

Wie in der kürzlich von den Vertretern der sozialistischen Länder in der ILO dem IAA-Generaldirektor zugeleiteten Erklärung über die Lage in der Organisation betont wird, wird in der ILO eine gewisse nützliche Arbeit bei einigen konkreten sozialen und Arbeitsfragen geleistet. Doch insgesamt wurde in der Erklärung eine negative Einschätzung der Tätigkeit der ILO gegeben und die Notwendigkeit ihrer grundlegenden Umorientierung betont. "In der Organisation wird die Tatsache faktisch ignoriert, daß sozialistische Staaten und Entwicklungsländer ihre Mitglieder geworden sind", heißt es in der Erklärung. "Wenn die ILO ihren früheren Kurs weiter verfolgt, dient sie im Grunde den Interessen nur des einen, des kapitalistischen, Gesellschaftssystems, wobei sie versucht, dessen Willen und Verhältnisse anderen Staaten aufzuzwingen."

Entgegen der ILO-Verfassung

Die Universalität der ILO wird durch die Diskriminierung der sozialistischen Länder, durch die fehlenden Möglichkeiten einer gleichberechtigten Zusammenarbeit aller Staaten in dieser Organisation untergraben. Die Tätigkeit der ILO steht im Widerspruch zu den Zielen ihrer Verfassung, da erstens Fragen, die die Grundinteressen der Werktätigen berühren, vor allem das Recht auf Leben und das Recht auf Arbeit, ignoriert und ihre Bedeutung geschmälert und zweitens Versuche von Vertretern der USA und einiger ihrer NATO-Verbündeten unternommen werden, die ILO gegen die Länder der sozialistischen Gemeinschaft einzusetzen und sich in deren innere Angelegenheiten einzumischen. Diesen Schluß zogen die RGW-Mitgliedsländer in ihrer Erklärung. Und diese Schlußfolgerung gründet sich auf unwiderlegbare Tatsachen.

Die ILO könnte zu einer einmaligen internationalen Vereinigung von Gewerkschaften unterschiedlicher Richtungen werden, die für die Grundinteressen der Werktätigen eintreten. Doch diese erdenklich günstigen Möglichkeiten wur-

den leider nicht genutzt. Nur mit politischen Gründen läßt sich die Weigerung des ILO-Sekretariats erklären, zur Verbreitung objektiver, wahrheitsgetreuer Informationen über die Rolle der Gewerkschaften in der sozialistischen Gesellschaft, über ihre Rechte und Möglichkeiten und die reale Teilnahme an der Leitung des Staates beizutragen. Stößt ja selbst der bescheidene Vorschlag für ein internationales Seminar über die Lage der Gewerkschaften in den sozialistischen Ländern auf Widerstand.

Natürlich haben die Gewerkschaften der sozialistischen Länder Möglichkeiten, über ihre vielseitige Tätigkeit die Werktätigen in den Entwicklungsländern und den kapitalistischen Staaten wahrheitsgemäß zu informieren. Die ständig intensiveren bilateralen Beziehungen zwischen den nationalen Gewerkschaftszentralen, darunter der Delegationsaustausch, bieten dafür genug Möglichkeiten. In diesem Fall geht es um etwas anderes, und zwar darum, daß die ILO als internationale Organisation kraft ihrer Verfassung verpflichtet ist, die in ihr mitwirkenden Länder und Organisationen, vor allem die Gewerkschaften, vor offenkundigen Verleumdungen in Schutz zu nehmen.

In der ILO erfolgt eine Diskriminierung der sozialistischen Länder bei der Wahl in führende Funktionen ihrer verschiedenen Gremien. So erhalten Vertreter der sozialistischen Länder nicht den Vorsitz in wichtigen Ausschüssen der Generalkonferenz, und noch nie stellten sie den Vorsitzenden des Verwaltungsrates. Die Gewerkschaften der sozialistischen Länder sind nur begrenzt in den durch Wahl zu besetzenden Ämtern der ILO-Gremien vertreten.

Das Übergewicht von Vertretern kapitalistischer Staaten in den Schlüsselpositionen führt zu einer gefährlichen Deformierung der politischen und ideologischen Tätigkeit. Insbesondere deshalb werden in den ILO-Publikationen die Erfahrungen der sozialistischen Länder bei der Lösung der sozialen und Arbeitsfragen verschwiegen. Infolgedessen wird die ILO immer mehr zu einem Instrument, um das kapitalistische Entwicklungsmodell, die "Sozialpartnerschaft", die Politik der Klassenzusammenarbeit zum Schaden der Werktätigen, zu propagieren und es den Entwicklungsländern aufzuzwingen.

Wem nützt die Lähmung?

Eine Erscheinungsform der ILO-Krise ist auch die sich in den letzten Jahren immer mehr abzeichnende Lähmung ihrer Tätigkeit. Vor allem wurde die mangelnde Effektivität der bisherigen Maßnahmen zur Verteidigung der Rechte der Gewerkschaften deutlich. Durch die gemeinsamen Anstrengungen der bürgerlichen

Staatsorgane und der Monopole erwiesen sich die in erbitterten Klassenkämpfen errungenen Gewerkschaftsrechte in vielen kapitalistischen Ländern als gefährdet. Es sei hier nur auf die Reagan-Administration verwiesen, die die Existenz der Gewerkschaften in staatlichen Institutionen antastet. In den USA wurde die Gewerkschaft der Fluglotsen aufgelöst. Das Service-Personal im US-Kongreß hat im Grunde nicht das Recht, Gewerkschaften zu bilden. Der Hilferuf amerikanischer Staatsangestellter an die ILO verhallte ungehört. Die ILO-Organe, die die Einhaltung der internationalen Arbeitsnormen zu überwachen haben, registrieren bloß Fakten der Verletzung der gewerkschaftlichen Freiheiten in den kapitalistischen Ländern — vor allem in den USA, die keineswegs zufällig die ILO-Konventionen über die Rechte der Gewerkschaften bisher nicht ratifiziert haben. Die Tatsachen zeugen davon, daß die Lage in jenen Ländern, die, wie Großbritannien, solche Konventionen ratifiziert haben, nicht besser ist als in den USA. Das britische Parlament verabschiedete im Juli 1984 ein neues Gesetz, das die Tätigkeit der Gewerkschaften faktisch unter die Kontrolle staatlicher Organe stellte und insbesondere das Recht der Gewerkschaftsmitglieder einschränkte, frei ihre Leitungsgremien zu wählen, Streiks durchzuführen und über die gewerkschaftlichen Mittel zu verfügen.

Die Haltung der ILO zur Massenarbeitslosigkeit in den kapitalistischen Ländern wird von absoluter Passivität gekennzeichnet. Und das nicht von ungefähr, denn in der ILO wird die Hauptforderung der Epoche einfach ignoriert — die Beendigung des Wettrüstens, Schaffung neuer Arbeitsplätze durch die Entwicklung der zivilen Branchen und die Drosselung der Rüstungsproduktion.

Unter dem Druck reaktionärer Kräfte geht die ILO auf Distanz von der in der ganzen Welt, darunter in den kapitalistischen Ländern, zunehmenden Friedensbewegung. Das ist der Hauptgrund ihrer praktischen Untätigkeit im sozialökonomischen Bereich. Dank den Anstrengungen der sozialistischen Länder, mit Unterstützung der Vertreter einiger Gewerkschaften der kapitalistischen und der Entwicklungsländer hätte der IAA-Generaldirektor die Möglichkeit, durch ILO-Aktivitäten den Werktätigen zu helfen, die Probleme der sozialökonomischen Folgen des Wettrüstens anzugehen. Doch er hat von dieser Möglichkeit keinen Gebrauch gemacht.

Die Tagung des ILO-Verwaltungsrates im Februar/März 1985 hat ein weiteres Mal gezeigt, daß das Wesen der ILO-Krise in der Ignorierung der Grund-

GESCHLOSSENE FRONT

"Stellen wir uns einmal ein Land vor, in dem Friedhofsruhe geschaffen werden sollte, doch in dem der Wille des Volkes nicht gebrochen werden konnte und kann. Ein Land, das schon fast zwei Jahre den Rücktritt des Diktators und die unverzügliche Rückkehr zur Demokratie verlangt. Dieses Land ist Chile. Der Diktator ist Augusto Pinochet", schrieb im Februar



So brutal wird gegen Teilnehmer der Anti-Pinochet-Demonstrationen vorgegangen
TASS-Fotochronik

d. J. die mexikanische Zeitung "El Dia".

Die jüngsten Vorgänge in Chile bestätigen nicht nur den Gedanken des Autors des Artikels, daß der von Pinochet verhängte "Belage-

rungszustand die Massenprotestbewegung nicht aufhalten kann". Unter der Losung "Für das Recht auf Leben, für Freiheit und Demokratie!" führten die Chilenen am 11. April — auf den Aufruf des Nationalen Kommandos der Werktätigen (CNT), der praktisch alle Gewerkschaftsmitglieder vereint — den 13. (!) Nationalen Protesttag durch (der erste derartige Tag fand am 10. Mai 1983 statt). Erneut gingen Tausende auf die Straßen Santiagos und anderer Städte, um ihre Entschlossenheit zum Sturz des verhassten Regimes zu bekunden. Die Werktätigen vieler Betriebe streikten. Die Gläubigen vieler Städte versammelten sich in den Kirchen, um für den Sturz der Diktatur zu beten. Viele Chilenen traten an diesem Tag in den Hungerstreik...

Erneut griff Pinochet zu brutalen Repressalien. Polizisten gingen mit Schützenpanzerwagen und Wasserwerfern gegen die Demonstranten vor, schossen auf die Teilnehmer von Studenten- und Arbeitermanifestationen. Die wohl wichtigste Besonderheit dieses Protesttages war es, daß er Pinochets Absicht, das Volk durch Terror und Repressalien einzuschüchtern, durchkreuzte. Eben dieses Ziel verfolgte insbesondere die brutale Ermordung von drei namhaften Kommunisten Ende März — dem Soziologen Jose Manuel Parada, dem Vorsitzenden der Lehrgewerkschaft der Hauptstadt Manuel Guerrero und dem Publizisten Santiago Nattfino. Die Hoffnungen der faschistischen Junta sollten nicht aufgehen. Die Beisetzung der Opfer des faschistischen Terrors gestaltete sich zu einer der größten politischen Manifestationen, die die chilenische Hauptstadt in den letzten Jahren erlebt hat.

Dieses neue Junta-Verbrechen beschleunigte spürbar die Umgruppierung der oppositionellen Kräfte in Richtung auf deren umfassende Vereinigung. Das unaufhaltsame Anwachsen des Kampfes der Massen veranlaßte die rechtszentristischen Gruppierungen, insbesondere die Christdemokraten, die bislang auf eine "friedliche Lösung" der politischen Krise gesetzt und sich gegen eine Aktionseinheit mit den Kommunisten gestäubt hatten, die Illusionen über Bord zu werfen und der Bildung einer breiten oppositionellen Front für den Sturz der faschistischen Diktatur und die Wiederherstellung der Demokratie zuzustimmen.

Buchstäblich einen Tag nach dem 11. April wurde in Santiago die Erklärung "Für Leben, Menschenrechte und Demokratie" unterzeichnet — von 30 namhaften Oppositionspolitikern: je 10 von jeder der drei führenden Gruppierungen — der Demokratischen Allianz, des Sozialistischen Blocks und der Volksdemokratischen Bewegung. Sie erklärten, sie wollten die engen Parteiinteressen und Differenzen um des gemeinsamen Zieles willen für später zurückstellen — für die schnellstmögliche Beseitigung der Diktatur.

Anschließend traf eine weitere wichtige Nachricht aus Chile ein: Ein weiterer starker oppositioneller Block hat sich formiert — die "Demokratische Bewegung der Unversöhnlichkeit", die Kommunisten, Sozialisten, Radikale, einen Teil der Christdemokraten und Unabhängige vereint.

In geschlossener Front bereiten sich die Volksmassen auf den Generalstreik gegen das Pinochet-Regime vor. Die objektiven Voraussetzungen für die entscheidende Offensive auf die faschistische Diktatur werden geschaffen.

W. LISTOW

interessen der Werktätigen besteht. In einer gemeinsamen Erklärung der sozialistischen Länder, die auf dieser Tagung teilgenommen hatten, wurde die Notwendigkeit einer Änderung dieser Situation betont und unterstrichen, sie würden das Programm und den Haushalt der ILO für 1986/87 nicht unterstützen und ihre Haltung zur Finanzierung einiger Richtungen der ILO-Arbeit überprüfen müssen, wenn ihre konkreten und konstruktiven Vorschläge erneut ignoriert würden.

Die Zukunft der ILO hängt davon ab, ob sie, wenn sie ihren Verfassungszielen treu bleibt, die Interessen der Werktätigen verschiedener Länder wahrnehmen und sie im Kampf für Frieden und sozialen Fortschritt unterstützen wird.

Andernfalls könnten den arbeitenden Menschen ernsthafte Zweifel an der Zweckmäßigkeit der Organisation kommen.

Die Deklaration der sozialistischen Länder über die Lage in der ILO verlangt, die ILO solle "die Wirksamkeit ihrer Arbeit steigern und in den Mittelpunkt ihrer Tätigkeit die bedeutsamen sozialen Fragen stellen, die für die Werktätigen der ganzen Welt lebenswichtig sind, eine wahrhaft gleichberechtigte Zusammenarbeit aller Länder und Seiten im sozialen und Arbeitsbereich auf der Grundlage der Nichtdiskriminierung einleiten sowie aktiv zur Festigung des Friedens und zur Abrüstung beitragen.

Andernfalls wird sich die Organisation

immer mehr von den Wegen entfernen, die zur Erreichung ihrer Hauptziele führen — zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen der Werktätigen und zur Förderung der internationalen Zusammenarbeit im sozialen und Arbeitsbereich —, wird noch stärker isoliert von den werktätigen Massen sein und sich endgültig in ein Objekt schmutziger politischer Manipulationen verwandeln."

Die sozialistischen Länder betonten bei der Annahme der Deklaration, sie seien bereit, "in vollem Maße bei der grundlegenden Verbesserung der Tätigkeit der ILO zusammenzuarbeiten, damit diese effektiv ihre Verfassungsaufgaben erfüllt.



IM LANDE DER WIKINGER

Wladimir Pawlow nahm seine Tätigkeit als unser Korrespondent in Stockholm auf. Nachstehend veröffentlichen wir seinen ersten Bericht.

Die Hauptstadt Schwedens breitet sich an den Ufern der Ostsee und des Mälarsees aus. Diese Gewässer treffen direkt in der Mitte der Stadt, im schmalen Norrström aufeinander. Ein erheblicher Teil der Stadt liegt auf Inseln und Halbinseln, die durch unzählige Brücken und Tunneln verbunden sind. Wohl nicht ohne Grund nannte die berühmte schwedische Schriftstellerin Selma Lagerlöf Stockholm "die im Wasser schwimmende Stadt".

Die U-Bahnlinien, einige bis zu 30 km lang, verbinden praktisch alle Stadtteile Stockholms. Diese "Tunnel Bana", wie die Schweden sie nennen, wurde tief unter der Erde in hartem Granitgestein verlegt. Einige Stationen gleichen riesigen Höhlen, durch Panneaus verschönert. Doch nicht nur die Gestaltung beeindruckt; beeindruckend sind auch die hohen Fahrpreise, vergleicht man sie mit dem Fünfer der Moskauer Metro. Die Fahrt über drei Stationen kostet z. B. 9 Kronen, umgerechnet 90 Koppen.

Mit welchen Problemen setzt sich das Land der "drei Kronen" auseinander? Das Wohnungsproblem gehört zu den akutesten, Wohnraum ist knapp, die Miete sehr hoch. Davon konnte ich mich selbst überzeugen, als ich drei Vermittlungsbüros einschalten mußte, um mit Mühe und Not akzeptable Büroräume zu finden. Inoffiziellen Angaben zufolge verringerte sich der Wohnungsbau 1984 im Vergleich zum Vorjahr um 19% und erreichte somit den tiefsten Stand der Nachkriegszeit. Die Hausbesitzer nutzen diesen Umstand, um die Mieten drastisch zu erhöhen. Eine Durchschnittsfamilie gibt etwa ein Viertel ihres Haushaltsbudgets für Miete bzw. für Zinstilgung aus.

Der rapide Industrialisierungspro-

zeß setzte erst Ende des vorigen Jahrhunderts ein. In verhältnismäßig kurzer Zeit jedoch wurde Schweden ein hochentwickelter Industriestaat. In der Landwirtschaft, die 80–90% des Landesbedarfs an Lebensmitteln deckt, sind etwa 5% der arbeitsfähigen Bevölkerung beschäftigt. Dem Prokopf-BSP nach befindet sich Schweden unter den fünf führenden kapitalistischen Ländern. Schwedens wirtschaftliche Erfolge wurden dank seinem fleißigen Volk erzielt, dank der sinnvollen Nutzung von Naturschätzen (Wald, Wasserenergie, Eisenerz, Uran) und hoher Spezialisierung sowohl in der Industrie als auch in der Landwirtschaft. Auch die traditionelle Neutralitätspolitik Schwedens spielte eine bedeutende Rolle. Sie bewahrte das Land vor zwei zerstörerischen Weltkriegen, wodurch große materielle Werte und Menschenleben erhalten blieben.

Der Maschinenbau ist der wichtigste Zweig der schwedischen Industrie. In den Nachkriegsjahren hat sich die Entwicklung derjenigen Branchen besonders beschleunigt, in denen die neuesten wissenschaftlich-technischen Erkenntnisse am wirksamsten angewandt werden können: im Kfz-, Flugzeug- und Werkzeugmaschinenbau, in der elektrotechnischen Industrie. Was die Automatisierung der Produktion, den Einsatz von Industrierobotern und numerisch gesteuerten Werkzeugmaschinen betrifft, gehört Schweden zu den führenden Industrienationen der Welt.

Auch an Industriekonzentration übertrifft Schweden die meisten kapitalistischen Länder. In ganzen Wirtschaftszweigen besitzen ein bis zwei führende Konzerne das Monopol, so z. B. in der Automobilin-

Stockholm wird manchmal das nordische Venedig genannt

dustrie — Volvo, im Flugzeugbau — SAAB-Scania, in der Elektrotechnik — ASEA und L. M. Ericsson und in der Militärindustrie führt Bofors. Die schwedische Industrie exportiert etwa 40% ihrer Erzeugnisse. Ins Ausland werden 75% der PKWs von SAAB und Volvo verkauft. Gleichzeitig werden aber auch erhebliche Importe getätigt: Maschinen, Ausrüstungen, Öl und andere Rohstoffe. Schwedische Wirtschaftsexperten sind der Meinung, daß die aktive Teilnahme an der internationalen Arbeitsteilung ein hohes wirtschaftliches Wachstumstempo begünstigt. Folglich tritt die schwedische Regierung konsequent gegen protektionistische Maßnahmen und andere Einschränkungen im internationalen Handel auf.

Das soziale Gefälle

Die zügige Wirtschaftsentwicklung der letzten Jahre hat sozialökonomische Reformen ermöglicht. Es ist eine kostenlose Oberschulbildung eingeführt, die Studenten erhalten zurückzahlende Unterstützung. Mit 65 Jahren erhalten sowohl Frauen als auch Männer das Recht auf Rente, und auch die Unkosten der medizinischen Versorgung werden größtenteils vom Staat übernommen. Bei Geburten wird ein 12monatiger bezahlter Urlaub garantiert, den sowohl die Frau als auch der Mann abwechselnd in Anspruch nehmen können.

Die Sittenprediger des Kapitalismus im Lande und auch im Ausland pflegen, Schweden als einen "Wohlfahrtsstaat" darzustellen. In Wirklichkeit ist auch Schweden ein typischer kapitalistischer Staat mit allen charakteristischen Lasten: hohe Arbeitslosigkeit, ständig steigende Preise und Steuern, soziale Ungerechtigkeit.

Offiziellen Angaben zufolge waren im Februar 130 000 Schweden arbeitslos (bei einer Bevölkerung von 8,3 Millionen). Die Lebensmittelpreise sind in den letzten drei Jahren um 67,5% gestiegen. Über die Knappheit der Wohnungen und deren hohe Mieten war bereits die Rede. Die Steuerlast für Arbeiter und Angestellte beträgt etwa 40% ihrer Einkommen. In Schweden sind 90% der Industrie in Privatbesitz, wobei 20 Prozent der Bevölkerung über die Hälfte aller Einkünfte verfügen, 50 Prozent aber mit einem jährlichen Einkommen leben müssen, das le-

bensnotwendige Minimum kaum erreicht.

Im Wahlkampfieber

Seit Herbst 1982 ist die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Schwedens (SDAPS), an der Macht, wobei sie im Riksdag keine absolute Mehrheit hat. Die nächsten Parlamentswahlen finden im September statt, und der Wahlkampf hat bereits begonnen.

Das zentrale Thema der Wahlreden aller führenden Politiker bei Wahlkundgebungen ist die Wirtschaftspolitik. Die bürgerliche Opposition, bestehend aus der Gemäßigten Sammlungspartei (GSP), der Zentrums Partei (ZP) und der Volkspartei (VP), kritisieren in scharfen Tönen die Wirtschaftspolitik der Regierung Olof Palme, bezichtigen sie demagogisch der "Mißachtung der Interessen des Volkes". Bürgerliche Massenmedien malen dem Durchschnittsbürger das Gespenst einer "Sozialisierung" Schwedens an die Wand, sollte die SDAPS an der Macht bleiben.

Die bürgerlichen Parteien veröffentlichten im März ein gemeinsames Wirtschaftsprogramm. Dieses "Rezept der Wirtschaftsgesundung" sieht u. a. vor, dem Privatkapital staatliche Betriebe im Wert von 3 Md. Kronen zu übergeben, die staatliche Unterstützung in Krankheitsfällen zu kürzen.

Bekanntgegeben wurde auch die Absicht der bürgerlichen Parteien, die sogenannten Fonds der Belegschaft abzuschaffen, die durch Abzweigung eines Teils der Gewinne aufgestockt wurden. Das "Fonds-Gesetz" wurde 1983 auf Initiative der Sozialdemokraten verabschiedet. Diese Fonds sollten Kapital zum Erwerb von Aktien akkumulieren, wodurch die Arbeiter und Angestellten zu Mitinhabern der Unternehmen werden sollten. Allerdings sind die Mittel dieser Fonds so gering, daß sie kein nennenswertes Mitspracherecht in Fragen der Verwaltung ermöglichen. Die "Sozialpartnerschaft" ist demnach eine Illusion. Dennoch stieß dieses Reformkonzept auf scharfen Widerstand der Unternehmer.

Gegen die Attacken der Opposition wehren sich die Sozialdemokraten mit dem Argument, es sei ihnen gelungen, die Wirtschaftslage des Landes zu verbessern, ungeachtet des schweren Erbes, daß sie 1982, nach sechsjähriger Regierungszeit der bürgerlichen Koalition der Jahre 1976–1982, übernommen hatten. So betrug z. B. die Zuwachsrate der Industrieproduktion 1984 6,9% — die höchste in den letzten 15 Jahren. Ihren bedeutendsten Erfolg sieht die



Die Königliche Bibliothek in Stockholm. Zu ihren Besuchern zählte auch Lenin

Regierung Olof Palme im Ausgleich der Zahlungsbilanz und in der Abschaffung des chronischen Außenhandelsdefizits. Immerhin beliefen sich die Zinstilgungen von Auslandsanleihen im vorigen Jahr auf 20 Md. Kronen.

Der Regierung gelang es nicht, die Inflationsrate in den geplanten 3%-Grenzen zu halten, jedoch wurde der jährliche Teuerungszuwachs etwas vermindert. Auch die Arbeitslosenquote, besonders unter den Jugendlichen, sank in den letzten Monaten.

All diese Maßnahmen haben die Positionen der Sozialdemokraten gewissermaßen gefestigt. Und doch, so meinen Beobachter, wird der Wahlkampf bis aufs Messer geführt.

Die außenpolitischen Fragen spielen im Wahlkampf eine untergeordnete Rolle, nichtsdestoweniger versuchen einige Politiker der bürgerlichen Parteien, die Regierung einer angeblich zu laschen Durchsetzung der Neutralitätspolitik zu beschuldigen. Die reaktionärsten schwedischen Blätter verbreiten hetzerische Spekulationen über die angebliche "Bedrohung" der schwedischen Neutralität durch die Sowjetunion.

Allerdings finden diese Erfindungen keine breite Unterstützung. Die traditionell engen sowjetisch-schwedischen Beziehungen auf verschiedenen Gebieten sind in guter Erinnerung. Damit erklärt sich auch die ablehnende Haltung Schwedens zu Versuchen des Weißen Hauses, den Handel durch diskriminierende Regelungen einzuzengen.

Während der Parlamentsdebatte im März über Handels- und Wirtschaftsfragen kritisierte Außenhandelsminister M. Hellström die Washingtoner Pläne. Anlaß dazu gab eine vielen schwedischen Firmen aufgezwungene Vereinbarung, die die Amerikaner zur Prüfung von Unterlagen und Fertigerzeugnissen

schwedischer Unternehmen berechtigt; angeblich, um sich Überblick über die Einhaltung amerikanischer Exportregelungen zu verschaffen. Die wahre Zweckbestimmung dieses Dokumentes verdeutlicht eine beigefügte Liste der "strategischen Güter", deren Verkauf an sozialistische Länder untersagt wird. Mehr noch, laut schwedischer Zeitschrift "Ny teknik", erließ der Verteidigungsminister der USA, C. Weinberger, eine Direktive, die die Prüfung jedes Vertrages vorschreibt, der mit Technologietransfer zu tun hat, auch wenn "diese Technologie nicht amerikanischen Ursprungs ist, der Sicherheit der USA aber Schaden zufügen könnte". Auf diese Art und Weise versuchen die Vereinigten Staaten, den Handel westlicher Länder, darunter auch Schwedens, mit der Sowjetunion einzuschränken.

Die Demarche Washingtons wurde von der demokratischen Öffentlichkeit Schwedens verurteilt und als Erpressung und grobe Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines neutralen Staates bewertet. Sogar die führende bürgerliche "Dagens Nyheter" mußte zugeben, daß "diese Situation einen politischen Widerspruch in sich birgt; Schweden mit einem Kurs der Blockfreiheit würde verpflichtet, Ziele zu verfolgen, die einzig und allein den Interessen der USA dienen".

Gute Nachbarn

Ungeachtet der Störversuche reaktionärer Kreise im In- und Ausland, festigen sich die gegenseitig vorteilhaften Beziehungen zwischen Schweden und der UdSSR. Als solide Grundlage dieser Beziehungen dient ein Langfristiges Entwicklungsprogramm für wirtschaftliche und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern für die Jahre 1981–1990. Dieses Programm, das erfolgreich verwirklicht wird, sieht eine Verdoppelung des Handelsvolumens vor. Seit Unterzeichnung des Dokuments vergrößerte sich der Handelsumsatz beider Länder bereits um mehr als 30%. Die Handels- und Wirtschaftskontakte wurden besonders in den letzten Monaten durch eine Reihe umfangreicher Geschäftsabschlüsse belebt. Als Beispiel sei hier der Vertrag genannt, den die Firma Alfa-Laval kürzlich unterzeichnete. Er sieht Lieferungen von Anlagen, für einen der größten Milchverarbeitungs Komplexe der Welt vor, der jetzt in Moskau gebaut wird.

Für Abwicklung von Geschäften mit der Sowjetunion und anderen sozialistischen Ländern ist bei Alfa-Laval die regionale Verwaltung Uni-

mex zuständig. Der Vizepräsident dieser Verwaltung, S. Rosen, sagte mir: "Wir verfügen über traditionell gute Kontakte zu sowjetischen Handelsorganisationen. Ich selbst bin mehrmals in Moskau gewesen und konnte mich von dem riesigen Potential der Entwicklung gegenseitig vorteilhafter Handelsbeziehungen überzeugen."

Mit großem Interesse nahm die schwedische Öffentlichkeit die Ergebnisse des jüngsten Besuchs des schwedischen Außenhandelsministers, M. Hellström, in der Sowjetunion auf. Die Geschäftskreisen nahestehende "Dagens Industri" bemerkte dazu: "Schweden erhält sein 'Fenster' in dem neuen sowjetischen Fünfjahrplan."

Auch die Beziehungen auf politischer Ebene sind zwischen unseren Ländern im großen und ganzen gut und beständig. In einer Reihe internationaler Fragen haben Moskau und Stockholm gemeinsame Standpunkte. Als Beispiel sei hier die Regierungserklärung zu außenpolitischen Fragen genannt, die der schwedische Außenminister, L. Bodström, am 27. März im Riksdag abgab. Er führte aus, daß Schweden sich auch weiterhin für ein atomfreies Nordeuropa und für eine kernwaffenfreie Zone in Mitteleuropa einsetzen wird. Er sprach sich gegen die Ausdehnung des Wettrüstens auf den Weltraum aus, die — wie er meinte — die globale Sicherheit ernsthaft gefährden würde.

In der Sowjetunion wurde die Deklaration der sechs nichtpaktgebundenen Länder, darunter Schwedens, zustimmend aufgenommen. Die Deklaration beinhaltet den Appell zur Zügelung des nuklearen Wettrüstens, zu konkreten Maßnahmen zur Minderung der internationalen Spannungen. Diesbezüglich mißt die Sowjetunion der Stockholmer Konferenz über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen und für Abrüstung in Europa große Bedeutung bei. Vor kurzem ging eine Tagung der Konferenz zu Ende. In einigen Fragen weist der Saldo bereits Positives auf, beispielsweise die eingehendere Behandlung politischer und militärischer Maßnahmen der Vertrauensbildung. Und doch möchte man, daß die Arbeit dieses Forums schneller vorankommt. Es wäre an der Zeit, von der Rhetorik zu konkreten Verhandlungen überzugehen. Die Sowjetunion und die anderen sozialistischen Staaten sind dazu bereit. Sie streben ein allseitig sachliches Konferenzklima an, um möglichst bald eine Einigung über Maßnahmen zur Gesundung der politischen Lage auf dem europäischen Kontinent zu erreichen.

Stockholm

"NEUE ZEIT"

18.85

DDR

DIE GLOCKE VON BUCHENWALD

Am 11. April 1945 gab das illegale Internationale Lagerkomitee des KZ Buchenwald den Befehl zum Aufstand. Um 14.50 brachen die Aufständischen das Lagertor auf, an dessen Gitter schwarz die höhnischen Worte "Jedem das Seine" prangten. Ein Teil der SS-Leute flüchtete panikartig. 220 wurden gefangen genommen. Eine halbe Stunde später wehte über dem Lager, in dem 21 000 Häftlinge schmachteten, die Freiheitsfahne.

Wenige Tage später, am 19. April, versammelten sich die ehemaligen Häftlinge, um das Andenken der Opfer des faschistischen Terrors zu ehren. Noch unlängst war hier der Lagerappell abgehalten worden. Die Häftlinge mußten stundenlang im treibenden Schnee, im strömenden Regen, bei sengender Hitze und beißender Kälte stehen. Hungrig und halb nackt standen sie da, viele von ihnen brachen zusammen und starben. Am Tage der Befreiung erklangen in russischer, französischer, englischer, polnischer und deutscher Sprache die Worte des feierlichen Gelöbnisses.

Seit jenem denkwürdigen Ereignis sind 40 Jahre vergangen. Im April d. J. nahmen ehemalige KZ-Häftlinge an der in Erfurt abgehaltenen Tagung des Internationalen Komitees Buchenwald und Dora teil.

Zwar hat die Zeit die Gesichter der antifaschistischen Widerstandskämpfer gezeichnet, aber an Energie und Lebensoptimismus mangelt es ihnen nicht. Der bekannte Historiker Prof. Walter Bartel war ein langjähriger Häftling des KZ Buchenwald und gehörte zur Leitung seines Internationalen Lagerkomitees. Folgendes sagte er im Gespräch mit dem NZ-Korrespondenten:

Enge Freundschaft und gegenseitige Hilfe gaben uns die Kraft zum Widerstand. Das gemeinsame Ziel unseres Kampfes, die Vernichtung des Faschismus, flößte uns politischen Gefangenen Mut ein. Am 18. Oktober 1941 trafen im Lager 2000 sowjetische Kriegsgefangene ein. "Unsere Sache ist gerecht, der Sieg wird unser sein." Diese Worte der Siegesgewißheit und des Optimismus trugen sie nach Buchenwald. Man ging an die Gründung des Internationalen Lagerkomitees. Gegen Juli 1943 vereinigte es Gefangene, die bereit waren, gegen die Faschisten zu kämpfen. Im Konzentrationslager und in seinen Außenstellen wurden immer neue Widerstandsgruppen geschaffen. Unter Lebensgefahr beschafften sich die Häftlinge Waffen, stellten Handgranaten her und besorgten Scheren, um den Stacheldraht zu zerschneiden, und überlegten, wie der Strom am Stacheldrahtzaun unterbrochen werden könnte. Die tapferen Antifaschisten haben es sogar zuwege gebracht, aus einem Zug der Waffen-SS ein leichtes Maschinengewehr

mit Munition zu holen und in das KZ zu schmuggeln.

Sergej Bogdanow und Alexander Pawlow waren unter den sowjetischen Kriegsgefangenen, die im Oktober 1941 nach Buchenwald gebracht wurden. Vom Oktober 1941 bis April 1945 mußten sie alle Qualen der Hölle von Buchenwald ertragen, aber sie blieben bis zuletzt standhaft und mutig. Bogdanow wurde Mitglied des Redaktionskollegiums der illegalen Zeitung "Die Gefangenen-Wahrheit", die in zweifacher Ausfertigung für sowjetische Kriegsgefangene erschien. Pawlow wirkte beim Sammeln und Aufbewahren der Waffen mit. Nach dem Krieg arbeitete jeder von ihnen in seinem Beruf. Heute ist Bogdanow Vizepräsident des Internationalen Komitees Buchenwald und Dora und lebt in Moskau. Pawlow arbeitet in Leningrad. Als Mitglieder der sowjetischen Delegation kamen sie nach Erfurt.

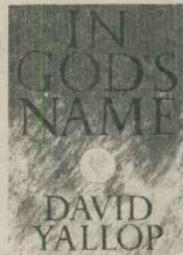
Im Krieg standen auf dem Weimarer Ettersberg Holztafeln mit der Aufschrift: "KZ Buchenwald. Achtung! Lebensgefahr! Durchgang nicht gestattet. Es wird ohne Warnung geschossen." Heute ist hier das Gelände der Nationalen Gedenkstätte Buchenwald. In der seit der Zerschlagung des Faschismus vergangenen Zeit wurde sie von Hunderttausenden Menschen besucht. Nach 40 Jahren hat in Buchenwald am 13. April 1985 wieder eine feierliche Kundgebung stattgefunden. Im Namen des Sowjetischen Komitees der Kriegsveteranen sprach Generaloberst I. Mednikow: "Unsere Generation weiß gut, was Krieg ist. Viele von uns sind seinen leidvollen Weg gegangen. Oft haben sie dem Tod ins Gesicht gesehen, haben ihre Kameraden verloren. Jetzt dürfen wir mit Stolz sagen, daß die gerechte Sache, für die Millionen Menschen im zweiten Weltkrieg kämpften, gesiegt hat."

Der Festakt in Buchenwald war Teil umfassender Maßnahmen, die in der DDR anläßlich des 40. Jahrestages der Befreiung stattfinden. Hier ehrt man das Andenken jener, die im Kampf gegen den Faschismus ihr Leben gelassen haben. Während Präsident Reagan beabsichtigt, einen Kranz am Grabe ehemaliger Wehrmachtssoldaten und SS-Angehöriger niederzulegen, und blasphemisch erklärt, sie seien "letztendlich ebenso Opfer (des Nationalsozialismus) wie die Opfer in den KZ", demonstrieren die Bürger der DDR in überzeugender Manier, daß der deutsche Arbeiter-und-Bauern-Staat Träger der edlen antifaschistischen Ideen ist. Die Glocke von Buchenwald ist überall in der Welt zu hören.

L. JELISSEJEW,
NZ-Korrespondent

Berlin

„IM NAMEN GOTTES“ ODER DER USA?



In letzter Zeit wird der Vatikan immer häufiger zum Studienobjekt nicht nur von Theologen, sondern auch von Schriftstellern, Journalisten und Politikern. In der westlichen Presse finden sich immer wieder Artikel über die Attacken von Papst Johannes Paul II. (Karol Wojtyła) auf progressive Priester in Lateinamerika, wo in katholischen Kreisen die weder dem Vatikan noch Washington genehme "Befreiungstheologie" (der Versuch, die christliche Lehre mit Sozialkritik zu vereinen) entstand. Immer wieder kommen die Massenmedien auch auf das Attentat des türkischen Terroristen Agca auf das derzeitige Oberhaupt der katholischen Kirche zurück, nutzen dieses Thema als Vorwand für Angriffe gegen die sozialistischen Länder.

Noch eine weitere Seite aus dem Leben des Vatikan bleibt nicht unbeachtet — der plötzliche, geheimnisvolle Tod von Wojtyłas Vorgänger Johannes Paul I. (Albino Luciani) im September 1978. Bis heute suchen viele Journalisten und Priester nach Antworten auf diverse Fragen, die sich aus dem nur 33 Tage währenden Pontifikat von Johannes Paul I. und aus dessen Tod, bei dem keine Zeugen zugegen waren, ergeben. Starb der Papst einen natürlichen Tod oder aber wurde er von seinen zahlreichen Gegnern beseitigt? Wenn der Tod gewaltsam herbeigeführt wurde, wer verübte dann den Mord und in welcher Absicht? Wer ist neben dem Mörder in die Beseitigung von Johannes Paul I. verwickelt?

Auf diese Fragen, deren Aufzählung man noch fortführen könnte, versuchte ein Mitarbeiter des britischen Fernsehens, David A. Yallop, in seinem Buch "Im Namen Gottes" zu antworten. Der Autor ist im Westen durch eine Reihe von Büchern und Veröffentlichungen über offiziell nicht aufgedeckte Komplote, Anschläge und Morde bekannt.

Yallop zweifelt nicht daran, daß Papst Johannes Paul I. in der Nacht auf den 29. September 1978 ermordet — genauer gesagt, vergiftet — wurde. Zu diesem Schluß führten ihn Dokumente und Fakten,

die er in drei Jahren beim Recherchieren aller Umstände des Todes von Paul I. und in Gesprächen mit Kardinälen des Vatikans, mit Beamten des State Department, des FBI und der CIA, mit Funktionsträgern in anderen Ländern sammeln konnte.

Nach Yallops Meinung gab es drei Hauptgründe für das Mordkomplott gegen Johannes Paul I.

Erstens hatten die Reaktionäre des Vatikans voller Entsetzen entdeckt, daß Johannes Paul I., das Oberhaupt der römisch-katholischen Kirche mit ihren über 800 Millionen Gläubigen, einen Kurs auf die Entziehung der Unterstützung für die Diktaturen und die faschistischen Regimes in Lateinamerika einschlug.

Zweitens stieß der Papst viele im Vatikan und in der US-Administration mit seiner Absicht vor den Kopf, Erzbischof Paul Marcinus die Leitung der Vatikanbank zu entziehen und so die enge Zusammenarbeit der Bank mit dem sizilianischen Bankier Michele Sindona und dem Vorsitzenden der Banco Ambrosiano, Roberto Calvi, zu beenden. Welche Interessen aber verbanden die USA mit der Vatikanbank? Warum bewegte das Weiße Haus das Schicksal Marcinus' so? Der Grund sei, meint der Verfasser des Buches, daß die "CIA der katholischen Kirche Finanzhilfe zur Durchführung vieler Veranstaltungen gab... Jedes Jahr wurden Millionen Dollar einer großen Zahl von Priestern und Monsignores überlassen". Über Sindona und Calvis Banken, begünstigt vom Chef der Vatikanbank, Marcinus, war das leicht und bequem abzuwickeln. Mit solcher Schützenhilfe überwies Sindona im Auftrag der CIA große Beträge an rechte Gruppierungen in Griechenland und Italien. Der gleiche Sindona wickelte in Langleys Auftrag "Geschäfte" mit Diktatoren und Reaktionären ab, die in den 70er Jahren in Argentinien, Paraguay, Uruguay, Venezuela und Nicaragua regierten. Die brutale Unterdrückung progressiver Bewegungen, Ermordungen von Kämpfern für demokratische Rechte, schlimmste Folterungen an Patrioten in Gefängnissen und KZs — solche "Dividenden" brachten der CIA und mit ihr zusammen den volksfeindlichen Regimes dieser Länder die über Sindona überwiesenen US-Dollar ein.

Hinter diesem Triumvirat — Marcinus, Sindona und Calvi — stand eine weitere, der US-Administration hörige Figur — Licio Gelli, Chef der Freimaurerloge P 2. Wäre Marcinus beseitigt worden, hätte das gesamte System der Finanzierung proamerikanischer Regimes, Parteien und Gruppierungen einen zuverlässigen Beschützer verloren — die Vatikanbank. Yallop zitiert von ihm gesammelte Belege dafür, daß die Ermordung von Papst Johannes Paul I. eine Absetzung von Marcinus verhindern sollte.

Und schließlich sieht Yallop den dritten Grund darin, daß sich die Ansichten des Papstes zur Politik des Westens gegenüber den sozialistischen Ländern nicht mit den Interessen der militanten Antikommunisten in den USA und den anderen führenden Ländern des Kapitals deckten. Der 1963 verstorbene Papst Johannes XXIII. hatte zu einem Ost-West-Dialog aufgerufen. Sein Nachfolger, Papst Paul VI., trat angesichts der Stimmungen der einfachen Katholiken gleichfalls für eine "Politik der offenen Tür" gegenüber der Sowjetunion ein. Während Washington diesen Kurs des Vatikans in den Jahren der Entspannung duldet, paßte die Absicht von Papst Johannes Paul I., diesen in einer Zeit zu verfolgen, als Washington alles tat, um die Entspannung zu "begraben", nicht in die Pläne der US-Administration. Washington und die von ihm angeführten Entspannungsgegner brauchten einen Papst, der Wege nicht zu einem Ost-West-Dialog, sondern zur Konfrontation suchen würde.

Und ein solcher Papst wurde gefunden. Nach dem Tod von Johannes Paul I. setzte man den Krakower Kardinal Karol Wojtyła auf den Papstthron, was ein 500jähriges Monopol der Italiener auf die Führung der römisch-katholischen Kirche unterbrach. Yallop betont in seiner Charakterisierung des jetzigen Papstes, Johannes Paul II., daß "Wojtyła durch seine Handlungen eine Ähnlichkeit mit seinem Vorgänger nur dem Namen nach — Johannes Paul — demonstriert". Vom Petersdom aus stößt Wojtyła Drohungen gegen nikaraguanische Priester aus, die mit der sandinistischen Regierung — der legitimen Volksregierung ihres Landes — zusammenarbeiten und hetzt die katholische Kirche in Polen zur Konfrontation mit der sozialistischen Staatsmacht auf. Nach Meinung des Autors hat sich Wojtyła, nachdem er Papst wurde, nicht nur nicht gegen das Freimaurertum gewandt, was sein Vorgänger hatte tun wollen, sondern sogar den Freimaurern erlaubt, ihre Positionen noch weiter zu festigen. Unerschütterlich sind unter dem jetzigen Papst auch die Positionen von Marcinus als Direktor der Vatikanbank.

A. SWETIN

"NEUE ZEIT" 18.85

* David A. Yallop. *In God's name*, Jonathan Cape, Thirty Bedford Square London

SHUKOW MARSCHALL

Prof. Nikolai JAKOWLEW

Im Vorfeld der Oder

Die Rote Armee näherte sich 1945 dem Höhepunkt ihrer Macht: Das Einsatzheer zählte 6,7 Millionen Mann, 107 300 Geschütze und Granatwerfer, 12 100 Panzer und Selbstfahrlafetten und 14 700 Kampfflugzeuge. Deutschland verfügte über 4,5 Millionen Mann, davon befand sich der größte und beste Teil an der Ostfront. Uns standen insgesamt 3,7 Millionen Mann mit 56 200 Geschützen und Granatwerfern, 8100 Panzern und Sturmgeschützen und 4100 Flugzeugen gegenüber.

Außerdem war die sowjetisch-deutsche Front auf fast die Hälfte zusammengeschrumpft. Die Verteidigungsdichte des Feindes war also höher. In einer Tiefe von 300–500 km, d. h. bis nach Berlin, hatten die Faschisten sieben Verteidigungsstreifen angelegt. Im ganzen Krieg gab es nichts dergleichen. Zum Verteidigungssystem gehörten schon vor dem Krieg geschaffene befestigte Räume längs der alten polnischen Grenze: der Pommernwall und der befestigte Raum Meseritz. Außerdem wurden die alten Festungen und großen Verteidigungsknoten Küstrin, Frankfurt/Oder, Glogau u. a. modernisiert.

Die zuerst zu stürmende Wisla-Linie hatte ein weitverzweigtes Grabensystem sowie durch Minenfelder, Panzergräben und Drahtsperrn geschützte Feuernester aus Stahlbeton und Panzerplatten. In einer Tiefe von 30–70 km war sie vom Gegner besetzt. Die faschistische Führung hoffte, beim Durchbruch einer solchen Verteidigungslinie könnte die Wehrmacht auf die nächste Linie ausweichen, und alles würde von vorn anfangen, unsere Truppen müßten sich erneut durch die feindliche Verteidigung durchkämpfen. Auf diese Weise wollten die Faschisten die Rote Armee zermürben, den Krieg hinziehen und unterdessen vielleicht einen "politischen Ausweg" finden, d. h. auf

antisowjetischer Grundlage eine Abmachung mit den USA und mit Großbritannien treffen.

Als Hauptgefahr betrachtete die faschistische Führung die Möglichkeit eines sowjetischen Durchbruchs über Ungarn und Böhmen; dorthin verlegte sie bedeutende Kräfte. Hauptsächlich aus politischen Gründen hielten die Deutschen eine große Gruppierung in Ostpreußen, war es doch das Bollwerk des preußischen Militarismus. Diese für den Feind verderblichen Gedankengänge waren ihm von uns suggeriert worden. Das aktive Vorgehen der sowjetischen Truppen in diesen beiden Räumen am Ende 1944 bestärkte Hitler in dem Glauben, das Hauptziel unserer bevorstehenden Offensive sei nicht Berlin, sondern Prag. Infolgedessen hatte die Wehrmacht am zentralen Abschnitt der sowjetisch-deutschen Front Anfang Januar lediglich 560 000 Mann stehen, ferner rd. 5000 Geschütze und Granatwerfer, 1220 Panzer und Sturmgeschütze sowie 630 Kampfflugzeuge.

Daß die Front eigentümliche und für den Feind gefährliche Konturen angenommen hatte — schwache Mitte und nur weit an den Flanken starke, aber durch unsere Truppen gefesselte Gruppierungen —, erklärte sich in letzter Instanz aus der hohen Kunst unseres Oberkommandos, darunter Georgi Shukows. Ebenso wie schon so oft früher wurden auf seine Weisung hin alle Ebenen des OKW, von der Front bis zum Generalstab, irregeführt. Dort ahnte niemand, welche Kräfte in der Berliner Richtung konzentriert waren. Die deutsche Aufklärung schätzte die Kräfte der 1. Belorussischen Front auf 31 Divisionen. In Wirklichkeit waren es 68. Insgesamt hatten die 1. Belorussische und die 1. Ukrainische Front Anfang Januar 1945 schon 2 203 000 Mann, 33 500 Geschütze und Granatwerfer, über 7000 Panzer und SFL und 5000 Kampfflugzeuge.

Die schweren Fehler des deutschen Oberkommandos und der deutschen Aufklärung erklären sich u. a. auch aus der Atmosphäre, in die sich Hitler und sein

Anhang in diesem Kriegsstadium hineinmanövriert hatten. Ende 1944 begannen sie eine Offensive im Westen. Am 16. Dezember griffen die deutschen Truppen überraschend den von den US-Truppen schwach verteidigten Sektor in den Ardennen an. Am Beginn der Offensive versuchten die Faschisten, die sowjetische Taktik nachzuahmen. Sie hatten noch nicht vergessen, wie ihre eigene Verteidigung in Belorussland im Juli 1944 aufgebrochen worden war, und so ließen sie zuerst die Infanterie und erst später, um Verluste zu vermeiden, Panzer vorgehen. Hitler hatte vor, bis nach Antwerpen vorzustößen und die britische Armeegruppe abzuschneiden und an die Küste abzudrängen. Sein Maximalprogramm bestand darin, die USA und Großbritannien zum Separatfrieden zu bewegen, aber dazu mußte er ihnen zuerst zeigen, was der Ernst des Krieges sei.

Hitler zweifelte nicht daran, daß wir Deutschland nicht stören würden, unsere Alliierten zur Ader zu lassen. Er glaubte, die UdSSR würde es den USA und Großbritannien, die die zweite Front immer hinausgezögert und uns jahrelang hatten allein gegen Deutschland und seine Satelliten kämpfen lassen, nun heimzahlen wollen. Diesen Gedanken wußte Hitler auch dem OKW einzuflößen. Noch am 9. Januar 1945 versicherte er seinen Generalen, die Russen würden schon aus politischen Gründen nicht in die Offensive gehen.

Aber die UdSSR blieb ihrer Alliiertenpflicht treu. Obwohl die USA und Großbritannien damals viel stärker waren als Deutschland an der Westfront, löste die Offensive in den Ardennen in Eisenhowers Stab eine Panik aus. Die US-Truppen, die den Krieg zum erstenmal am eigenen Leibe erlebten, ergriffen die Flucht. Schwer beunruhigt, berichtete Eisenhower, der die amerikanischen und britischen Kräfte in Europa befehligte, nach Washington über die "deutsche Berserkerwut" und über die äußersten, entschlossenen Anstrengungen der Deutschen, im Westen möglichst bald den

* **Schluß.** Anfang siehe NZ Nr.Nr. 7, 9, 10, 13 und 16

Sieg zu erringen": Churchill und Roosevelt baten Stalin um Hilfe. Ihr Abgesandter, der britische Luftmarschall Tedder, war eiligst nach Moskau geflogen. Er schilderte die Notlage an der Westfront.

Das sowjetische Hauptquartier hatte seine Offensive für den 20. Januar geplant, aber angesichts der Krise im Westen zog Stalin sie vor.

Schon am 12. Januar begann die 1. Ukrainische Front ihren erfolgreichen Angriff vom Brückenkopf Sandomierz aus, am 13. Januar führten die 2. und die 3. Belorussische Front ihre Schläge gegen Ostpreußen. Aber erst am 14. Januar, als Shukows Truppen ins Gefecht eingeführt wurden, begriff man in Hitlers Hauptquartier die tödliche Gefahr: Die Zentralfont kam in Bewegung, Shukow selbst war da!

Nach dem Krieg schrieb Generalleutnant Konstantin Telegin (zu jener Zeit Mitglied des Kriegsrates der 1. Belorussischen Front): "Bildlich gesprochen wurde in die Lösung dieser Hauptaufgabe in der Hauptstoßrichtung eine 'ungestüme russische Troika' eingespannt. Aber das 'Mittelpferd' war der erfahrenste Heerführer, den unsere Partei hatte, der Marschall der Sowjetunion Shukow. Sein Nachbar rechts war Marschall Rokossowski, und links ging Marschall Konew vor. Schon diese Kräfteverteilung bestimmte den Verlauf und logischen Ausgang der Operation voraus."

Kurz vor der Morgendämmerung des 14. Januar traf Shukow im Gefechtsstand der 5. Stoßarmee auf dem Brückenkopf Magnuszew (südlich von Warschau) ein. Um 8.30 Uhr wurde der graue Winterhimmel von Zehntausenden reaktiven Geschossen der "Katjuschas" zerrissen, alles war mit einemmal in rote Glut getaucht. Die Artillervorbereitung begann. Kaum 25 Minuten später gingen die Vorausbataillone, die gewaltsame Aufklärung durchführten, zum Angriff vor. Die Faschisten, die einen mehrstündigen Beschuß erwarteten, waren überrumpelt.

Auf einer militärischen wissenschaftlichen Konferenz Ende 1945 erläuterte Marschall Shukow:

"Bei unserem Vorgehen wollten wir jede Routine vermeiden, in erster Linie aber nicht getäuscht werden. Wir führten selbst ernste Maßnahmen zur Täuschung des Gegners durch, und doch waren wir keinesfalls sicher, daß der Gegner uns nicht seinerseits einen Plan entgegenstellen und ein Täuschungsmanöver unternehmen würde. Um vor dem Gegner eine so große Gruppierung wie 4000 Panzer und über 10 000 Geschütze zu verheimlichen, ... wurden all diese Täuschungsmanöver auf unserer Seite unternommen... Ich rechnete mit dem Schlimmsten und ging bei meinen Berechnungen davon aus... Wir durften nicht hoffen, der Gegner würde so vertrauensselig sein und keinen blässen Schimmer von unserer bevorstehenden Operation haben... Wie sich

herausstellte, waren die Nerven des Gegners, seine physischen und moralischen Kräfte dem Schlag nicht gewachsen. Schneller, als wir angenommen hatten, gab er unserem Schlag nach."

Der gute Anfang ermöglichte es, schon wenige Stunden später die Hauptkräfte einzusetzen.

Am Abend des 14. Januar forderte Guderian, die Operationen im Westen zu stoppen und "alles nach dem Osten zu werfen".

Am nächsten Tag empfing Stalin im Kreml eine von Tedder geführte britisch-amerikanische Delegation. Er sagte zu ihr:

"Zwischen uns besteht kein Vertrag, aber wir sind Kameraden. Es ist vernünftig von uns und liegt in unserem Interesse, einander in schweren Zeiten beizustehen. Es wäre dumm von mir, abseits zu stehen und den Deutschen zu erlauben, daß sie Sie schlagen, das würde nur dazu führen, daß die Deutschen, nachdem sie mit Ihnen fertiggeworden sind, die ganze Wucht gegen mich richten. Gleichermaßen liegt es in Ihrem Interesse, alles zu tun, um die Deutschen daran zu hindern, daß sie mich schlagen."

Am 17. Januar wurde Warschau befreit. Die Wojsko Polskie konnte in die Stadt einmarschieren. Am 21. Januar meldete der Stab der 1. Belorussischen Front an Stalin: "Im Laufe des 19. Januar wurden die Straßen und Plätze der Stadt entmint, um die Parade der polnischen Truppen zu sichern. Menschen und Technik, die an der Parade teilnahmen, sind auf keine Mine getreten bzw. gefahren."

Inzwischen erreichten die Panzertruppen der 1. Belorussischen Front auf dem Wege von der Wisla bis zur Oder das höchste Bewegungstempo des ganzen Vaterländischen Krieges, an einigen Tagen waren es 100 km.

Das "Dritte Reich" ist in den Kriegsflammen verbrannt



An seine Kampfgenossen gewendet, sagte Shukow gleich nach dem Krieg:

"Vielleicht meinen einige, wir hätten so viele Artillerie-, Panzer- und sonstige Kräfte, daß wir einen Durchbruch überhaupt ohne die Infanterie hätten bewerkstelligen können; alles sei so gut ausgearbeitet worden, daß die Stärke ebenso wie der Aufbau der ersten, der zweiten und der dritten Staffel und die Tiefenstaffelung der Gefechtsordnungen überhaupt keine Rolle spielten. Ich muß sagen: Genossen, die so denken, sind im Irrtum. Der Widerstand war sehr ernst, wir hatten in dieser Operation große Verluste, 43% der Verletzungen waren Schuß- und nur 0,1% Schnittwunden. Kann man denn bei einem schwachen Widerstand oder bei einem frisch-fröhlichen Vormarsch ohne Kämpfe solche Verluste erleiden? Man schlug sich schon sehr ernst, und dies nicht nur mit einer Front, die nach rechts, nach links und nach hinten gekehrt war, sondern in manchen Fällen auch unter Umständen, da unsere Kräfte selbst in der Einkreisung waren und kämpften."

Jede von Shukows operativen Direktiven an die Panzerarmeen oder -korps vom Januar 1945 enthielt die ständige Weisung:

"Da es notwendig ist, den Gegner ununterbrochen zu verfolgen, damit er sich nicht zur Verteidigung an neuen Linien organisiert, sind entschlossene Maßnahmen zum Aufschließen der Artillerie, der Rückwärtigen Dienste und zum rechtzeitigen Auffüllen der Vorräte zu treffen."

Am 31. Januar, um 10 Uhr morgens, forcierten die Panzertruppen die Oder. Damit begann die Anlegung des berühmten Brückenkopfes Küstrin.

Die Regierungschefs der USA und Großbritanniens würdigten die Heldentaten der Roten Armee zu Beginn des Jahres 1945. Schmeichelhafte Worte wurden auf der Jalta-Konferenz gesagt, und bald

darauf, zum Tag der Roten Armee am 23. Februar 1945, erklärte Churchill öffentlich: "Die Rote Armee begeht ihren 27. Jahrestag voll Triumph, der ihren Alliierten eine grenzenlose Bewunderung abringt und der das Schicksal des deutschen Militarismus besiegelt hat. Die künftigen Generationen werden sich der Roten Armee ebenso vorbehaltlos verpflichtet fühlen, wie wir, Zeugen dieser herrlichen Siege, dies tun." Nicht so blumig, aber im Grunde ähnlich äußerte sich auch Roosevelt.

Doch in Berlin urteilte man über die Position des Westens nach seinen Taten. Wie der britische Historiker Irving in seinem Buch "Hitlers Krieg" (1977) schrieb, fing die faschistische deutsche Aufklärung eine Direktive der Vereinigten Stabschefs der USA und Großbritanniens ab, die der amerikanische und britische Befehlshaber in Europa am 24. Januar 1945 erteilt hatte: "Im Osten hat die Sowjetunion Erfolge zu verzeichnen, die das britisch-amerikanische Oberkommando nicht erwartet hat. Bei einem weiteren raschen Vormarsch westwärts könnte sich eine für die Regierungen der USA und Großbritanniens höchst unerwünschte Situation ergeben... Unsere militärischen Maßnahmen müssen so beschaffen sein, daß die Deutschen die Möglichkeit erhalten, ihre Ostfront zu befestigen, was hauptsächlich durch Abschwächung ihrer Westfront geschehen kann."

Die Fliegerkräfte der USA und Großbritanniens erhielten den Befehl, die Eisenbahnknotenpunkte in Mittel- und Ostdeutschland mit Bomben zu belegen — angeblich um den sowjetischen Truppen zu helfen, in Wirklichkeit aber dazu, ihnen den Vormarsch nach Westen zu erschweren.

Die Rote Armee hatte Tausende Kilometer hinter sich gelassen, bevor sie unter Kämpfen nach Deutschland kam. Unsere Soldaten hatten die unerhörten Missetaten der Okkupanten auf dem zeitweilig besetzten sowjetischen Territorium gesehen. Die Verwandten und Angehörigen vieler von denen, die jetzt mit der Waffe in der Hand den letzten Widerstand der Wehrmacht in Deutschland brachen, waren von den Faschisten ermordet, ihre Häuser von den zurückweichenden Faschisten verbrannt worden. Schließlich waren zur Roten Armee Einwohner der ehemals okkupierten Gebiete gestoßen, Leute, die dem Hinmorden durch die Okkupanten wie durch ein Wunder entgangen waren.

Doch das sowjetische Oberkommando traf die entschiedensten Maßnahmen, um keine Ausschreitungen gegen die Zivilbevölkerung zuzulassen. In den Truppen wurde eine große Aufklärungsarbeit geleistet und durch strenge Befehle über die Verhaltensregeln auf den befreiten Territorien erhärtet. In einem von Shukow

unterschiedenen Appell des Kriegsrates an die Truppen der 1. Belorussischen Front hieß es: "Ein Soldat der Roten Armee wird nie den faschistischen Barbaren ähneln, wird nie seiner Würde als Sowjetbürger Abbruch tun... Er wird das Wichtigste nicht vergessen können, das heilige und edle Ziel des Krieges, jenes Ziel, um dessentwillen unser Volk zur Waffe gegriffen hat: die faschistische deutsche Armee zu zerschlagen und die faschistischen Verbrecher zu bestrafen. Wir rächen uns nicht am deutschen Volk ..., vielmehr wollen wir ihm helfen, dieses blutrünstige Ungeheuer, den Faschismus, von sich abzuwälzen."

Am Vorabend der Berliner Operation, am 14. April 1945, schrieb die "Prawda" zum wiederholten Male: "In Ausführung ihrer großen Befreiungsmission kämpft die Rote Armee für die Liquidierung der Hitlerschen Armee, des Hitlerschen Staates, der Hitlerschen Regierung, doch hat sie sich nie das Ziel gesetzt, das deutsche Volk auszurotten, und tut es auch jetzt nicht." Auf den abschließenden Feldzug des Krieges zurückblickend, sagte Shukow:

"Dank den rechtzeitigen Weisungen des ZK unserer Partei und einer breiten Aufklärungsarbeit gelang es uns, unerwünschte Erscheinungen zu vermeiden, die seitens der Soldaten hätten erfolgen können, deren Familien so stark unter den Bestialitäten und der Gewalt der Faschisten gelitten hatten."

Der Sturm auf Berlin

Bereits am 26. Januar schlug der Kriegsrat der 1. Belorussischen Front dem Hauptquartier vor, nach der Forcierung der Oder noch mehr Truppen heranzuziehen, die Munitionsvorräte aufzufüllen und "durch einen zügigen Vorstoß am 15. und 16. Februar Berlin zu nehmen". Am 27. Januar bestätigte das Hauptquartier den Vorschlag. Doch in denselben Tagen wurde eine bedeutende Konzentration der Feindtruppen nördlicher, in Pommern, gemeldet. Diese Gruppierung bedrohte nun die entblößte rechte Frontflanke.

Im Westen ließen die Faschisten nur 26 Divisionen übrig, alles andere aber verlegten sie an die Ostfront. Sie begannen sogar eine Gegenoffensive am Balaton, und wie Shukow erwartet hatte, führten sie Mitte Februar in Pommern einen Gegenschlag. Die Kämpfe an der sowjetisch-deutschen Front flammten mit erneuter Kraft auf. Die Operationen der 1. und der 2. Belorussischen Front in Pommern dauerten fast 2 Monate, bis Ende März.

Zu Frühjahrsbeginn wurde in diesen Schlachten Polen völlig befreit. In den Kämpfen für seine Freiheit und Unabhängigkeit fielen über 600 000 sowjetische Soldaten. Die Wojsko Polskie, die sich heldenhaft hauptsächlich in Pommern

schlug, verlor 26 000 an Toten und Verschollenen.

Die wichtigste, die abschließende Aufgabe der Roten Armee war die Einnahme Berlins. An dieser Operation arbeitete Shukow ununterbrochen seit Ende November 1944.

Zur Zeit der Jalta-Konferenz standen die sowjetischen Truppen etwa 60 km vor Berlin, die britischen und amerikanischen dagegen in einer Entfernung von 500 km. Trotz aller Versprechungen beeilten sich die westlichen Alliierten nicht mit ihrer Offensive. Erst in den letzten Märztagen änderte sich die Lage: Unsere Alliierten forcierten den Rhein und drangen ziemlich rasch vor. Ihr Oberkommando führte die Truppen in Richtung Berlin in der Hoffnung, unter günstigen Umständen die deutsche Hauptstadt zu besetzen.

Für diese Operation wurden unter strengster Geheimhaltung 20 000 Luftlandesoldaten vorbereitet, die auf 1500 Transportflugzeugen und mehr als 1000 Lastenseglern nach Berlin geflogen werden sollten. 3000 Jagdflugzeuge standen bereit, um die Deckung zu sichern. Der amerikanische Historiker Cornelius Ryan schreibt in seinem Buch "Die letzte Schlacht" (1966), das Datum der Operation lasse sich in Wirklichkeit kaum genau bestimmen. Zu Orientierungszwecken könnte darauf verwiesen werden, daß Geheimagenten des amerikanischen Spionagedienstes OSS in Berlin den Hinweis erhielten, die amerikanischen und britischen Truppen würden die Stadt etwa Mitte April erreichen.

Auf den Beratungen im Hauptquartier Ende März 1945 machte Stalin Marschall Shukow mit Dokumenten bekannt, die von sowjetischen Aufklärern stammten. Wie daraus hervorging, schrieb Shukow, war die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, daß "die Faschisten den Truppen der Westmächte den Weg nach Berlin öffnen".

Diese Dokumente verdeutlichten auch, was sich an der Westfront abspielte: Die alliierten Truppen stießen praktisch auf keinen Widerstand. Ryan zufolge zählten die amerikanischen und britischen Armeen, die im April 1945 durch Deutschland marschierten, 4,6 Millionen Mann. "An der Westfront", setzt er fort, "bestand die deutsche Armee kaum noch... Zwar hieß es, daß sich dort 60 Divisionen befanden, aber sie existierten nur auf dem Papier, und jede war höchstens 5000 Mann stark..., ihnen fehlte es an Ausrüstung, Munition, Treibstoff, Verkehrsmitteln, Geschützen und Panzern."

Demnach: 4,6 Millionen Mann in den alliierten Truppen zu etwa 300 000 Mann in den ihnen gegenüberstehenden deutschen Truppen. "So kommt es", schrieb Stalin an Roosevelt am 3. April 1945, "daß die Deutschen an der

Westfront den Krieg gegen Großbritannien und Amerika gegenwärtig faktisch eingestellt haben. Zugleich damit setzen die Deutschen den Krieg gegen Rußland, einen Verbündeten Großbritanniens und der USA, fort... Was meine militärischen Kollegen betrifft", setzte Stalin fort, womit er Shukow und andere hohe Militärs meinte, so "zweifeln sie aufgrund von Angaben, die ihnen vorliegen, nicht daran", daß das OKW im Westen bereit sei, "die Front zu öffnen und die britischen und amerikanischen Truppen ostwärts passieren zu lassen".

Selbstverständlich verneinte Roosevelt das in seiner Antwort und äußerte seine "höchste Empörung über eine dermaßen niederträchtige und falsche Schilderung meiner Handlungen bzw. der Handlungen meiner nächsten Mitarbeiter".

In dem Buch "Der letzte Held" (1982) des amerikanischen Forschers Anthony Brown über den "Vater der CIA", den Roosevelt nahestehenden General Donovan, werden die hier angeführten Worte Stalins zitiert; weiter lesen wir darin: Stalin sei "der Wahrheit sehr nahe gewesen". Anhand von Dokumenten, die eben erst für offen erklärt worden sind, lassen sich die Intrigen Donovans mit dem Generalstabschef des OKW Guderian und Feldmarschall Rundstedt verfolgen; diese beiden "waren bereit, Eisenhowers Armeen die westliche Front zu öffnen". Sie schafften es nur deshalb nicht, weil Hitler im März beide absetzte. Aber ihre Gesinnungskumpane handelten weiter.

In der Nacht zum 2. April 1945 unterschrieb Stalin in Shukows Anwesenheit die Direktive für die 1. Belorussische Front, Berlin zu nehmen und innerhalb von 12–15 Tagen die Elbe zu erreichen. Die Operation sollte am 16. April beginnen.

Am 8. April besuchte Eisenhower die vorgeschobenen Stäbe der in der Berliner Richtung eingesetzten US-Armeen. Der Kommandeur einer Division, die die Elbe erreichen sollte, meldete Eisenhower: "Wir stoßen vor und werden in Berlin einmarschieren, und nichts kann uns aufhalten." Darauf Eisenhower: "Weiter so! Ich wünsche dir jeden Erfolg, und laß dich von niemandem zum Stehen bringen." Am 12. April stand die Division an der Elbe.

Am 13. April warf die Division ohne einen einzigen Schuß, wie bei einem Sonntagsspaziergang, mehrere Bataillone über die Elbe. Aber in der Nähe befanden sich deutsche Offizierschüler. Natürlich waren sie nicht in die höchste Strategie der Hitlerschen Führung eingeweiht, im Westen nachzugeben, im Osten aber durchzuhalten. Sie sahen die Amerikaner, die Amerikaner waren Feinde, also schossen die Jungen. In der Nähe gelegene schwere Fla-Geschütze eröffneten das Feuer auf Erdziele. Als die Amerikaner 4 Tote und 20 Verwundete zu beklagen hatten, zogen sie sich am 14.

April ans westliche Elbufer zurück.

Das Geplänkel war, an dem ganzen riesigen Krieg gemessen, nicht der Rede wert. Aber das Oberkommando der USA und Großbritanniens geriet aus dem Gleichgewicht.

Am 15. April fragte Eisenhower den Oberbefehlshaber der amerikanischen Armeegruppe Bradley, wie viele Opfer die Einnahme Berlins fordern könnte. Mindestens 100 000 Mann, meldete dieser. Nun hatten aber die Amerikaner in der ganzen Zeit seit Eröffnung der zweiten Front bis zum Ende des Krieges in Europa 135 000 Tote gehabt. Und jetzt weitere 100 000! Bradley ging nämlich davon aus, daß die US-Truppen auf ihrem Weg in Richtung Berlin unmittelbar ins Hinterland der gegen die Rote Armee kämpfenden deutschen Verbände geraten würden. In diesem unvermeidlichen Wirrwarr würde es zu Gefechten kommen, das weitere sei begreiflich. Zusammen mit seinen Stabsoffizieren versank Eisenhower in ein düsteres Nachdenken.

Vergeblich, denn am 16. April 1945 wurde es durch eine machtvolle Offensive der Roten Armee gegenstandslos gemacht.

Die historische Entscheidungsoffensive war auf das sorgfältigste vorbereitet worden. Im Raum Berlin hatte der Gegner über 1 Million Mann, 10 400 Geschütze und Granatwerfer, 1500 Panzer und SFL und 3300 Flugzeuge. Unsere drei Fronten zählten insgesamt 2,5 Millionen Mann, 41 600 Geschütze und Granatwerfer, 6250 Panzer und SFL und 7500 Flugzeuge. Davon konzentrierte Shukow an relativ schmalen Durchbruchabschnitten 68 Schützendivisionen, 3155 Panzer sowie 22 000 Geschütze und Granatwerfer. Die Dichte von Geschützen und Granatwerfern je Kilometer der Front, an der die entscheidenden Schläge geführt wurden, betrug über 300.

Am 16. April, um 3 Uhr nachts, erbebt die Erde: Die Artillerievorbereitung begann. Sie war mit nichts zu vergleichen: Von den 1 236 000 Geschossen und Granaten, die an der 1. Belorussischen Front am ersten Operationstag abgefeuert wurden, gingen 500 000 in den 25 Minuten dieser Vorbereitung auf den Feind nieder. Shukow hatte sie absichtlich unerhört intensiv, aber kurz geplant, um den Feind zu überrumpeln.

Bereits in der Nacht führten Hunderte Bomber Schläge gegen Ziele in der Tiefe der feindlichen Verteidigung, und in der Dämmerung hingen unsere Bomber und Schlachtflugzeuge über dem Kampffeld. Allein am ersten Tag der Operation wurden 6550 Einsätze geflogen.

Die erste und die zweite Verteidigungslinie wurden buchstäblich dem Erdboden gleichgemacht und genommen, aber an den Seelower Höhen, 12 km hinter

der vorderen Linie, begann ein blutiger Kampf.

In Moskau wartete man gespannt auf Nachrichten vom Verlauf der Schlacht. Shukow wußte und verstand das. Worauf war ein so erbitterter Widerstand zurückzuführen? Um 2 Uhr nachmittags schickte er eine Meldung an Generalstabschef Antonow und bat ihn, Stalin folgenden Auszug aus dem Protokoll des Verhörs eines Soldaten der 712. deutschen Infanteriedivision vorzulegen: "Wir müssen die Front an der Oder unter allen Umständen, um jeden Preis, bis zum letzten Mann halten. Wir dürfen die Russen nicht nach Berlin lassen, und wenn amerikanische Panzer in unserem Rücken auftauchen."

Shukow faßte den kühnen Beschluß, beide Panzerarmeen in das Gefecht einzuführen. Sie verstärkten den Schlag, erlitten jedoch beim Aufbrechen der tiefgestaffelten feindlichen Verteidigung empfindliche Verluste. Mitten im Kampf um die Seelower Höhen telefonierte Shukow mit Stalin und sagte ihm: "Je mehr Truppen der Gegner uns hier entgegenwirft, desto rascher werden wir Berlin nehmen, da es leichter ist, ihn auf offenem Feld zu schlagen als in der befestigten Stadt."

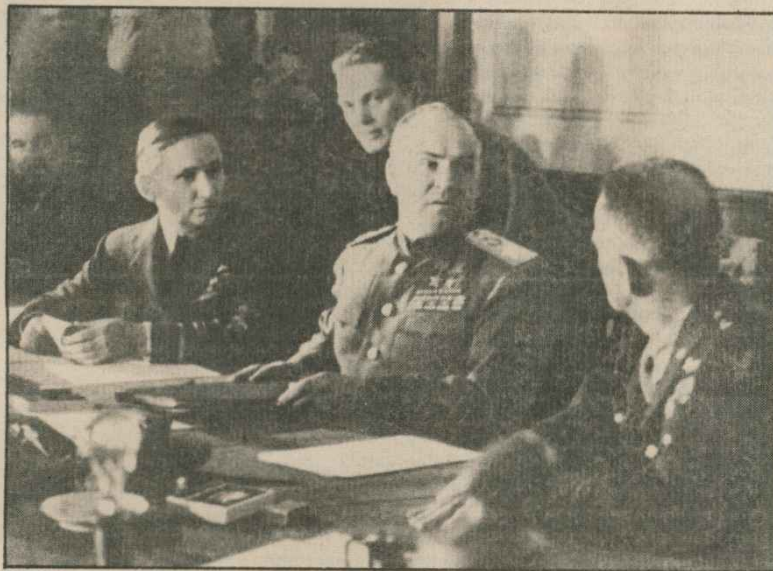
Erst am Morgen des 18. April wurden die Seelower Höhen genommen, und erst am 19. April wich der Feind zum äußeren Kreis des befestigten Raums Berlin zurück. Am 20. April eröffnete unsere Fernkampartillerie das Feuer auf die Stadt, am 21. April drangen die Truppen der 1. Belorussischen Front in ihre Vororte ein. Stalin befahl, auch die Panzerarmeen der 1. Ukrainischen Front gegen Berlin vorzuschicken. Am 25. April schlossen diese beiden Fronten den Ring um die Stadt. Um den Feind zu demoralisieren, wurde auf Berlin in gleichen Abständen aus 11 000 Geschützen zugleich geschossen. Insgesamt waren es zwischen dem 21. April und dem 2. Mai 1,8 Mio Geschosse.

Shukow bestimmte die Hauptaufgabe der Straßenkämpfe: zu verhindern, daß der Feind seine Kräfte konzentriert, seine Truppen zu zersplittern und sie rasch einzeln zu vernichten. In Berlin wurde erfolgreich die bewährte Stalingrader Taktik angewandt: rascher Vorstoß von Vorausabteilungen und -gruppen aller Waffengattungen zugleich. Die Schlacht tobte ununterbrochen: Tagsüber griffen die Armeen der ersten, nachts die der zweiten Staffeln an. Rund um die Uhr tauchte an den verschiedensten Standorten unserer Truppen der grüne Dodge des Oberbefehlshabers der Front auf. Wenn es zu einer Stockung kam, besprach Shukow die Situation an Ort und Stelle, und wenn es an der vorderen Linie war, ausführlich mit Soldaten und Offizieren.

Vom Dröhnen der Geschütze begleitet,

näherte sich die Rote Armee dem Viertel, in dem die Reichskanzlei lag. Am 24. April wurde der Befehlshaber der 5. Stoßarmee, Generaloberst Nikolai Bersarin, zum sowjetischen Kommandanten Berlins ernannt. Am 30. April, um 21.50 Uhr, wehte über dem Reichstag das rote Siegesbanner.

Am 1. Mai, um 4 Uhr morgens, meldete General Tschuikow an Marschall Shukow, daß General Krebs, Generalstabschef des Heeres, zum Gefechtsstand der 8. Gardarmee begleitet worden sei; er habe die Vollmachten, mit der UdSSR über einen Waffenstillstand zu verhandeln.



Am 3. Mai besichtigte Shukow den Reichstag und das Zentrum Berlins, wo sich die Kämpfe eben erst gelegt hatten. Vor dem Reichstag traf er auf sowjetische Soldaten, die sich aufrichtig freuten. Herzlich unterhielt er sich mit ihnen. Die Mauern des gigantischen zerstörten Bauwerks waren bunt von Unterschriften jener, die nach Berlin gekommen waren. Neben die Soldatennamen setzte auch Marschall Shukow seine Unterschrift.

Für die Einnahme Berlins wurde Shukow der dritte Goldene Stern eines Helden der Sowjetunion zuerkannt.

Gegen Mitternacht des 8. Mai versammelten sich die alliierten Vertreter in Shukows Arbeitszimmer, das an den Saal anstieß, in dem die Kapitulation unterzeichnet werden sollte. Es wurde bestätigt, daß Shukow die Zeremonie der Unterzeichnung der Kapitulation leiten werde. Sie begann um 24 Uhr.

Am 9. Mai, um 0.43 Uhr, war die Urkunde über die Kapitulation unterzeichnet. Shukow forderte die Deutschen auf, den Raum zu verlassen.

Er stand auf, warf einen ergriffenen Blick durch den Saal und gratulierte im Namen des sowjetischen Oberkommandos allen Anwesenden zum Sieg. Lärm, stürmischer Beifall. Um den Marschall gruppierten sich Generale, die die Verbände und Einheiten der siegreichen Roten Armee bis nach Berlin geführt hatten: die Kampfgefährten des Heerführers, die Generale Sokolowski, Malinin, Telegin, Antipenko, Kolkpatschi, Kusnezow, Bogdanow, Bersarin, Bokow, Below, Gorbатов, Tschuikow u. a.

Das Fest dauerte in dem Saal, wo die Kapitulation Deutschlands entgegengenommen worden war, bis um 7 Uhr früh. Man sang, man tanzte, und auch Georgi Shukow schloß sich den anderen an.

Zu Ehren des Sieges gab es auch andere Feste.

Shukow berichtete Stalin über Treffen unserer Soldaten und Offiziere mit amerikanischen Militärangehörigen. Am 5. Mai kam das Kommando der sowjetischen 75. Garde-Schützendivision mit Amerikanern im Stab der 102. US-Division in Stendal zusammen. Der Kommandeur der amerikanischen Division Keating erklärte: "Wir müssen den Krieg so abschließen, daß Deutschland und Japan sich nie mehr wiederaufrichten." Sein Stellvertreter Fax: Als Soldat halte er es "für ein großes Glück, wenn unsere Armee im Krieg gegen Japan Schulter an Schulter mit so heldenhaften und tapferen Streitkräften wie der Roten Armee kämpfen würde. Ich hoffe, Sir, daß wir uns in Japan noch treffen."

Am 9. Mai waren 350 Amerikaner Gäste der 129. sowjetischen Schützendivision. Auf unserer Seite beteiligten sich 300 Personen an diesem Treffen. Es dauerte 5 Stunden und verlief sehr gut. Am nächsten Tag stätteten 256 sowjetische Soldaten und Kommandeure den Amerikanern ebenfalls einen Besuch ab. Alle Begegnungen trugen, wie in den Dokumenten immer wieder betont wird, sehr freundschaftlichen Charakter. Das waren einfache Kontakte der Sieger ohne jeden Hintergedanken.

Am 11. Juni 1945 wurde Shukow in Frankfurt/Main von General Eisenhower und Feldmarschall Montgomery empfangen. Shukow schildert das Treffen in einer

Bei der Unterzeichnung der Urkunde über die bedingungslose Kapitulation Deutschlands

Das Finale

Am 7. Mai rief der Oberste Befehlshaber in Berlin an und sagte: "Mit den Alliierten haben wir vereinbart, die Unterzeichnung der Urkunde in Reims als Vorprotokoll der Kapitulation zu betrachten. Morgen werden Vertreter des OKW und Vertreter des Oberkommandos der alliierten Truppen in Berlin eintreffen. Zum Vertreter unseres Oberkommandos werden Sie ernannt."

Das war Stalins letzter Befehl an Shukow in den Jahren des Großen Vaterländischen Krieges.

Im Laufe des 8. Mai landeten im Tempelhof Flugzeuge mit Vertretern des Oberkommandos der alliierten Truppen. Sie wurden vom Armeegeneral Sokolowski und einer Gruppe anderer Generale empfangen.

Krebs teilte mit, daß Hitler Selbstmord begangen hatte. Zu den Unterhandlungen mit Krebs entsandte Shukow seinen Stellvertreter, General Wassili Sokolowski. Dem deutschen General wurde klipp und klar gesagt: Bis 10 Uhr morgens müßten sie ihre bedingungslose Kapitulation vor allen Alliierten bekanntgeben. Da von Goebbels keine Antwort gekommen war, ging der Sturm auf die Stadt weiter.

Am 2. Mai, um 1.50 Uhr, wurde im Sender des Berliner Verteidigungsstabs die Einstellung der Kriegshandlungen bekanntgegeben. Am Morgen des 2. Mai erteilte General Weidling, der die Verteidigung Berlins befehligte, den deutschen Truppen die Weisung, den Widerstand aufzugeben. Gegen 15 Uhr war alles vorbei. Über 70 000 faschistische Soldaten, die Verwundeten nicht mitgerechnet, ergaben sich. Shukow präzisiert diese Zahlen: "Viele Soldaten waren in den letzten Tagen noch desertiert und hielten sich versteckt."

Der Sieg war endlich da! Der Feind dort aufs Haupt geschlagen, wo der Raubfeldzug gegen die UdSSR ausgeheckt worden war.

Meldung an Stalin: "Als wir aus dem Flugzeug stiegen, wurden wir durch Geschützsalven mehrerer Panzer begrüßt." Auf dem Flughafen befand sich eine Ehrenwache: drei amerikanische und eine britische Kompanie. Shukow überreichte Eisenhower und Montgomery den Siegesorden und weitere Orden und Medaillen an 20 amerikanische und britische Generale. Zu Ehren des Gastes flogen mehrere hundert Flugzeuge in Paradeformation über die Stadt.

"Eisenhower hielt sich sehr einfach und freundschaftlich, er betonte seine Sympathien für die Rote Armee, die Sowjetregierung und die UdSSR. Montgomery dagegen blieb kühl. Eisenhower ging sehr gern auf die Wichtigkeit der Erhaltung und Festigung der freundschaftlichen Beziehungen zwischen den Völkern der USA und der UdSSR ein. Er bat eigens, die feindseligen Ausfälle einiger amerikanischen Blätter gegen die UdSSR nicht zu beachten."

Gewiß, in jenem Siegestaumel schenkte kaum jemand solchen Ausfällen Beachtung. Doch mußte Shukow schon kraft seines Postens ein solches Verhalten der Amerikaner erleben, das ihn gelinde gesagt seltsam anmutete. Am 13. Mai teilte er Stalin mit, in Tempelhof sei ohne jede Genehmigung ein amerikanisches Flugzeug gelandet. Die Besatzung berufe sich auf Treibstoffmangel. Dabei enthielten die Tanks noch etwa ein Drittel des Fassungsvermögens. Eine ähnliche Geschichte geschah mit zwei Mustang-Jagdflugzeugen. Shukow stellte die Frage vor Stalin:

"Da in letzter Zeit Maschinen unserer Alliierten immer häufiger das von unseren Truppen besetzte Territorium und die Stadt ohne Erlaubnis überfliegen und die Flieger der Alliierten nicht der Aufforderung zur Landung nachkommen, bitte ich um Weisung, wie mit ihnen zu verfahren ist."

Als die sowjetische Seite protestierte, redeten sich die westlichen Alliierten nicht sehr überzeugend darauf hinaus, die Maschinen seien vom Kurs abgekommen, usw. Jetzt, fast 40 Jahre später, ist aus offenerklärten US-Dokumenten bekannt: Seit Frühjahr 1945 führten die Fliegerkräfte der USA und Großbritanniens die Operationen "Casey Jones" und "Ground Hog" durch: die Luftbildaufnahme ausgedehnter Räume in Europa.

Auf Donovans Befehl überquerten Gruppen von OSS-Agenten im Mai 1945 die Demarkationslinie in Deutschland und vergruben jenseits der Linie zahlreiche Sender in einem Abstand von 20–30 Meilen voneinander. Die Sender sollten später Agenten der westlichen Alliierten dienen.

Noch waren die Geschütze warm, als

erneut Gewitterwolken der Kriegsgefahr heraufzogen. Aus dem Westen.

Folglich bedurfte es höchster Wachsamkeit. Am 15. Mai 1945 folgte Stalins Weisung an Shukow: "Alle Ausländer der mit uns verbündeten Staaten, sowohl Militärangehörige als auch Zivilpersonen, die eigenmächtig in Berlin eindringen, sind aufzuhalten und zurückzuschicken."

Wir suchten keine Konflikte, und als Oberbefehlshaber der 1. Belorussischen Front verfügte Shukow am 4. Juni 1945, in Ausführung der Weisungen aus Moskau die notwendigen Maßnahmen zu treffen, die Wachsamkeit zu verstärken und die Truppen in ständiger Gefechtsbereitschaft zu halten. Die Aufgabe lautete, einen zuverlässigen Schutz des besetzten Territoriums sowie der Standorte von Verbänden und Einheiten zu gewährleisten.

Anläßlich des Sieges über Deutschland im Großen Vaterländischen Krieg fand am 24. Juni 1945 auf dem Roten Platz in Moskau die Siegesparade statt. Sie wurde von Shukow abgenommen. Um 10.00 Uhr ritt er aus dem Spasski-Tor des Kreml. Es erklang "die für jede russische Seele so teure 'Ruhm-Dir'-Melodie aus Glinkas 'Iwan Sussanin'", schrieb Shukow. Mit unaussprechlicher Aufregung nahm er den Bericht des Befehlshabers der Parade, Konstantin Rokossowski, entgegen, dann hielt er von Lenin-Mausoleum aus eine Ansprache an die Truppen der Roten Armee, an alle Werktätigen der Sowjetunion.

"An der sowjetisch-deutschen Front wurde die Autorität der deutschen Waffe vernichtet und der siegreiche Ausgang des Krieges in Europa vorausbestimmt. Der Krieg zeigte nicht nur die fabelhafte Stärke und den beispiellosen Heldenmut unserer Armee, sondern auch die volle Überlegenheit unserer Strategie und Taktik über die Strategie und Taktik des Feindes... Im Vaterländischen Krieg hat die Rote Armee das grenzenlose Vertrauen des Volkes in Ehren gerechtfertigt. Ihre ruhmreichen Soldaten haben ihre Pflicht gegenüber der Heimat würdig erfüllt. Die Rote Armee hat nicht nur die Freiheit und Unabhängigkeit unseres Vaterlandes behauptet, sondern auch die Völker Europas aus dem deutschen Joch erlöst. Von nun an und für alle Zeiten wird unsere ruhmreiche Rote Armee in die Weltgeschichte als eine vom unsterblichen Ruhm umwehte Befreierin eingehen."

Auf dem Mausoleum stehend, beobachtete Shukow den Vorbeimarsch der Truppen, der Regimenter der einzelnen Fronten, auf die die Einheiten der Moskauer Garnison folgten. Abschließend wurden am Fuße des Lenin-Mausoleums 200 Fahnen der aufs Haupt geschlagenen faschistischen Wehrmacht niedergeworfen.

"Diesen historischen Akt", schrieb Shukow später, "sollten die Revanchisten aller Schattierungen und Freunde von Kriegsabenteuern ständig in Erinnerung behalten!"

STARKE FLÜGEL DER AEROFLOT

Die Maschinen der sowjetischen Luftfahrtgesellschaft Aeroflot fliegen heute regelmäßig in 97 Länder und befördern die Fluggäste in 121 Städte der Welt. Besonders intensiv sind die Flüge im Sommer. Davon war die Rede auf einer Pressekonferenz für sowjetische und ausländische Journalisten.

In der Sommerzeit wird die Aeroflot, wie der 1. Stellvertreter des Ministers für Zivilluftfahrt der UdSSR Boris Panjukow erzählte, 439 Flüge auf internationalen Routen wöchentlich ausführen. Eingesetzt sind die komfortablen Flugzeuge IL 86, IL 62, TU 154 und TU 134. In Moskau beginnen 330 Routen, die anderen gehen von Leningrad, Kiew, Minsk, Tbilissi, Taschkent, Jerewan, Sotschi, Simferopol und Chabarowsk aus. Die Aeroflot wird im Sommer über 100 000 Flugkarten wöchentlich verkaufen. Ferner werden neue Routen eröffnet: Leningrad–Leipzig und Moskau–Düsseldorf.

Die Flugzeuge werden immer wieder durch modernere und komfortablere ersetzt. Intensiv wird auch an der Verbesserung der Bodendienste gearbeitet. Demnächst soll auf dem Moskauer Flughafen Scheremetjewo 2 ein großer Komplex zur Beförderung von Frachten seiner Bestimmung übergeben werden. Dank ihm wird sich der Güterumschlag des Flughafens verdreifachen.

Die starken Flügel der Aeroflot verkürzen die Entfernungen und erleichtern die Kontakte. Besonders wichtig ist das in unserer unruhigen Zeit.

W. SHITOMIRSKI

Wie zahlreiche Beispiele aus vielen Ländern, darunter und besonders der Streik der englischen Bergarbeiter, zeigen, sind die Gewerkschaften der westlichen Länder nicht einheitlich und deshalb nicht mehr so stark wie früher. Es scheint, daß die Zeiten der proletarischen Einheit als Hauptfaktor für die Festigung der Positionen der Arbeiterklasse allmählich vergessen werden.

Sergio VIEIRA
Setúbal, Portugal



Es diskutiert

"Trud".

Korrespondent

Jewgeni

SCHASCHKOW

Der in der britischen Geschichte beispieldose Bergarbeiterstreik wird noch lange auf beiden Seiten der Barrikade analysiert werden. Im Lager der herrschenden Klassen spricht man über einen Sieg der Tories: Die Bergleute haben ja den Streik abgebrochen und die Arbeit in den Gruben wiederaufgenommen. Heißt das aber, daß sie eine Niederlage erlitten und sich die Prinzipien der proletarischen Einheit in der zum Weißglühn erhitzten Atmosphäre des Klassenkampfes nicht bewährt haben? Doch wohl nicht. Die Kumpel sind in der festen Absicht wieder eingefahren, den Kampf für das Recht auf Arbeit, für die Aufrechterhaltung der Gruben und Siedlungen fortzusetzen. Selbst der konservative Ex-Premierminister McMillan sagte im Hinblick auf die Grubenarbeiter: "Die würdigsten Menschen der Welt halten zusammen."

Und der Kampf als solcher? Die Werktätigen dürfen ihn ebenfalls auf der Habenseite buchen. Nicht nur die Bergleute und ihre Familien, sondern viel weitere Kreise der Gesellschaft, die sich mit ihnen solidarisierten, schalteten sich in diesen äußerst erbitterten Klassenkampf ein. Für das ganze Land wurden die Bergleute Vertreter der gesamt-nationalen Interessen, die Kämpfer gegen jene, die der nationalen Wirtschaft das Wasser abgraben und danach streben, den Werktätigen die in den Klassenkämpfen errungenen Gewerkschafts- und Bürgerfreiheiten zu entreißen.

Außerdem haben die Streikenden doch etwas erreicht, und zwar in Produktion und Wirtschaft. Vor allem ist das vor mehr als einem Jahr bekanntgegebene Programm der Schließung von Gruben

nicht verwirklicht worden. Die Gefahr der sofortigen Schließung von 5 Gruben besteht nicht mehr. Das Nationalamt für die Kohleindustrie (NBC), das den Grubenarbeitern den Kampf ansagte, sah sich schließlich genötigt, in ein neues Verfahren der Grubenschließung einzuwilligen. Dieses sieht u. a. vor, solche Fragen vor einer autonomen Schiedsrichterkommission zu erörtern. Überdies hat die Gewerkschaft das Verbot von Überstunden erzwungen, das in Kraft bleibt, solange das NBC ihre Pläne nicht revidiert hat. Die Löhne für die Bergarbeiter sind erhöht worden. Meines Erachtens sind diese Ergebnisse des Streiks nicht zu unterschätzen.

Bestimmt wissen Sie, Herr Vieira, wie drakonisch die Tory-Regierung den Streik unterdrückte. 10 500 Mitglieder der Bergarbeitergewerkschaft wurden verhaftet, 6500 verwundet, 11 Personen kamen als Streikposten und bei anderen mit dem Streik verbundenen Zwischenfällen um. Trotzdem haben die Bergarbeiter ein ganzes Jahr gestreikt. Schon das allein beweist die Stärke ihrer Gewerkschaft, die Festigkeit der proletarischen Einheit. T. Slater, Generalsekretär der Gewerkschaft der Matrosen der Handelsflotte (der Verband stand auf seiten der Streikenden), vertritt folgende Meinung: "Der Schlüssel zum Erfolg des Bergarbeiterstreiks war die Unterstützung und Solidarität der britischen und internationalen Arbeiterbewegung mit ihrem Kampf. Ohne diese Unterstützung hätten die Bergleute nicht durchgehalten. Unsere Gewerkschaft wurde anhand der arbeiterfeindlichen Gesetzgebung der Tories dreimal gerichtlich belangt. Trotzdem werden sich die britischen Seeleute nie zu Streikbrechern hergeben."

Wie man weiß, haben sich solche Renegaten in der Arbeiterbewegung doch gefunden. Das ganze Revier Nottinghamshire weigerte sich, den Streik mitzumachen, drohte doch den dortigen Grubenarbeitern keine Entlassung. Nicht bis zu Ende konsequent im Hinblick auf die Streikenden war auch der Britische Trade Union Congress. Obwohl sich die meisten führenden Verbände bereit

erklärten, den Streikenden zu helfen, hielten nur wenige davon Wort. Auch von den Labours, der größten Opposition des Landes, erhielten die Bergarbeiter nicht die erwartete Unterstützung. Die Labour-Führung erschrak vor dem zu entschlossenen Vorgehen der Bergleute und machte unter dem Vorwand einer "unbegründeten Gewaltanwendung auf beiden Seiten" einen Rückzieher. Aber der Streik hat sich den Mitgliedern dieser Partei tief eingepreßt.

Der Streik der englischen Bergarbeiter zeigt, daß der Erfolg des Kampfes, in welchem die Arbeiterklasse das gesamte System des staatsmonopolistischen Kapitalismus herausfordert, unmittelbar von der Aktionseinheit und Geschlossenheit der Werktätigen abhängt. Der Zusammenhang zwischen der historischen Verantwortung der Arbeiterbewegung und der Notwendigkeit ihres Zusammenschlusses gehört keineswegs der Vergangenheit an, im Gegenteil, er gewinnt besondere Bedeutung. Robert Todd, Generalsekretär der Gewerkschaft der Transport- und der ungelernten Arbeiter, eines der größten Verbände Großbritanniens, sagte bei der Analyse des Bergarbeiterstreiks: "Wir müssen den eindeutigen Schluß ziehen: Noch nie tat eine geschlossene Gewerkschafts- und Labourbewegung so sehr not wie im heutigen wirtschaftlichen und politischen Klima Britanniens."

Und das letzte. Großbritanniens herrschende Klasse glaubte, die Repressalien gegen die Bergarbeiter würden die anderen Gewerkschaften in einen Schock versetzen und ihnen die Lust zum Streiken für lange austreiben. Die Wirklichkeit war anders. Die Einstellung zum Streik gestaltete sich zu einer Art Prüfstein für die Gewerkschaften und ihre Entschlossenheit, die Interessen der eigenen Mitglieder zu schützen, und das gibt einen Impuls zum weiteren Kampf. Gegenwärtig solidarisieren sich mehrere Gewerkschaften mit den Bergleuten. Mitte April wurde auf dem Schottischen Gewerkschaftskongreß beschlossen, einen schottischen Aktionstag zum Schutz der während des Streiks entlassenen Bergleute durchzuführen. Der Kampf geht auch in anderen Richtungen weiter. Der Lehrerverband hat einen Landesstreik für bessere Arbeitsbedingungen begonnen. Der Verband der Angestellten des Nachrichtenwesens plant einen Streik, falls die Regierung mit der vorgemerkten Entlassung von Postangestellten beginnt. Pausen gibt es an der Front des Klassenkampfes nicht, es wird sie auch nie geben. Die Entscheidungsschlachten stehen noch bevor. ■

ES GEHT
NICHT UM MONTAND,
obwohl der einstige
Filmheld wieder die Rolle
des politischen
Provokateurs spielt

Das Drehbuch für den TV-Streifen, in dem man ihm offenbar aus alter Freundschaft die Hauptrolle übertragen hatte, stammte nicht von ihm. Im hochmodischen Genre des Antisowjetismus und Antikommunismus beschlagene Autoren gibt es auch ohne ihn genug. Allen Anschein nach brauchen sie sich bislang vor Arbeitslosigkeit nicht zu fürchten. Die Frage ist, wem diese Skribenten dienen?

Die Sendung, die die regierungsamtlich kontrollierte Fernsehgesellschaft "France Regions 3" (FR 3) am Abend des 18. April zeigte, währte zwei Stunden. Die ersten anderthalb Stunden beherrschte Montand als Moderator den Bildschirm. Er offerierte dem TV-Publikum ein virtuoseres Spiel zum Thema "sowjetische militärische Bedrohung", ausgeführt von Politologen aller Schattierungen mit finsterner Miene, von Zeitungsschreibern, die den Papierherstellern seit langem helfen, ihr Produkt an den Mann zu bringen, indem sie es mit mies ausgeputzter Sowjet-hetze beschmieren. Denen gab er das Wort. Da ihnen ein denkender Franzose kaum auf Wort glaubt, wurden ihre kategorischen schizophrenen Äußerungen und Enthüllungen mit äußerst utopischen und äußerst künstlerischen Episoden verbrämt.

Ohne mit der Wimper oder mit den Brauen zu zucken und ohne geringste Gewissensbisse, schlucken rote Aggressoren Bundesdeutschland. An die NATO ist gar nicht mehr zu denken. Frankreich aber, das bisher — dieser französische Leichtsinn — in die Militäror-

ganisation der NATO nicht zurückgekehrt ist, obwohl sich Washington so ins Zeug gelegt hat, steht nun tete a tete den grausamen Eroberern gegenüber. Die haben nun nichts Besseres zu tun als es zu okkupieren. Paris ist flöten. Russische Panzer flanieren kettenrasselnd über seine Boulevards und Plätze, und bartüberwucherte Panzersoldaten grölen im Chor das bekannte Chanson, das Yves Montand lange vor seinem vorzeitigen intellektuellen Ableben interpretierte: "Ich flanieren so gern durch die Grands Boulevards."

Ein Journalist von "Europe 1"

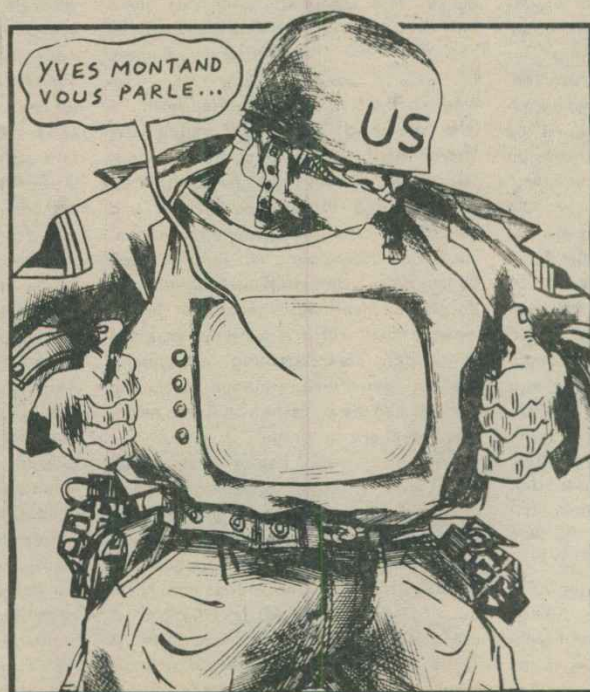
hatte am Tag vor ihrer Ausstrahlung die Sendung "Der Krieg en face" mit den pathetischen Worten angekündigt: "Ein schutzloses Europa in seiner tragischen Nacktheit". Mit dem gleichen Tränendrüsenpathos versprach der den TV-Konsumenten — Merci, Montand! — "Bilder, deren Fiktion vor Realität schaudern macht".

Es stellte sich jedoch heraus, daß die Realität eine nicht so leicht zu beeindruckende und schüchterne Dame ist. Eine Blitzumfrage ergab, daß die Einschaltquote bei dieser Kriegsshow nur bei 12-14% gelegen hatte. Die restlichen Bildschirmbesitzer ließen die Mannschaft der professionellen Verleumder nicht ins Haus, zu deren Kapitän die Trainer Montand ernannt hatten. Natürlich sind auch die 12-14% Einschalter beachtenswert, besonders wenn man daran denkt, daß rund 10% der Wähler für die extremrechte Nationale Front stimmen, die den zoologischen Haß gegen unser Land und natürlich gegen die französischen Kommunisten predigt.

Dennoch geht es nicht um Montand und sein fieses Spek-

"Yves Montand spricht zu Ihnen".

Zeichnung aus:
"Humanite" (Frankreich)



takel. Auf zwei Umstände wurde man in Frankreich und nicht nur dort aufmerksam. Vor allem haben alle Leute, denen die Geschichte und ihre Lehren nicht gleichgültig sind, begriffen, daß die TV-Provokation vorsätzlich am Vorabend des 40. Jahrestages des Sieges gestartet wurde. Der gehässige Hintergedanke bestand darin, dieses große Fest in den Schmutz zu ziehen und außerdem die neofaschistische Propaganda in gewissem Maße zu rechtfertigen, der zufolge die Zerschlagung des Nazismus durch die Rote Armee (ich zitiere den Chef der Nationalen Front Le Pen) "die Niederlage Europas bedeutete". Hätte Hitler dagegen die Sowjetunion besiegt, wäre in Frankreich bis heute die Vichy-Regierung am Ruder, die französischen KZ-Insassen krepiereten und der ehemalige Leutnant der Fallschirmtruppen Le Pen säße längst auf dem Posten Marschall Petains.

Zweitens geben weniger die anderthalb Stunden Montand-Extase Anlaß zu bedenkliehen Überlegungen als vielmehr die diesem politischen Striptease folgenden 30 Minuten, die FR 3 dem französischen Verteidigungsminister Charles Hernu einräumte. Dieser fand in der ganzen halben Stunde nicht eine Sekunde, um wenigstens anstandshalber die Berechtigung einer solchen Sendung und den gesunden Menschenverstand ihrer Verfasser und Interpreten anzuzweifeln. Mehr noch, der sozialistische Minister solidarisierte sich faktisch mit der Hauptthese der Sendung, die "freie Welt" brauche den vom Pentagon geplanten "Sternenkrieg" wie die Luft, um angesichts der "sowjetischen Bedrohung" aufzuatmen.

Wer also war wer an diesem Abend auf FR 3? Montand der Moderator und Hernu der Moderierte? Oder umgekehrt? Die Umkehrung dürfte nichts am Wesen der Sache ändern. Montand hat bewiesen, daß der April-Scherz der "Humanite", man habe ihn zum Minister für Fragen der Kriegsvorbereitung ernannt, keine ausgemachte Mystifikation war. Hernu seinerseits stritt nicht ab, daß ein solcher Kabinettskollege jenen Herrschaften in Paris sehr zupauß käme, die davon träumen, Paris einem Star-War auszusetzen.

Viktor ZOPPI



1965—1985: 20 JAHRE

SPEZIALISIERTE FIRMEN VON V/O NOVOEXPORT

NOVOPROM — Export von Sekundärrohstoffen und Produktionsabfällen: Makulatur, Textilabfällen und Abfällen der Synthese- und Chemiefaserproduktion, Abfällen der Schwarz- und NE-Metallurgie, der Erdölverarbeitung und Petrolchemie, Plast- und Polymerabfällen, gummihaltigen Abfällen und anderen Arten von Sekundärrohstoffen und Produktionsabfällen verschiedener Zweige der Volkswirtschaft der UdSSR.

NOVOBALT — Export von Torf und Torferzeugnissen, Industrie- und Haushaltsartikeln aus Holz, Gartengeräten, Angelzubehör und Touristikartikeln, Freizeit- und Sportbooten, Jollen, Modellbau- und Bastlerartikeln.

KOVRY — Export und Import von Teppichen und Teppicherzeugnissen.

SADKO — Export und Import von kunstgewerblichen Erzeugnissen, Porzellan, Bijouterie und Antiquitäten.

Exporteur:

V/O NOVOEXPORT, UdSSR, 103006, Moskau, Tschchow-Str. 2



NOVOEXPORT

Fernruf: 299 88 48, 299 26 04, 299 29 52, 299 62 93



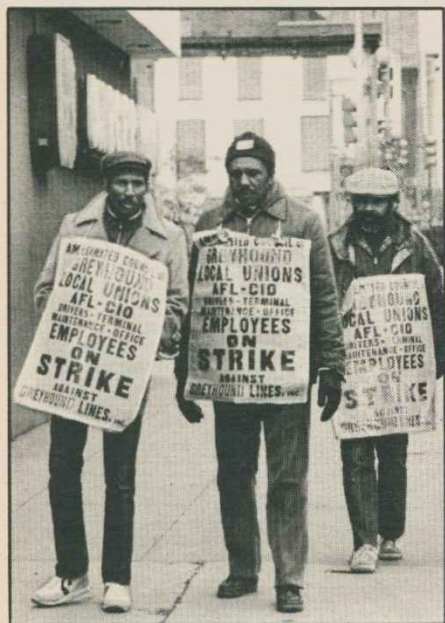
Bereits 14 Jahre veranstaltet die „Neue Zeit“ diesen Fotowettbewerb. Wir möchten damit die Vielfalt des Lebens, des Kampfes und der Arbeit in aller Welt zeigen und laden herzlich alle Amateure und Berufsfotografen zur Teilnahme ein. Dem ausländischen Preisträger winkt eine interessante Wochenreise durch die Sowjetunion.

Eingesandt werden können sowohl Einzelfotos als auch Bildreportagen und -berichte in Schwarzweiß und im Mindestformat 13×18. Die Fotos sollten mit einem Erläuterungstext und den Personalien des Einsenders versehen sein (Name, Anschrift).

Ihre Aufnahmen schicken Sie bitte an: 103782, GSP, Moskau K-6, Puschkinskaja pl., Redaktion „Neue Zeit“.

Vermerken Sie auf dem Umschlag bitte „Fotowettbewerb“.

M. Scholz (BRD):
Metallarbeiter
demonstrieren
gegen Aussperrung



A. Schalnew (UdSSR):
USA — Streikende Arbeiter der Greyhound Corp.

G. und O. Petrow (UdSSR):
Portugal — Kundgebung für bessere
Arbeits- und Lebensbedingungen



INTERNATIONALER FOTOWETTBEWERB

„Im Objektiv:
PLANET ERDE“

